Dienstag, 10. September 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 210 - 37.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 120 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Spionage: Generalbundesanwalt Rebmann hat gegen den 66jährigen Ingenieur Hans Jochheim aus Laatzen Anklage wegen des Verdachts der Agententätigkeit für die „DDR" sowie Verstoßes gegen Embargobestimmungen erhoben. Der im September 1984 verhaftete Ingenieur soll der „DDR" unter anderem modernes Spionagegerät geliefert haben.

Zwischenbilanz: Die Haushalte der Länder haben sich im ersten Halbjahr 1985 günstiger entwikkelt als der Bundesetat. Mit 110,5 Milliarden Mark gaben die Länder nur 2,9 Prozent mehr aus als im ersten Halbjahr 1984 und nicht, wie eingeplant, 3,8 Prozent. Die Einkünfte nahmen um 3,5 Prozent (Jahressoll: 3,8 Prozent) auf 102,7 Milliarden Mark zu.

Medien: Mit einer neuen Strategie, die eine veränderte Gebührenstruktur und mehr private Initiativen vorsieht, will die Bundespost die Rentabilität der Verkabelung durch höhere Anschlußdichten und niedrigere Investitionen verbessern. (S. 12)

Dialog: Algerien und die Bundesrepublik wollen ihren politischen Dialog intensivieren. Am 18. September wird Außenminister Ibrahimi in Bonn erwartet. Algerien ist zum zweitwichtigsten Handelspartner der Bundesrepublik im arabischen Raum aufgerückt.

Libanon: Finanzminister Chamoun will nach der Rückkehr von Staatspräsident Gemayel seinen Rücktritt einreichen. Damit vergrößert sich nach Berichten Beiruter Zeitungen die Gefahr eines Zusammenbruchs der Regierung. Zum Abschluß seines Deutschland-Besuchs erklärte Gemayel gestern in München, er hoffe auf eine Vermittlerfunktion von CSU-Chef Strauß bei der Beendigung des Bürgerkriegs.

Autobombe: Bei einem Bombenanschlag auf einen Mannschaftstransporter der Guardia Civil in Madrid sind 19 Personen verletzt worden. Die Täter – offenbar baskische Separatisten – zündeten über Funk auf der Plaza de la Argentina eine Autobombe, als der Transporter vorbeifuhr.

Golfkrieg: Irak hat Frankreich fünf Düsenjäger vom Typ „Super-Etendard" zurückgegeben, nachdem die „Ausleihfrist" abgelaufen war. Die Maschinen würden heute nicht mehr benötigt, wie dies noch vor einem Jahr der Fall gewesen sei.

„Wahlstab": Um dem sich ausbreitenden Defätismus in der Partei entgegenzutreten, haben die französischen Sozialisten einen „Wahlstab" aufgestellt, dem alle vier Hauptströmungen der Partei angehören. Er soll den Wahlkampf koordinieren. (S. 5)

ZITAT DES TAGES



»Wir erkennen das legitime Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion an. Aber die sowjetische Führung muß auch respektieren, daß wir Anspruch auf ein gleiches Maß an Sicherheit haben. Wir werden uns in diesem Anspruch auch von Propagandakampagnen und Drohungen nicht beirren lassen«

Bundeskanzler Helmut Kohl (S. 5)
FOTO: JUPP DARCHINGER

WIRTSCHAFT

Automarkt: Einen Rekordabsatz von 75 000 Pkw – 20 000 mehr als vor einem Jahr – verbuchten die deutschen Hersteller im August in Großbritannien. Damit stieg ihr Anteil am britischen Gesamtmarkt auf 20 Prozent. (S. 14)

Fangunion: Das Land Niedersachsen stellt für die Gründung der Fangunion der deutschen Seefischer eine Bürgschaft von zwölf Millionen DM. Fünf Millionen sind für den Ankauf von zwei Frischfischfängern von der Nordstern AG bestimmt. (S. 13)

Export: Der Handel zwischen der Bundesrepublik und den Niederlanden wird in diesem Jahr erstmals die 100-Milliarden-DM-Grenze überschreiten. Damit rücken die Niederlande hinter Frankreich zum zweitstärksten Handelspartner auf. (S. 13)

Börse: Die flotte Fahrt der Automobilwerte bestimmt weiterhin das Tempo an den Aktienmärkten. Der Rentenmarkt war schwächer. WELT-Aktienindex 211,79 (211,51). BHF-Rentenindex 105,136 (105,312). Performance Index 107,411 (107,651). Dollarmittelkurs 2,9455 (2,9105) Mark. Goldpreis 319,35 (317,40) Dollar.

KULTUR

Archäologen: Die Zeiten, da deutsche Forscher in fremden Ländern aufgespürte Schätze einfach mit nach Hause nehmen konnten, sind längst vorbei. Dennoch werden weiterhin Jahr um Jahr Millionen von Mark für Grabungen aufgewendet. Was reizt deutsche Archäologen heute, im Ausland zu forschen? (S. 19)

Archiv: Mit erheblichem Aufwand entsteht in Ost-Berlin zur Zeit der Neubau für eine „Forschungs- und Gedenkstätte für Deutsche Literatur und Kunst des 20. Jahrhunderts". Das Projekt wird als weiterer Versuch der „DDR" gewertet, sich als einziger Hüter und Erbe deutscher Kultur darzustellen. (S. 4)

SPORT

Tennis: Ivan Lendl (CSSR) gewann das Finale der Offenen Meisterschaften der USA in Flushing Meadow mit 7:6, 6:3, 6:4 gegen John McEnroe (USA). Ab morgen nimmt Lendl am internationalen Turnier in Stuttgart teil. (S. 10)

Turnen: Bei den Weltmeisterschaften in Montreal muß die deutsche Frauen-Riege gemeinsam mit Bulgarien, Frankreich und einer gemischten Mannschaft antreten. Die Herren turnen gegen Brasilien, Österreich und Kuba.

AUS ALLER WELT

Aids an Schulen: Wie werden Behörden handeln, wenn dieser Fall eintritt? Darf ein infiziertes Kind weiter den Unterricht besuchen? Bremens Schulsenator Franke kann sich eine Isolierung Aidskranker Schüler vorstellen. Das saarländische Kultusministerium ist strikt dagegen. (S. 20)

Notlandung: Ein Jumbo-Jet der US-Fluggesellschaft TWA mit 55 Menschen an Bord mußte gestern kurz nach dem Start in London notlanden. In 300 Meter Höhe war ein Triebwerk ausgefallen. (S. 20)

Wetter: Im Norden bewölkt, im Süden heiter. 15 bis 19 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Banken hoffen noch auf ein politisches Signal aus Pretoria

Südafrika hat sich in eine finanzielle Vertrauenskrise manövriert

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Liquiditätskrise Südafrikas wird die Notenbankchefs beschäftigen, die sich gestern und heute hinter verschlossenen Türen bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel zu ihrer allmonatlichen Routinesitzung treffen. Bankkreise rechnen allerdings nicht damit, daß die Basler Bank der Notenbanken, deren Mitglied Südafrika ist, Hilfsaktionen zugunsten Pretorias unternimmt. In Notenbankkreisen wird die Auffassung vertreten, daß die BIZ und andere Notenbanken so lange nicht gefordert sind, wie die Stabilität des internationalen Währungssystems nicht gefährdet ist.

Nach erheblichen Kapitalabflüssen und der Rückforderung von Krediten und Einlagen durch amerikanische Banken hatte Pretoria vor einer Woche die Rückzahlung von Auslandskrediten bis zum Jahresende gestoppt; nach jüngsten Äußerungen aus Südafrika müssen sich die ausländischen Banken auf ein noch längeres Einfrieren ihrer Kredite einrichten. Pretoria ist mit 22 Milliarden Dollar im Ausland verschuldet, wovon 14 Milliarden innerhalb eines Jahres fällig werden.

Als besonders kritisch werden die 6,5 Milliarden Dollar kurzfristiger Auslandsschulden südafrikanischer Banken angesehen. Die Nedbank, die drittgrößte südafrikanische Bank, die besonders aktiv bei der Aufnahme von Auslandskrediten war, sorgte während der vergangenen Tage für Unruhe an den Finanzmärkten, weil ihre Auslandsniederlassungen, die unter das Moratorium fielen, ihre Verpflichtungen nicht erfüllen konnten.

SEITE 5:
Botha fordert Gewaltverzicht

Inzwischen hat die südafrikanische Zentralbank mit Unterstützungsaufklärungen zu einer Entspannung der Situation beigetragen.

In Notenbankkreisen wird es als Angelegenheit der Gläubigerbanken bezeichnet, sich mit Pretoria über eine Umschuldung der kurzfristigen Kredite zu einigen. Der südafrikanische Notenbankchef Gerhard de Kock hat zwar mit Blitzbesuchen bei führenden Banken, auch in der Bundesrepublik Deutschland, versucht, das Terrain dafür atmosphärisch vorzubereiten. Doch ein Gespräch mit Bundesbankchef Karl-Otto Pöhl über die Umschuldung kurzfristiger Kredite blieb erfolglos. Mit dem einseitig erklärten Moratorium hat sich Pretoria in eine Vertrauenskrise hineinmanövriert. Die südafrikanischen Krisenmanager hatten die internationale Reaktion falsch eingeschätzt.

Die zunehmende Vorsicht gegenüber Südafrika und die Gefahr amerikanischer Sanktionen gegen das Land lösen Befürchtungen aus, daß der Außenhandel Südafrikas abgewürgt wird und daß sich dadurch die Finanz- und Wirtschaftslage des Landes verschlechtert. Deutsche Banken, die mit rund zwei Milliarden Mark direkt und mit weiteren zwei Milliarden über Auslandsstützpunkte in Südafrika engagiert sind, betrachten aktive Schritte Pretorias zur Beilegung der Rassenunruhen als wichtigste Voraussetzung für die Rückkehr zu geordneten Finanzverhältnissen.

Zwar wird überall betont, daß die politisch bedingte Liquiditätskrise Südafrikas nicht mit den tiefgreifenden wirtschaftlichen Problemen lateinamerikanischer Schuldnerländer vergleichbar ist. Doch sind Eruptionen an der internationalen Schuldenfront nicht auszuschließen, wenn das barsche Vorgehen Pretorias andere in Not geratende Staaten zum Nachahmen animiert.

Kompromiß für ein Kulturabkommen

Bonn und Ost-Berlin klammern das heikle Thema „Preußischer Kulturbesitz" aus

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die Aussichten für den Abschluß eines deutsch-deutschen Kulturabkommens stehen nach Ansicht von Bundesminister Heinrich Windelen günstig. Morgen findet eine möglicherweise vorentscheidende weitere Runde zwischen Staatssekretär Hans Otto Bräutigam und „DDR"-Vizeaußenminister Kurt Nier statt. Die „kritische Masse" bildet nach wie vor die volle Einbeziehung West-Berlins, auf der Bonn besteht. Nur das Einvernehmen Bonns und Ost-Berlins, das Thema „Preußischer Kulturbesitz" auszuklammern, schafft die Chance, das Papier unterschriftsreif zu formulieren.

Die „DDR" beharrt im Prinzip auf ihrer Forderung, sämtliche Schätze von insgesamt neun der 14 staatlichen Museen in West-Berlin zu erhalten und nicht etwa nur die Nofretete-Büste und den „Mann mit dem Goldhelm" aus der Rembrandt-Werkstatt ...

Auch während der neuen Verhandlungen – sie waren 1983 nach achtjähriger Pause von SED-Chef Erich Honecker wieder „freigegeben" worden – wich die andere Seite kein Jota von ihrer Boykott-Politik gegenüber der Stiftung Preußischer Kulturbesitz ab. Die „DDR" bleibt bei ihrer Ansicht, sämtlicher Museumsbesitz, der sich bis zum 8. Mai 1945 ursprünglich auf dem Territorium der Sowjetzone und späteren „DDR" befand, gehöre wieder in ihre Vitrinen.

Lautlos, aber mit einer politisch bedingten Härte, die an den „kalten Krieg" erinnert, betreibt Ost-Berlin seinen Boykott gegen die Stiftung. Sie residiert in einer weißen Gründerzeit-Villa am Ufer des Landwehrkanals – einst als Berliner Amtssitz des Bundeskanzlers gedacht.

Die unnachgiebige Haltung gegenüber der Stiftung, die Preußens Schätze im Westteil der Stadt hütet, aufbewahrt und ausstellt, kommt bei dem geplanten Abkommen durch die beschlossene „Nichtbefassung" mit dem gesamten Komplex nach außen nicht zur Geltung.

Wie sehr der „DDR" die Stiftung ein Dorn im Auge ist, läßt sich aber an einer Reihe von Fakten nachweisen:

- Seit etwa sieben Jahren lehnt das Ostberliner Kulturministerium jede Beteiligung an Ausstellungen in der Bundesrepublik Deutschland ab, wenn sich unter dem vorgesehenen Gut etwa Leihgaben der Stiftung befinden. In diesem Falle werden die eigenen Kostbarkeiten aus Dresden, Meißen oder Potsdam zurückgehalten, ihre leihweise Hergabe verweigert.
- Akzeptiert der Veranstalter einer solchen Ausstellung nicht die „DDR"-Forderung, auf „preußische" Exponate aus West-Berlin zu verzichten, rollt kein „Deutrans"-Transporter mit den schönen Ausstellungsdingen aus der „DDR" in das westliche Museum. Die Bündnispartner der „DDR" verhalten sich mehr oder weniger mit Ost-Berlin solidarisch. Besonderen Boykott-Eifer gegenüber der Stiftung legt dabei Moskau an den Tag.
- Um der eigenen Reputation willen schließen die „DDR"-Kulturbehörden bisweilen aber auch Kompromisse: Sie prüfen dann vor ihrer Entscheidung, ob die Stiftung für eine Ausstellung, an der auch „DDR"-Be-

● Fortsetzung Seite 12

Jaruzelski bald zum Papst?

DW. Warschau

Der polnische Partei- und Regierungschef General Jaruzelski verstärkt offensichtlich seine Bemühungen, auf seiner geplanten Reise zu den Vereinten Nationen in diesem Monat bei einem Zwischenaufenthalt in Rom vom Papst empfangen zu werden. Jaruzelski hat mit dem Repräsentanten Warschaus beim Heiligen Stuhl, Jerzy Kuberski, eine längere Unterredung geführt. Die Visite beim polnischen Papst, so wird vermutet, soll der Kampagne für eine höhere Beteiligung an den am 13. Oktober stattfindenden Parlamentswahlen Auftrieb geben. In Regierungskreisen wird nicht ausgeschlossen, daß sich nur knapp 50 Prozent an diesem Wahlgang beteiligen könnten. Dies wiederum könnte Mißtrauen in Moskau wecken. Kreml-Chef Gorbatschow hatte die polnische Partei zu größerer politischer und ideologischer Disziplin aufgefordert.

Rau korrigiert Kreml-Version

DW. Moskau

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident und stellvertretende SPD-Vorsitzende Johannes Rau hat zum Auftakt seiner politischen Gespräche in Moskau Revanchismusvorwürfe von sowjetischer Seite entschieden zurückgewiesen. Bei einer Begegnung mit seinem Gastgeber Vitalij Worotnikow, dem Ministerpräsidenten der Russischen Sowjetrepublik, erklärte Rau auf entsprechende Vorhaltungen, der Revanchismus sei keine spürbare politische Wirklichkeit in der Bundesrepublik und sei für die Mehrheit ihrer Bürger ein Alptraum. Während die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur Tass die Atmosphäre des Treffens als „freundschaftlich" und „sachlich" bewertete, wies Raus Regierungssprecher Helmut Müller-Reinig die Bezeichnung „freundschaftlich" als unzutreffend zurück. Das Gespräch sei „sehr sachlich, ruhig und kompetent" gewesen.

Aktuelle Stunde zu Bülow-Papier

hrk. Berlin

Noch in dieser Woche, vermutlich am Freitag, will die CDU/CSU eine aktuelle Stunde über das umstrittene Bülow-Papier der SPD zur Sicherheitspolitik beantragen. Bundeskanzler Kohl forderte die Unionsabgeordneten gestern in Berlin auf, eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit den SPD-Thesen zu führen. „Hier geht es um die gesamte Richtung der Politik", sagte der Kanzler und CDU-Bundesvorsitzende vor den im Reichstagsgebäude versammelten Abgeordneten. Es gehe darum, „dafür zu sorgen, daß unsere Politik in Ost und West berechenbar bleibt".

Das SPD-Papier sieht unter anderem vor, die Wehrpflicht auf sieben oder acht Monate zu verkürzen und die Bundeswehr zu einer Miliz-Armee umzugestalten. Eine Verwirklichung solcher Vorschläge würde nach Einschätzung der Bundesregierung den Verteidigungsauftrag gefährden.

Entmachtet Gorbatschow nun Grischin?

DW. Moskau

Der Moskauer Bürgermeister Wladimir Promyslow ist seit Wochen Ziel heftiger Kritik der sowjetischen Presse. Nach Ansicht westlicher Diplomaten zielen diese Angriffe jedoch in Wirklichkeit auf das Politbüromitglied Viktor Grischin, den 71jährigen Chef der Moskauer Parteiorganisation, der als „alter ego" des Bürgermeisters gilt und dessen Sitz im Politbüro bedroht sein soll. „Wer Promyslow sagt, meint Grischin", äußerte ein westlicher Diplomat unter Anspielung auf die enge Verbindung der beiden als konservativ geltenden Politiker, von denen der eine seit 1963 Bürgermeister und der andere seit 1967 Parteichef Moskaus ist.

Bisher nie gehörte Anschuldigungen brachte der erste Stellvertreter des Generalstaatsanwalts der Russischen Sowjetrepublik, Sergejew, erst am Sonntag in der Zeitung „Sowjetskaja Rossija" (Sowjetrußland) gegen den Bürgermeister vor. Der Staatsanwalt sprach von „Leseranfragen", in denen „globale Maßnahmen zur Bestrafung der Verantwortlichen" in der Moskauer Stadtverwaltung verlangt wurden. Dabei gehe es um gefälschte Unterschriften bei der Zuteilung von Wohnungen und der Freigabe von Gebäuden noch vor Beendigung der Bauarbeiten. Diese Machenschaften verfolgten den Zweck, eine Erfüllung des Plansolls vorzutäuschen. Die Moskauer Gerichte hätten in diesem Zusammenhang 20 der 31 Stadtbezirke, die Banken und das Statistische Amt aufgefordert, in 52 bereits eröffneten Untersuchungsverfahren das vorgelegte Zahlenmaterial zu überprüfen und „in Ordnung zu bringen".

Bereits am 18. August hatte „Sowjetskaja Rossija" den Bürgermeister schärfer angegriffen und erklärt, die eigentliche „Wurzel des Übels" liege in der „Beteiligung der Führung" an den Mißständen. Nach Ansicht diplomatischer Quellen ist eine derartige Kritik nur möglich unter Zustimmung von hoher, in diesem Fall von höchster Stelle: vom Politbüro, dem Grischin selbst angehört. Die Kampagne lasse sich durch die Rolle erklären, die Grischin im März nach Tschernenkos Tod bei der Machtübernahme Gorbatschows gespielt zu haben scheint. Es habe Anzeichen dafür gegeben, daß Grischin in den letzten Wochen der Amtszeit Tschernenkos in den Vordergrund geschoben wurde, um Gorbatschow an der Nachfolge zu hindern. Dieses Manöver sei von Grigorij Romanow, dem Hauptrivalen des neuen KPdSU-Generalsekretärs, gesteuert worden. Grischin, so Gerüchte aus sowjetischen Quellen, könnte entweder beim für Oktober vorgesehenen nächsten Plenum des Zentralkomitees oder Ende Februar auf dem 27. Parteitag, wahrscheinlich aber beim Parteitag der Moskauer KP in diesem Dezember entmachtet werden.

DER KOMMENTAR

Papst und General

HEINZ BARTH

Während des zweiten und – bisher – letzten Besuches, den Papst Johannes Paul II. seiner Heimat abstattete, hatte General Jaruzelski („Weltanschauliche Unterschiede sind kein Hindernis") den polnischen Katholiken einen „würdigen Platz" im politischen Leben des Landes in Aussicht gestellt. In den zwei Jahren, die seither vergangen sind, ist nichts geschehen, um dieses Versprechen einzulösen. Die Gewerkschaft „Solidarität", deren Symbole bei Prozessionen nicht mehr gezeigt werden dürfen, wurde noch tiefer in den Untergrund gedrängt. Das Schulwesen bleibt weiter von Atheismus und Religionsfeindlichkeit geprägt. Nach der Warschauer Inspektionsreise Gorbatschows, der das Regime zu mehr Disziplin ermahnte, hat sich die Tendenz, katholische Laien vom öffentlichen Leben auszuschließen, noch verschärft.

Die Kompromisse, mit denen die Kirche zu retten versuchte, was zu retten war, wurden nicht honoriert. Doch die Stabilisierung, die sich Jaruzelski von seinem starren Kurs versprach, hat nur die Gegensätze stabilisiert. Das Wesen des Marxismus, beklagte sich soeben Kardinal Glemp, liege „nicht in der Stärke der Gedanken, sondern in der Anwendung von Stärke". Nur müssen die Machthaber jetzt feststellen, daß in einem Land, wo massiver Druck auf die religiöse Überzeugung des Volkes ausgeübt wird, die Zeit gegen sie arbeitet. Anders läßt es sich nicht erklären, daß Warschau diplomatisch durch seinen Vertreter beim Vatikan vorfühlen läßt, ob der Papst bereit wäre, Jaruzelski zu empfangen, der Mitte September auf seiner Reise zur Herbsttagung der UNO in Rom Station machen möchte.

Es ist nicht mehr der Katholizismus, der im Konflikt zwischen Kirche und Staat am kürzeren Hebel sitzt. Am 13. Oktober finden in Polen Parlamentswahlen statt, bei denen das Regime auf einen massiven Wahlboykott der Bevölkerung gefaßt sein muß. Eine Beteiligung von weniger als 50 Prozent, die alle Bemühungen des Generals um „Normalisierung" der Verhältnisse zunichte machen würde, ist nicht auszuschließen. Ein Empfang durch den Papst könnte für Jaruzelski eine Entlastung bedeuten, die das drohende Wahldesaster verschleiert.

Vor mehr als 900 Jahren stand Heinrich IV. drei Tage in der Januarkälte des Schloßhofes von Canossa, um von Papst Gregor VII. die Lossprechung vom Bann zu erflehen. Im 20. Jahrhundert finden Canossa-Gänge nicht mehr barfuß statt. Doch an moralischer Macht, einen Bann über die polnische Wahbeteiligung auszuüben, fehlt es Johannes Paul II. nicht. Die Lossprechung für den Feind der Kirche, den er so gut kennt, wird von ihm nicht umsonst zu haben sein.

Putschversuch in Thailand gescheitert

DW. Bangkok

Mit der schlechten Wirtschaftslage haben gestern thailändische Offiziere ihren Putschversuch begründet, der von regierungstreuen Truppen in den frühen Morgenstunden niedergeschlagen worden war. In Abwesenheit des thailändischen Ministerpräsidenten Prem Tinsulanonda, der sich zu einem offiziellen Besuch in Indonesien aufhielt, und des in Europa weilenden Armeechefs Arthit Kamtung-Ek erklärte der stellvertretende Oberbefehlshaber der Streitkräfte, General Tienchai Sirisumphun, am Vormittag in Bangkok vor Journalisten, regierungstreue Soldaten hätten die Lage wieder unter Kontrolle. Ministerpräsident Prem und Armeechef Arthit kehrten noch gestern nach Thailand zurück.

Nachdem die putschenden Offiziere in der Nacht zum Montag mehrmals über Rundfunk bekanntgegeben hatten, das Parlament sei aufgelöst und die Verfassung außer Kraft gesetzt, waren am Morgen in Bangkok Kämpfe zwischen regierungstreuen Truppen und den aufständischen Soldaten unter Führung des früheren Armeechefs General Serm Nanakorn ausgebrochen.

Nach Angaben der Regierung war der frühere Ministerpräsident Kriangsak Chomanan Drahtzieher des mißglückten Putsches. In Radiomeldungen hatten sich die putschenden Militärs hinter den König gestellt.

In den vergangenen 50 Jahren hatte es in Thailand bereits 15 Umstürze oder Umsturzversuche gegeben. Den vorletzten hatte die Regierung Prem im April 1981 überstanden.

Seite 5: Die alte Garde

Spitzen der Union erörtern brisante Themen

gba. Bonn

Die Spitzen von CDU und CSU kommen heute nachmittag in Bonn erstmals nach der parlamentarischen Sommerpause wieder zu einer Aussprache zusammen. Die Themenliste – eine feste Tagesordnung gibt es dem Vernehmen nach nicht – reicht von der Außenpolitik bis zu den Schwerpunkten der aktuellen innenpolitischen Diskussion. Dabei wird neben anderem die Haltung der Union zum Paragraphen 218, die Ergebnisse der Dreierrunde Regierung–DGB–Arbeitgeber, die Verwendung der Überschüsse der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit, aber auch das Ausländerproblem angesprochen werden. Die beiden Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Strauß, werden von jeweils vier Spitzenpolitikern begleitet: Von der CDU nehmen Fraktionschef Dregger, Generalsekretär Geißler, Kanzleramtsminister Schäuble und Bundesfinanzminister Stoltenberg an der Aussprache teil. Die CSU-Seite wird von Strauß, Bundesinnenminister Zimmermann, Landesgruppenchef Waigel, Generalsekretär Tandler und dem Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Staatssekretär Stoiber, vertreten.

Kohl und Strauß haben sich in diesem Sommer schon dreimal getroffen: Zunächst am 3. Juli in Bonn; am 24. und 25. August besuchte Kohl nach seinem Treffen mit Staatspräsident Mitterrand Strauß in Südfrankreich. Außerdem führten beide vergangene Woche bei der Geburtstagsfeier für Strauß in München ein Gespräch.

Luxemburg bemüht sich um Ausgleich bei Reform der EG

Unterschiedliche Auffassungen über Entscheidungsverfahren

WILHELM HADLER, Luxemburg

In einer optimistischen Grundstimmung haben gestern die Verhandlungen der Außenminister über eine Stärkung der Europäischen Gemeinschaft begonnen. Zwar gehen die Ansichten der EG-Regierungen über die Notwendigkeit neuer Vertragsbestimmungen nach wie vor auseinander, doch herrscht offenbar weitgehende Übereinstimmung darüber, daß der Gemeinschaft neue Aufgabengebiete zufallen sollen und daß deshalb auch die schwierigen Entscheidungsprozeduren im Ministerrat überprüft werden müssen.

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher sagte zum Auftakt der ersten Sitzung der auf dem Mailänder EG-Gipfel beschlossenen Regierungskonferenz, er sei „mit guten Vorsätzen und mit Zuversicht" nach Luxemburg gekommen. Bonn werde in allen Bereichen der Europapolitik bemüht sein, etwas voranzubringen. Dies gelte besonders für die Forderung, die Mitwirkungsrechte des Europäischen Parlaments zu stärken.

Luxemburg hat als Präsidentschaftsinhaber den Außenministern (neben den bisherigen Mitgliedsländern waren auch Spanien und Portugal vertreten) ein Papier zugeleitet. Darin wird versucht, die unterschiedlichen Vorstellungen über die angestrebte Reform der EG auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Das gestrige Außenministertreffen sollte den Weg freimachen für die Formulierung verbindlicher Texte durch die Vertragsexperten. Diese sollen den EG-Staats- und Regierungschefs Anfang Dezember zur weiteren Beratung unterbreitet werden.

Die Luxemburger Regierung hat vorgeschlagen, allen Ratssitzungen der Außenminister bis zum nächsten EG-Gipfel eine Regierungskonferenz vorzuschalten. Vor allem zum Thema Entscheidungsverfahren (Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips) sind offensichtlich noch erhebliche Widerstände zu überwinden. Heute beraten die Außenminister über den Besuch einer EG-Delegation in Südafrika in der vergangenen Woche.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Zauberhaft

Von Enno v. Loewenstern

In Voltaires Frankreich wird mehr Geld für Hexerei und Teufelsaustreibung ausgegeben als für die wissenschaftliche Forschung. Diese Behauptung einiger Experten im französischen Fernsehen gilt als unbestritten – in den Zeitungen und Telephonbüchern bieten Hellseher, Exorzisten oder Hexer spaltenlang ihre Dienste an, von 2000 Franc (rund 670 Mark) für eine Sitzung bis zu 100 000 Franc für mehrtägige „Heilungen".

Daß der im Fernsehen inszenierte Versuch eines Hexers nicht klappte, seinem Kunden die entlaufene Frau wiederzubringen, oder daß einer Bäuerin trotz aller Exorzistenmühen immer noch Kühe an Nadeln sterben, die der Satan (keinesfalls Menschenhand!) auf ihren Wiesen streut, tut dem Geschäft keinen Abbruch. Denn manchmal haben Hexen ihren Nutzen.

Eine deutsche Hexe stand vor Jahren vor einem ostbayerischen Gericht: Einem Bauern, dessen Kühe im Stall verkümmerten, hatte sie gegen Honorar verraten, daß zwei seiner Kühe verhext seien; er müsse sie verkaufen und dürfe auch keine anderen an ihre verhexten Plätze stellen, dann werde sein Vieh gesunden. Es gesundete tatsächlich. „Hätte ich ihm etwa die Wahrheit sagen sollen", fragte die wackere Hexe, „nämlich, daß sein Stall für die vielen Kühe zu klein war und daß sie nur Luft bekämen, wenn er zwei entfernte? Er hätte es mir doch nie geglaubt!" Dennoch wurde sie wegen Betrugs verurteilt, denn, wie der alte Richter ihr barsch und bayerisch erklärte: Das Gesetz schützt halt die Dummen, verstehst?

Das war einmal, es ist nicht mehr so. Der Aberglaube nimmt um so kräftiger zu, je mehr der Glaube im Namen der Aufklärung zuschanden wird; moderne Polithexer leben glänzend davon, daß Gott durch Marx, Freud und neuerdings Bhagwan ersetzt wurde, daß auch für die altmodischen Zauberkünstler heute wieder ein Geschäft herausspringt.

Da verwundert es, daß im Justizpalast von Lyon angesichts eines Massenandrangs von Flöhen das Personal nach Insektenpulver schreit. Im nahen Lausanne wurden die zahlreich gewordenen Blutegel durch Gerichtsbeschluß zum Verlassen der Gegend aufgefordert und, als sie nicht gehorchten, exorziert – erfolgreich, wie die Chronik berichtet. Das war 1451; warum sollte dergleichen heute nicht gelingen, ohne Umweltvergiftung?

Brauchen Beamte Fortune?

Von Joachim Neander

In der ersten Runde scheint der rheinland-pfälzische Weinbauminister Dieter Ziegler (CDU) mit seinem energischen Versuch, im eigenen Hause personelle Konsequenzen aus dem Glykolskandal zu ziehen, Schiffbruch erlitten zu haben. Der genau wie sein Stellvertreter vorläufig von seinen Funktionen entbundene langjährige Leiter der Weinbauabteilung, der Leitende Ministerialrat Hans-Bernd Ueing, erreichte vor dem Verwaltungsgericht, daß diese Maßnahme zunächst wiederaufgehoben werden muß.

In der Sache selbst freilich ist dies keine endgültige Entscheidung, zumal mit Sicherheit die nächste Instanz angerufen wird. Im wesentlichen geht es um ein Interpretationsproblem. Der Beamte beruft sich darauf, er habe Zieglers Vorgänger Meyer am 17. Mai in einem Vermerk auf die Verfälschungen österreichischer Importweine aufmerksam gemacht. Tatsächlich hat auch Ziegler nach Übernahme des Ministeriums am 29. Mai diesen Vermerk abgezeichnet. In einem vierstündigen Gespräch jedoch, in dem der Beamte dem neuen Minister alle Probleme seines Bereichs vorzutragen hatte, sei die Glykolaffäre mit keinem Wort angesprochen worden, sagt der Minister.

Das werden notfalls die Gerichte zu werten haben. Um eine offizielle Strafversetzung handelt es sich sowieso nicht; das ginge ohne Disziplinarverfahren auch gar nicht. Der Minister will lediglich in dieser nach dem Skandal doppelt wichtigen Abteilung auch personell einen Neuanfang machen. Damit verknüpft er das Prestige seines Amtes und seiner selbst.

Unkorrekt hat der Beamte sich vermutlich nicht verhalten. Er hat einen Vorgang nur falsch eingeschätzt. Deswegen hat sein Vorgesetzter, Staatssekretär Ferdinand Stark, bereits anstandslos seinen Hut genommen. Von dem Beamten wird lediglich verlangt, daß er sich nun mit einer anderen (nebenbei gleichrangigen) Funktion zufriedengibt. Der Fall berührt das heikle Problem, wieviel von einem politischen Beamten und wieviel von einem Laufbahnbeamten an politischem Instinkt, Weitblick und nicht zuletzt auch Fortune verlangt werden kann.

Doch Bolivar ist lange tot

Von Günter Friedländer

Der Waffenstillstand, den Kolumbiens Präsident Betancur mit der Guerrilla M-19 („Bewegung 19. April") geschlossen hatte, war bald wieder zu Ende, nachdem das M-19 Ende Juni zur bewaffneten Aktion zurückgekehrt war. Das Heer aber kannte die Pläne des M-19 und vereitelte sie in Gefechten, in denen das M-19 schwere Verluste erlitt. Dabei fiel sein Chef der militärischen Aktionen, Ivan Marino Ospina, in dessen Besitz die Soldaten ein Tonband mit einer Art Testament fanden.

Die Ideologie des M-19 war nie klar. Nun stellt sich heraus, daß die Guerrilla stets spektakuläre Schläge einer ideologischen Festlegung vorzog. Ospina gab auf dem Tonband seinen Kameraden ein trauriges Bild vom Verfall der Bewegung und sagte fast prophetisch: „Wir befinden uns im Maul des Wolfs. Wenn der tötet, dann ist und bleibt man tot."

Das Tonband bestätigt, daß M-19 im Waffenstillstand nur den Übergang zum Kampf auf erweiterter Ebene sah. Der Stratege träumte von einem „bolivarianischen" Guerrillaheer zusammen mit Ecuadors „Alfaro Vive", Venezuelas „Roter Fahne", Perus „Leuchtendem Pfad", Uruguays „Tupamaros" und Argentiniens „Montoneros", mit deren Führern er Kontakte unterhielt. Eine eigene Waffenindustrie sollte sie vom Ausland unabhängig machen. Lösegelder entführter Wirtschaftskapitäne sollten sie finanzieren.

General i. R. Valencia Tovar, ein Experte der Guerrilla-Bewegung, führt die Niederlagen des M-19 auf die „Che"-Guevara-Legende zurück, der mit dem Kriegsruf „Die Guerrilla ist unbesiegbar" immer noch Jugendliche verführt. Der General beschreibt das „heroische Delirium" junger Menschen, die von sich als bärtigen Siegern träumen und in den regulären Armeen eine überholte Einrichtung verbürgerlichter Staaten sehen, die beim Ansturm der Jugend zusammenbrechen müsse.

Bisher hat keine Guerrillagruppe wegen des riesigen Unterschieds zwischen den Träumen von Ospina und Che einerseits und der von Ospina geschilderten Realität andererseits resigniert. Und der Befreiungsheld Bolivar, den Ospina beschwört, ist 135 Jahre tot.



Der Vorreiter KLAUS BÖHLE

Rohrkrepierer statt Angriff

Von Peter Philipps

Meinungsumfragen und eine aus dem Bemühen um sachliche Arbeit gewonnene Befriedigung haben in den vergangenen Monaten der SPD ein Hochgefühl vermittelt, wie sie es seit fünfzehn Jahren nicht mehr erlebt hat. Vom Willen ihrer Parteiführer Willy Brandt und Hans-Jochen Vogel getrieben, nicht allein auf die Bauernregel zu vertrauen, daß nicht die Opposition Wahlen gewinnen, sondern höchstens eine abbauende Regierung Wahlen verlieren kann, sahen sie Hoffnungsschimmer am Horizont für das Jahr 1987.

Doch nun, wo es allmählich ernst wird, wirft zunächst Wischnewskis Rücktritt Schatten. Eisberge signalisieren nicht nur vor Neufundland das Ende von Rekordfahrten, sondern könnten auch dem Tanker SPD die Tempo-Rückkehr zum Zielhafen Kanzleramt versperren. Andreas von Bülow ist mit seinen für die SPD auch noch zum gänzlich falschen Zeitpunkt bekanntgewordenen Überlegungen ein solcher Eisberg, dessen Masse an Zustimmung wohl noch unsichtbar unter der Wasseroberfläche bleibt.

Ein mit glänzenden Sympathie-Werten in allen Meinungsumfragen versehener Johannes Rau reicht eben nicht. Und der vor allem durch Pannen und/oder unpopuläre Einsparungen der Bundesregierung von Demoskopen signalisierte Kompetenzgewinn der Sozialdemokraten auf wichtigen politischen Feldern bedarf einer innerparteilichen Unterfütterung. Statt dessen erlebt der ungläubigschauende Beobachter auf der Programm-Baustelle der SPD, auf der im kommenden Jahr ein rot glänzendes Hochhaus mit garantiert umweltschonender grüner Technik entstehen soll, wie die eine Hand sich müht, das einzureißen, was die andere gerade aufgebaut hat.

Mit dem vor allem von Vogel so lange propagierten (bis es sich zum Selbstläufer entwickelte) Projekt „Arbeit und Umwelt", mit Bekenntnissen zur Unverzichtbarkeit der sozialen Marktwirtschaft und einer von Brandt auf einem Arbeitnehmerkongreß vorgenommen Absage an Verstaatlichungs-Ideologien zeichnete sich der Weg eines stimmigen SPD-Wirtschaftskurses ab. Bekenntnisse zur Notwendigkeit des technologischen Fortschritts, vehementes Bestreiten jeglicher „Technikfeindlichkeit" garnierten dies alles.

Doch die andere Hand griff am Wochenende ein: Gemeinsam mit Grünen verabschiedeten Sozialdemokraten eine Resolution gegen „Atombewaffnung durch zivile Atomanlagen". Hinter jedem Kernreaktor in der Bundesrepublik Deutschland lugt ihrer Ansicht nach gleich der Verdacht der klammheimlichen Hilfe für die atomare Aufrüstung der westlichen Verbündeten hervor.

Oder: Parteigeschäftsführer Peter Glotz fordert in einem Rundschreiben die Bezirks-Funktionäre dazu auf, „Patenschaften" mit örtlichen Bundeswehr-Einheiten einzugehen. Vogel sucht bei regelmäßigen Rundreisen das Gespräch mit den Soldaten vor Ort. Bei jeder Gelegenheit wird das Bekenntnis zur Notwendigkeit von Bundeswehr und NATO betont. Doch nun kommt Andreas von Bülow daher und reißt mit seinen Gedanken zum Miliz-Heer, zur Verkürzung der Wehrfrist und der Forderung „Ami, go home" manches wieder ein. (Wobei nicht übersehen werden sollte, daß von Bülow Rußland aus Europa ausgliedert – anders ist seine Forderung, die Rote Armee solle sich aus diesem Kontinent zurückziehen, nicht zu verstehen.)

Oder: Die SPD sucht das Gespräch mit den Unternehmern, während gleichzeitig der Schulterschluß mit den Gewerkschaften demonstriert wird. Nur, die Chance einer solchen Verklammerung reduziert sich, wenn gleichzeitig „Prüfsteine" aufgestellt werden, anhand derer man in bester Wahlkampfmanier das zu messen ankündigt, was aus einem Trialog beim bekämpften Bundeskanzler herauskommt. Oder: Mit dem Schwung der Friedensbewegung im Rücken konnten zwar die Gesprächskontakte zu den östlichen Nachbarn gepflegt werden, doch der Dialog mit den USA hat gelitten. Gegenüber der Regierung unseres größten westlichen Verbündeten herrscht praktisch Funkstille; der weltweit geachtete Staatsmann Brandt wird fast demütigend von US-Präsident Reagan geschnitten. Öffentlich kündigte der in Bremen abtretende Hans Koschnick als eine seiner Hauptaufgaben im Parteivorstand an, das Verhältnis zu den USA zu verbessern. So etwas mindert den Schein außenpolitischer Vitalität.



Damals stand er noch zur NATO: von Bülow 1979 als Verteidigungs-Staatssekretär FOTO: POLY-PRESS

Dies alles sind keine Schnitzer, wie der anwaltlich erzwungene Widerruf des wirtschaftspolitischen Sprechers Roth, der gegenüber Gesundheitsminister Geißler den Mund zu voll genommen hatte („Rohrkrepierer" nannte es Vogel), sondern Fehler, die in den Aufschwung der Demoskopie-Ergebnisse hineinschlagen. Brandt und Vogel bedurften keiner Nachhilfe, um die Notwendigkeit zu erkennen, rechtzeitig vor der Bundestagswahl mit einem stimmigen Programm-Konzept vor die Wahl-Bürger zu treten. Vielarmig mühen sie sich – bisher noch ohne erkennbare Hilfe ihres Kanzlerkandidaten-Kandidaten – um das Bild einer SPD mit einem klaren Profil.

Doch wie meistens, wenn es ihnen besser als erwartet geht, drohen die Genossen über das Ziel hinauszuschießen. Meist entsteht dann das Bild einer Laokoon-SPD: Mit sich und ihren Schwierigkeiten so sehr verschlungen, daß für die Auseinandersetzung mit dem Gegner keine Kraft mehr bleibt.

„Bruder Johannes" geht einen schweren Weg. Da er, ähnlich wie Amtsinhaber Kohl, Politik stark aus dem Bauch und aus dem Herzen heraus macht, bereiten ihm die dialektischen Schaukämpfe, mit denen seine Genossen versuchen, Unvereinbares zu vereinen, Pein. Noch hat er die Möglichkeit des Zauderns, um sich der ihm vorschwebenden Linie wenigstens anzunähern. Doch wenn noch einige persönliche oder programmatische Blindgänger von der Qualität Wischnewskis und Bülows in den eigenen Reihen hochgehen, braucht er zum Gefecht gar nicht mehr anzutreten.

IM GESPRÄCH Martin Biermann

Der Weckdienst

Von Michael Jach

Fast über Nacht wurde dem Leiter der niedersächsischen Landesvertretung in Bonn die neue Aufgabe angetragen: Seit Beginn dieses Monats ist Ministerialdirigent Martin Biermann Generalsekretär der Landes-CDU in Hannover – für neun Monate, bis zur Landtagswahl. Die Partei traut dem zweiundvierzigjährigen Juristen einiges zu. Soll er sie doch aus dem Stand an straffe Wahlkampf-Zügel nehmen und ihren (noch?) müden Offensivgeist wekken; der Wahlkampf der herausfordernd regen SPD ist bereits im Gange.



Neuer Generalsekretär der CDU Niedersachsen: Biermann FOTO: DPA

Zeit für lange Suche hatte deswegen der CDU-Landesvorstand nicht zu verlieren, als Biermanns Vorgänger Hans-Dierk Bobzien (41) das Generalsekretariat vor wenigen Wochen überraschend zur Verfügung stellte (Landesvorsitzender Wilfried Hasselmann: „Das hat mir einen Schlag versetzt"). Der Kaufmann Bobzien, seit siebzehn Jahren hauptberuflich in Parteidiensten, entschied sich für persönliches Fortkommen in der Geschäftsleitung eines Berliner Medienunternehmens.

So wurde der Hasselmann-Getreue Biermann, in Verden an der Aller geboren, in die Pflicht genommen, er ist aus dem Landesdienst beurlaubt, will ihn aber nach dem Wahlkampf wiederaufnehmen. Dann hätten auch seine Ehefrau und die beiden Kinder ihn wieder, die den Vater, kaum daß sie ihm vor zwei Jahren von Celle nach Bonn folgten, nun wieder nach Hannover ziehen sehen.

Der frühere Richter und Staatsanwalt beim Oberlandesgericht Celle sagt, daß sein Vorgänger ihm einen funktionsfähigen Parteiapparat übergeben hat. Er selbst ist verwurzelt in der Celler Stadt- und Lüneburger Bezirks-CDU, außerdem komme ihm zwanzigjährige Erfahrung in Parteiämtern zugute.

Von 1974 bis '77 war er Hasselmanns persönlicher Referent, bis 1982 Leiter des Kabinettsreferats im Ministerium für Bundesangelegenheiten. Dann entsandte Ressortchef Hasselmann seine „rechte Hand" nach Bonn.

Sieht Biermann sich als ein Parteisoldat? Nein, sagt er, als Beamter wie als Politiker kenne er keinen „Befehlsgehorsam". Da halte er es mit seinem Vater. Der war Oberstaatsanwalt in Celle, und als Ministerpräsident Hinrich Wilhelm Kopf ihm politische „Anweisungen" geben wollte, entgegnete er: „Sie können mich nicht anweisen, Sie können mich nur entlassen."

Andererseits, räumt Biermann ein, habe er eine „preußische" Pflichtauffassung: wobei es dem politischen Beamten auch auf den Auftraggeber ankommt: Als „Botschafter" eines SPD-Ministerpräsidenten Gerhard Schröder will er nicht in Bonn arbeiten.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Straubinger Tagblatt

Es meint zum Benzinpreis:

Die Markenkonzerne der Mineralölwirtschaft haben – hört man – für diese Woche die Entscheidungsschlacht um den einträglichen deutschen Benzinmarkt angekündigt. Ob sie wunschgemäß ausgeht – nämlich mit der Verdrängung der freien Tankstellen –, hängt im wesentlichen von zwei Faktoren ab: ob die „Freien" weiterhin von einem günstigen Dollar-Einkaufskurs profitieren und mit der Solidarität der 25 Millionen Autofahrer rechnen können, die vor allem ihnen die einträglichen Einkaufspreisvorteile zu verdanken haben.

Hannoversche Allgemeine

Sie geht auf das Kabelgeschäft der Bundespost ein:

Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling spielt seine letzte Trumpfkarte aus. Nun soll eine neue Gebührenordnung das flaue Kabelgeschäft beleben. Mit der überraschenden Entscheidung gibt der Postminister seinen Kritikern recht, daß sich unter den bisher geltenden Bedingungen zu wenig Kunden angeschlossen haben und der Post horrende Verluste drohen.

Frankfurter Allgemeine

Sie schreibt zur US-Handelspolitik:

Der Importdruck ausländischer Waren und das wachsende Handelsbilanzdefizit Amerikas sind im Kongreß seit Monaten Gegenstand von Anträgen und Gesetzentwürfen. Nach der Sommerpause und der Rückkoppelung mit den Wählern hat sich dieses Thema überraschend an die Spitze der Sorgenliste vorgeschoben. Im Repräsentantenhaus herrscht die Stimmung, daß umgehend etwas geschehen müsse, und zwar notfalls durch den Gesetzgeber, wenn der Präsident nicht reagiere. Nur so ist die Weisung Reagans vom Wochenende zu verstehen, es sollten jetzt „unfaire" Handelspraktiken verschiedener Länder untersucht und von ihnen alsbaldige Abhilfe verlangt werden, bei Strafe von Gegenmaßnahmen schon vom 1. Dezember an. Das ist eine gravierende Niederlage der Freihandelspolitik, der sich Reagan stets verpflichtet fühlte.

LE FIGARO

Die Pariser Zeitung fürchtet um die Achse Bonn–Paris:

Das schlimmste ist, daß die deutsch-französische Verständigung in einem Augenblick brachliegt, wo ihre Kraft am nötigsten wäre. Hinter der bewährten Fassade der Herzlichkeit vergrößern sich die Risse zwischen den beiden Hauptstädten, ob es sich nun um die internationalen Handelsgespräche, die Getreidepreise, Sanktionen gegen Südafrika oder den „Krieg der Sterne" handelt. Zu diesen Meinungsverschiedenheiten kommt noch der Fall des europäischen Kampfflugzeuges hinzu ... Es sieht so aus, als ob sich die Bundesrepublik mit dem langsamen Wegtreiben von Frankreich Großbritannien annähern würde.

ИЗВЕСТИЯ

Die Parteizeitung der KPdSU, Prawda, veröffentlichte diese Karikatur mit der Aufschrift: „Plan zur Weltherrschaft"



Frankreich und der weite Raum des Pazifischen Ozeans

Großmachtinteressen stören nicht nur Neuseeland / Von Jürgen Liminski

Es muß so etwas Ähnliches wie eine „pazifische Identität" geben mit vielen Teilhabern. Denn von Japan bis Neuseeland und von Australien bis Hawaii bemühen sich die Anrainer des Stillen Ozeans und insbesondere in der bunten Vielfalt der südpazifischen Inselwelt um gemeinsame Nenner. Bis jetzt scheinen sie sich überwiegend nur in einem einig zu sein: Frankreich gehört nicht zu uns.

Aber das stört die Franzosen wenig. Sie haben außer mehreren zehntausend einheimisch gewordenen, aber mit dem Mutterland vielfach verbundenen Siedlern in Neukaledonien, Französisch-Polynesien und auf diversen Atollen zwar nur wenig Volk zu beschützen. Gleichwohl verteidigt Paris im Südpazifik vitale Interessen.

In einer Grundsatzrede machte der französische Premierminister, damals Mauroy, vor dem „Institut des Hautes Etudes de la Défense Nationale" am 14. September 1981 klar: „Ein Angriff gegen Frankreich beginnt nicht erst dann, wenn der Feind in das Gebiet der Nation eindringt." Die Verteidigung könne heute nur nach globalen Gesichtspunkten betrachtet werden. Der Begriff Sanktuarium entspreche heute daher nicht mehr den vitalen Interessen als einem geographisch genau absteckbaren Gebiet. Das war gesagt mit Blick auf Deutschland, Europa und wahrscheinlich auch auf Übersee. Von dieser räumlichen Bestimmung der vitalen Interessen wird sich Paris nicht abbringen lassen.

Die schiere Größe des pazifischen Raums ist für Frankreich das, was für die Sowjets Sibirien und für die Amerikaner die Wüste von Nevada sind. Dort sind Atomversuche möglich. Ohne Nukleartests kann sich keine Atommacht als solche behaupten. Und ohne Force de Frappe wäre Frankreich nur ein EG-Partner mit kolonialen Relikten.

Das ist mit dem Großmachtanspruch, den General de Gaulle seinem Land vererbte, nicht zu vereinbaren. Wer aber diesen Anspruch in Frage stellt, stellt fast Frankreich in Frage. Es gibt kein Thema, das im nachbarlichen Sechseck breiteren Konsens genießt, als der Anspruch auf nationale Unabhängigkeit und die Gloire der nationalen Größe.

Viele Franzosen glauben, daß mit der französischen Präsenz im Südpazifik auch den Partnern in Europa gedient sei. Deutschland hat im Ersten Weltkrieg das „Kaiser-Wilhelms-Land" (heute ein Teil von Neu-Guinea), das „Bismarck-Archipel" und einige andere Besitzungen im Südpazifik verloren. Die direkte britische Präsenz beschränkt sich, von den mannigfachen Beziehungen innerhalb des Commonwealth abgesehen, auf Pitcairn. Großbritannien hat auf eigene Atomversuche verzichtet. Nur Frankreich hält die Fahne europäischer Macht in diesem Raum noch hoch.

Die französische Präsenz wird seit einem guten Jahrzehnt nicht nur von Umweltschützern, sondern auch von den Regierungen von Neuseeland und Australien kritisiert. Nahezu jeder Anlaß ist gut genug für eine Krise. Anfang der siebziger Jahre ging es um Butter und Schafe, die Neuseeland entgegen EG-Bestimmungen nach Großbritannien exportierte. 1975 waren die Atomversuche das Thema beim Treffen des damaligen konservativen Premiers Rowling mit Präsident Giscard. Man einigte sich: Giscard versprach, nur noch unterirdisch Bomben zu zünden. Bis dahin waren seit dem ersten französischen Versuch im Juli 1966 etwa vierzig Bomben über Mururoa geplatzt.

Das Gentlemen's Agreement von 1975 genügt Wellington längst nicht mehr. Der seit einem Jahr amtierende sozialistische Premier Lange versuchte über die Sozialistische Internationale Druck auf Paris auszuüben. Auch im Streit um die Unabhängigkeit Neukaledoniens hat sich Lange auf die Seite der Gegner Frankreichs, in diesem Fall die Kanaken, geschlagen, obwohl diese Verbindungen zu Libyen und angeblich auch Moskau unterhalten. Gemeinsam mit der australischen Regierung kämpft er für eine atomwaffenfreie Zone im Südpazifik. Lange tut das nicht ohne Eigennutz: In Neuseeland sind Umweltschützer populär. Die Politik Langes jedoch ist es weniger.

Bei einer Teilwahl im Juni erhielt seine Partei eine selbst von Freunden als „historisch" bezeichnete Ohrfeige. Dann kam der Anschlag auf das Greenpeace-Schiff, und starke Worte gegen Frankreich und den französischen Geheimdienst trugen den Premier wieder nach oben.

Dort will er nun bleiben. Mit weiteren Anschuldigungen und kleineren Aktionen ist wenigstens bis zum Prozeß gegen die zwei inhaftierten französischen Geheimdienst-Offiziere zu rechnen. So leicht läßt sich der Papandreou des Pazifik diesen Trumpf für die Innenpolitik nicht aus der Hand schlagen. Aber auch Frankreich wird wegen Lange seine Politik nicht ändern.

In den fetten Jahren baut Detroit für die mageren vor

Detroits Bäume wachsen in den Himmel: Die Auto-Branche floriert. Doch wie lange noch? Schon geht die Sorge über die nächste Rezession um. Mit neuen Produktions-Systemen und Auto-Modellen für den Export versuchen sich die Giganten Detroits zu rüsten.

Von HEINZ HORRMANN

Amerikas „Manager des Jahres" zeigte sich in bester Laune. Beim Chrysler-Empfang in Detroits Glas- und Aluminiumpalast Renaissance-Center genießt Lee A. Iacocca, der das Auto-Unternehmen vor der Schließung bewahrte und in höchste Gewinnzonen katapultierte, im großen Kreis seine Popularität. Die Arme vor der Brust verschränkt, wiederholt er genüßlich die Frage eines Journalisten: „Ob ich nach Reagan Präsident sein werde, wollen Sie wissen – nun, das wird ziemlich sicher der Fall sein", und dann nach einer Kunstpause: „allerdings nicht der Vereinigten Staaten, sondern von Chrysler Corporation."

Iacocca bewertet aber die Umfrage-Ergebnisse, die ihn ganz oben sehen, und die allgemeine Euphorie als Kompliment für die Leistungen der Detroiter Auto-Industrie insgesamt, die noch nie so stark wie zur Zeit dastehe. Iacocca selbst, Sohn italienischer Immigranten, ist in den USA die Symbolfigur des hart arbeitenden, optimistischen Amerikaners geworden. Er ist der personifizierte Erfolg. Seine Memoiren erreichten eine Millionenauflage. Persönlichkeiten wie er geben der Parade-Industrie, mit deren Erfolg und Niedergang die Michigan-Metropole ein ständiges Auf und Ab erlebte, Ansehen und Farbe.

Die großen Drei, General Motors, Ford und Chrysler, fahren zur Zeit phantastische Gewinne ein, allein in den beiden letzten Jahren insgesamt 15 Milliarden Dollar. Für dieses Jahr ist eine weitere fünfprozentige Steigerung errechnet. Detroit wird von der sogenannten Boomtown-Psychologie, einem grenzenlosen Optimismus beherrscht. („Unsere Bäume wachsen in den Himmel.") Da entstehen nicht nur neue Fertigungsstätten der Industrie, auch riesige Shopping Center werden in die Höhe gezogen, und eine aufwendige futuristische Einschienenbahn wächst durch die Innenstadt.

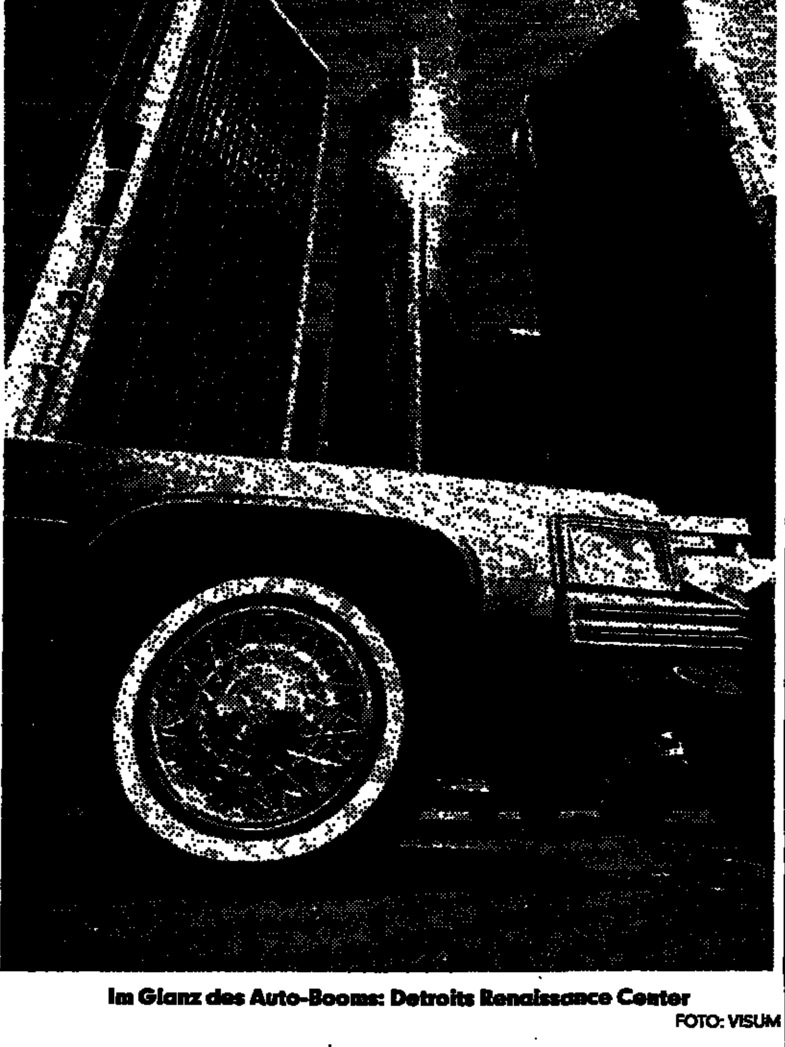
In den gläsernen Verkaufspavillons der Händler stehen in den ersten Reihen wie in den 60er Jahren die großen, teuer ausgestatteten Town Cars, die wuchtigen Oldsmobile, die chromglitzernden Eldorados. Bereits auf dem Metro-Flughafen wird der Neuankömmling jetzt durch Plakatwände mit gigantischer Übertreibung darauf hingewiesen, wo er sich befindet: in der Supercity USA. Und auf dem Highway 59 zwischen dem Flugplatz und der Stadt hat es etliche Auffahrunfälle gegeben, weil Schmalfilm- und Videofans die Anzeige über den Fahrbahnen filmen wollten, die jedes in Detroit gefertigte Auto festhält. Zur Zeit ändert sich die Zahl alle drei Sekunden. Ende August waren es bereits mehr als fünfeinhalb Millionen. So schnell und kräftig pumpt Detroits Herz.

Obwohl offiziell ein Ende der Hochkonjunktur nicht in Betracht gezogen wird, beschäftigt man sich im Management der Autofirmen bereits mit dem neuen Leben in der Talsohle. Marktbeobachter sagen schon für das nächste Jahr einen Rückgang von 1,8 Prozent voraus. Zwei Gründe führen sie an. Zum einen eine vorübergehende Sättigung des Marktes nach den wilden Autokäufen der letzten beiden Jahre und eine erhebliche Verschärfung des Wettbewerbs, weil die Japaner wie nie auf den amerikanischen Markt drängen werden. Man befürchtet einen Anteil von bis zu 24 Prozent. Die Zeit der freiwilligen Selbstbeschränkung läuft aus.

Die zweite Sorge gilt der amerikanischen Automobilgewerkschaft, die immer mächtiger wird. General Motors hat beim Vertragsabschluß für den kompakten Mittelklassewagen Saturn bisher einzigartige Konzessionen gemacht. Heraus kam ein Mitbestimmungsmodell, wie es lange Zeit schlicht unvorstellbar war. Der GM-Versuch, ein Werk mit bisher noch nicht erprobter Team-Fertigung laufen zu lassen, wird dabei als Pokerspiel gewertet. Mit einem Royal Flash soll die Konkurrenzfähigkeit gegenüber den japanischen Mitbewerbern, die bisher ihre Fahrzeuge 2500 Dollar kostengünstiger produzieren, wieder hergestellt werden.

Im Austausch gegen Lohneinschränkungen stimmte GM einer festen Arbeitsplatzgarantie und der freiwilligen Abkehr von der einst durch Henry Ford eingeführten Fließbandarbeit zu. Anstelle einer stets sich wiederholenden simplen Bandtätigkeit wird die Arbeit am Saturn in weitgehend selbständig operierenden Teams von sechs bis zwölf Mann bestehen, die ohne Einfluß „von oben" arbeiten und entscheiden, welche Aufgaben an welchem Tag und zu welcher Stunde zu erfüllen sind. Die Gruppe mit einem gewerkschaftlich orientierten Sprecher ist auch für die Instandhaltung aller Geräte und Werkzeuge, für das Material und die Urlaubspläne verantwortlich. Wenn die Gruppe entscheidet, sie benötige ein bestimmtes für die Produktion besseres Gerät, muß die Einkaufsabteilung das beschaffen. Alle sind gleichberechtigt, nicht mal ein Vorarbeiter oder Meister kann, wenn nötig, das Arbeitstempo forcieren.

Die nächst größere Saturn-Einheit wird Arbeits-Modul genannt. Sie besteht aus drei bis sechs Gruppen. Hierhin darf die Geschäftsleitung einen Berater entsenden, aber auch dieser Vertreter des Managements kann sich nicht über Beschlüsse der Gruppe hinwegsetzen. Im Geschäftsführer-Gewerkschafts-Abkommen wird er schlicht als Verbindungsmann abgetan. General Motors kann nur hoffen, daß die in Japan vorexerzierte Initiative der „Betriebsfamilien" so erfolgreich ist wie das straffe Leistungsprinzip herkömmlicher Art. Denn nur dann würde sich das neue Arbeitssystem auszahlen.



Im Glanz des Auto-Booms: Detroits Renaissance Center FOTO: VISUM

Ford setzt gegen den Saturn das ähnlich konzipierte Alpha-Projekt. Anders als der Marktführer GM will Ford im Großraum Detroit bleiben, aber ebenfalls einen Kleinwagen in Golfgröße bauen. Auch für Ford-Chef Petersen geht es bei diesem Konzept von höchster Priorität nicht allein um ein neues Auto, sondern gleichermaßen um eine Philosophie, mit der die gewaltigen Kosten gedrückt und der Profit erhöht werden sollen.

Ähnlich sieht es bei Chrysler aus. Das Unternehmen, das 1979 geschlossen werden sollte und 1984 mehr als zwei Millionen Autos verkaufte, startete die Entwicklung für den Kleinwagen der nächsten Generation, das „Liberty model". Für alle drei gilt gleichermaßen ein damit verbundener enormer Kapitalbedarf von etlichen Milliarden Dollar.

Amerikas „Manager des Jahres": Lee Iacocca FOTO: DPA

So warnte denn die Automobil-Finanzexpertin des Landes, Maryann Keller, Leiterin der Wall-Street-Firma Vilas Fischer Associates, ausgerechnet einen Tag, nachdem die Jahreseinkommen der Top-Manager in Millionenhöhe bekanntgegeben wurden, nachdrücklich vor der nächsten Krise.

Bisher haben sich ihre Autoprognosen stets als richtig herausgestellt. Im Hinblick auf die notwendigen Projekte und Veränderungen in den Produktionssystemen gab sie den dringenden Rat: Sparen, wo sich nur sparen läßt, denn die künftigen Investitionen würden unvorstellbar hoch und die Folgen der nächsten Rezession würden viel schwerer sein als die letzten. Damit beschwor sie wieder das Schreckbild der Schlangen amerikanischer arbeitsloser Autowerker vor den öffentlichen Suppenküchen von Detroit herauf. Und dann mußten sich die Top-Manager auf langjährige Versäumnisse im Bereich echter Innovation und Technologie hinweisen lassen. Es sei spürbar, daß auch amerikanische Autokäufer, die viel Raum, Bequemlichkeit, aber nie besonderen Wert auf glanzvolle Ingenieursleistung gelegt haben, heute nach Hochtechnologie verlangen.

Nicht übersehbar sei die Tatsache, daß die amerikanischen Autos keinerlei Bedeutung mehr für den europäischen Markt hätten. Auf der diesjährigen IAA in Frankfurt (die am Donnerstag eröffnet wird), sind erstmals keine US-Personenwagen ausgestellt.

Selbst hohe Einnahmen und Gewinne während der letzten zwei Jahre seien nicht genug, kommt die kritische Automobil-Lady zum Fazit: Detroit brauche mindestens vier fette Jahre, um für die unausweichlichen mageren gerüstet zu sein.

Was über die Probleme der Unternehmen hinaus die Planungsstäbe in der Stadtverwaltung mit Sorgen belastet, ist die unbestreitbare Tatsache, daß die Autofirmen mit etlichen neuen Produktionsstätten aus Detroit in andere Teile der Vereinigten Staaten „auswandern": nach Louisville in Kentucky, nach Nashville, Tennessee, und ins benachbarte Sterling Heights. Durch diese Verlagerung verliert Detroit nicht nur Steuergelder und mögliche Arbeitsplätze, die Leute um Bürgermeister Coleman Young befürchten zudem, daß das persönliche Engagement der Großen verlorengeht.

Henry Ford hatte sich seinerzeit mit dem Hundert-Millionen-Projekt Renaissance Center ein Denkmal gesetzt, General Motors mit den Stadtpark-Anlagen. Iacocca aber finanzierte jetzt ein Projekt außerhalb der Autostadt: die Renovierung der brüchig gewordenen Freiheitsstatue. Und die steht schließlich in New York.

Kein Arbeiterpriester, aber ein Priester für Arbeiter

Um „vor Ort" bei den Kumpels zu sein, wurde 1958 das Ruhr-Bistum Essen gegründet. Vor Ort bei den Arbeitern zu sein ist und war stets auch die Devise von Bischof Franz Hengsbach, der heute 75 Jahre alt wird.

Von WILM HERLYN

Auch Kirche ist Verwaltung, langwierige Bürokratie, mühselige Entscheidungsprozesse. Aber wenn sie Konsequenzen zieht, dann gründlich. Schon zu Anfang dieses Jahrhunderts zeigte sich an der Ruhr, daß die kirchliche Organisation in diesem hochindustrialisierten und ständig wachsenden Ballungsraum nicht mehr stimmig war. Schon in den zwanziger Jahren wurde ein Ruhr-Bistum geplant. Aber erst 1956 führten Verhandlungen zwischen dem Vatikan und dem Land Nordrhein-Westfalen zu einem Vertrag, der die Gründung eines Bistums Essen zum 1. Januar 1958 besiegelte.

Die Zeitspanne bis heute – 27 Jahre – ist gewiß nicht beeindruckend in der fast zweitausend Jahre alten Tradition der katholischen Kirche. Aber dieses kleinste deutsche Bistum mit 326 Gemeinden, knapp mehr als eine Million Gläubige, etwa 1000 Priester, ist Sinnbild, wie die Kirche „vor Ort" geht.

Papst Pius XII. hatte mit der Bulle „Germanicae gentis fidem" diesen Seelsorge-Distrikt geschaffen, um den Menschen des in der Zeit der Industrialisierung gewachsenen Wirtschaftsraumes entgegenzukommen und ihnen die Kirche in ihrer kleinsten vollständigen Einheit, der Bischofskirche, näherzubringen. Sehr weltliche Beweggründe trugen die Erzbistümer Köln und Paderborn sowie das Bistum Münster vor, die für das neue Gebilde Gemeinden abgeben mußten, und sie verzögerten die Gründung des neuen Bistums für lange Zeit. Sie argumentierten mit dem Verlust von Steuereinnahmen und unterschiedlichen kirchlichen Ausprägungen infolge einer Neugründung. Doch ihr Widerstand nutzte nichts.

Soziale Fragen stehen im Vordergrund der Arbeit des Bistums Essen in einer Region, in der die Menschen wenig Aufhebens machen von sich, von ihrer Arbeit und von der Kirche. Sie wird als Selbstverständlichkeit hingenommen, ist tief verwurzelt nicht nur im Alltag. Nimmt es da Wunder, daß in der Mitte der sechziger Jahre der Bischof selbst an der Spitze jener Bergarbeiterkolonnen marschierte, die unter schwarzen Fahnen und dumpfen Trommelwirbeln gegen die Flut der Zechenstillegungen ohne soziale Absicherung protestierten?

Fast bis zur Identifikation ist das Bistum mit seinem Bischof verbunden: mit Franz Hengsbach, der heute 75 Jahre alt wird. Er hört die Bezeichnungen „Ruhrbischof" gern, auch „Arbeiterbischof". Sie drücken aus, was er sucht – die Nähe zum Menschen. In einer Zeit, als öffentliche Auftritte von katholischen Oberhirten noch fast monarchische Formen annahmen, schaffte er auf unkonventionelle Art Kontakt zu den Arbeitern. Er selbst erzählt schmunzelnd die Anekdote, die wahr ist: Auf die Frage, ob es denn nötig sei, daß Bischöfe Mercedes fahren müßten, antwortete er schlicht: „Ich fahre Opel – privat einen Ascona und als Dienstwagen einen Senator. Ich hatte früher mal einen Mercedes. Aber dann sind die Arbeiter von Opel aus Bochum gekommen und haben gesagt: „Du, Bischof, hör mal zu, du könntest eigentlich einen Opel fahren." Das ist keine vordergründige Anpassung, die da aus Hengsbach spricht, es ist Verstehen und Verständnis. Und die Anrede „Du, Bischof!" bedeutet ihm mehr Anerkennung als die zahlreichen Orden, mit denen er sich schmücken könnte.

Den Titel „Arbeiterpriester" weist er zurück: „Wir sind Priester für Arbeiter – das ist treffender." Schon als junger Dekan in seiner Gemeinde mitten im Ruhrgebiet lernte er die Probleme der Bergleute kennen, mehr noch, er wurde mit den Sorgen und Nöten der aus Polen stammenden Arbeiter konfrontiert. Um sich dieser besser annehmen zu können, lernte er sogar deren Sprache.

Nicht zuletzt diese Erfahrung während des Dritten Reiches führte dazu, daß er zum Mitinitiator des versöhnenden Briefwechsels zwischen dem polnischen und dem deutschen Episkopat wurde.

Sein Engagement für die Weltkirche zeigte sich auch, als er 1959 in die Bischöfliche Kommission des Hilfswerkes Misereor zur Bekämpfung von Unwissenheit, Krankheit und Hunger in der Welt eintrat. 1960 übernahm er die Patenschaft für das Bistum Hongkong, und 1961 errichtete die Deutsche Bischofskonferenz auf sein entscheidendes Betreiben hin das Lateinamerika-Hilfswerk Adveniat. Von 1973 bis 1979 leitete Hengsbach zusammen mit dem kolumbianischen Bischof Alfonso Lopez Trujillo den lateinamerikanisch-deutschen Arbeitskreis „Kirche und Befreiung", der sich mit der „Theologie der Befreiung" auseinandersetzt.

Es gehört zu dem Wesen von Hengsbach, daß er auch in dieser umstrittenen Theologie nicht mit seiner Meinung hinter dem Berg hält. Er nennt sie marxistisch beeinflußt und mußte in Deutschland darum heftige Angriffe ertragen. Aber seine Unerschrockenheit – für ein breites Publikum bei seiner kompromißlosen und glücklichen Vermittlerrolle im Entführungsfall des Essener Kaufmanns Theo Albrecht („Aldi") bekanntgeworden – ließ ihn auch mit seinem Amtskollegen in der evangelischen Kirche, Präses Karl Immer, eine kämpferische Denkschrift für die sinnvolle Nutzung der Kernenergie erarbeiten.

„Die Kirche darf nicht wie ein stummer Hund dastehen, wenn es um die Rechte der Menschen geht", lautet ein oft zitierter Satz von ihm. Und von seinem Rederecht macht er häufig Gebrauch. Er trotzte der Warnung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Heinz Kühn, sich in den Streit um die Koop-Schule einzumischen, und er ließ sich auch durch die Witzeleien von SPD-Funktionären nicht beirren, die Schulordnung stehe nicht im Evangelium und es entspreche christlicher Nächstenliebe, kleinen Kindern weite Schulwege zu ersparen.

Erst kürzlich mahnte er die Politik, ihre Haltung zu Flüchtlingen und Asylanten zu überdenken und nicht nur einmal schrieb er an deutsche Bundeskanzler, hießen sie nun Brandt, Schmidt oder Kohl, und forderte „nationale Anstrengungen" für das Ruhrgebiet.

Das Revier ist seine Heimat – und sein Bischofsring ist dafür äußeres Symbol: In ihm befindet sich ein Stück gepreßter Steinkohle aus einer Bochumer Zeche. Er lebt im Einklang mit den Kumpels, mit denen er auch mal ein Bier trinkt und die er immer wieder überraschend am Arbeitsplatz aufsucht. Hengsbach gibt nicht zu, daß Schalke 04 sein Lieblingsverein ist, um die Mitglieder und Fans anderer Fußballclubs nicht zu kränken. Denn: „Es gibt viele Mannschaften im Revier, und man sollte nie eine Mutter fragen, welches ihrer Kinder sie am liebsten hat."

Zu seinem 65. Geburtstag noch sagte er: „Wann ich mich pensionieren lasse, das weiß der liebe Gott ..." Er folgte nun dennoch der kirchlichen Tradition und bot dem Papst seinen Amtsverzicht an. Das Kirchenrecht erlaubt den Bischöfen den Ruhestand aus Altersgründen, jedoch kann Johannes Paul II. auch anders entscheiden. Und das erwartet die Kirche im Revier.



Bischof Franz Hengsbach: Besuch am Arbeitsplatz FOTO: DPA



Ost-Berlins Wettlauf um das deutsche Kulturerbe

Neubau eines Archivs für Literatur und Kunst begonnen

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die „DDR" unternimmt einen weiteren wichtigen Schritt auf dem Wege, sich als alleiniger Hüter und Erbe deutscher Kultur auszugeben und dies gegenüber dem Ausland nachzuweisen: In Ost-Berlin entsteht zur Zeit mit erheblichem Aufwand der Neubau für eine „Forschungs- und Gedenkstätte für Deutsche Literatur und Kunst des 20. Jahrhunderts". Ost-Berlin hat bereits 170 Nachlässe bedeutender deutscher Dichter und Künstler gesammelt. Schon vor dem Bezug des Neubaus arbeiten rund 150 Wissenschaftler in diesem Bereich.

Ost-Berlin bemüht sich mit dieser Aktion, den Begriff der einheitlichen deutschen „Kulturnation" ins Leere laufen zu lassen, indem sie die Schätze deutscher Kultur allein sorgfältig zusammenträgt, aufbewahrt und zugänglich macht. Dieses Vorhaben ist auch vor dem Hintergrund der in eine entscheidende Phase getretenen Verhandlungen über ein deutsch-deutsches Kulturabkommen aufschlußreich.

Denn in einem Vorentwurf zu dieser Übereinkunft heißt es, die vorbereitete Abmachung solle auch dazu dienen, den Zugang zu offenen Archivmaterialien zu erleichtern und zu fördern. Gemäß dem Souveränitäts-Trauma der „DDR" soll dies „auf der Grundlage innerstaatlicher Rechtsvorschriften" geschehen. – In dem angestrebten Abkommen soll auch der Austausch von Fachliteratur und die beiderseitige Bereitschaft zu Auskünften über vorhandene Archivbestände geregelt werden.

Auch bei den Archiven kündigt sich, durch Ost-Berlins Anstrengungen auf diesem Gebiet noch forciert, ein deutsch-deutscher Wettbewerb an: Denn je bedeutsamer die angesammelten Archivschätze auf „DDR"-Gebiet sind, desto stärker ist die Sogwirkung zugunsten der „DDR", weil sie auch westlichen Forschern ergiebiges Material bieten kann. Zudem unterstreicht Ost-Berlin mit seiner überlegten Archiv-Politik dem Ausland gegenüber insgesamt seine Wertschätzung für die Zeugnisse deutscher Kultur.

Nach Informationen der WELT befinden sich unter den bereits zusammengetragenen Nachlässen beispielsweise alle Papiere aus dem Nachlaß von Heinrich Mann und der Ehrenbürgerin von Mainz, Anna Seghers. Die entsprechenden Schenkungen sind in der Regel schon zu Lebzeiten der Künstler gemacht worden.

Das erwähnte Archiv war im Zuge der anhaltenden, national betonten kulturpolitischen Offensive der „DDR" erst im März dieses Jahres von der Akademie der Künste in Ost-Berlin gegründet worden. Es soll, soweit wie möglich, die gesamte deutschsprachige Literatur, Bildende Kunst und Musik des 20. Jahrhunderts ausfindig machen und ordnen. Die Etatmittel aus dem „DDR"-Haushalt sind mit dem – allerdings eher bescheidenen – Niveau entsprechender Einrichtungen der Bundesländer nicht vergleichbar, werden aber ebenso effektiv wie sparsam eingesetzt.

Der Neubau für dieses Archiv entsteht im Zuge der weiteren Herrichtung Ost-Berlins zur Metropole am Robert-Koch-Platz unmittelbar am Rande der berühmten „Charité", an der einst der Chirurg Sauerbruch arbeitete. Einige Abteilungen des Archivs sind schon komplett.

Eine ganze Reihe von Material ist noch unter anderem in erhalten gebliebenen Nebengebäuden des bekannten Hotels „Adlon" unmittelbar im heutigen Sperrgebiet an der Sektorengrenze nahe dem Brandenburger Tor provisorisch untergebracht.

Angesichts der erfolgreichen Ostberliner Bemühungen setzte jetzt der Kultur-Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Uwe Lehmann-Brauns, eine parlamentarische Initiative in Gang. Dabei will er durchsetzen, die entsprechenden Sammelstätten auf westlicher Seite endlich mit mehr Geld, mehr Personal und besseren Räumlichkeiten zu versehen. Es handelt sich dabei um das Landesarchiv, das dem Senat untersteht, die Akademie der Künste und das Berlin-Museum.

Wäre es nach Adenauer gegangen, dann wäre Schröder Kanzler geworden

GEORG SCHRÖDER, Bonn

Gerhard Schröder, der morgen fern allem Trubel und Jubel seinen 75. Geburtstag begeht, war Innen-, Außen- und Verteidigungsminister. Wäre es nach Adenauer gegangen, dann wäre er im Frühjahr 1963 auch Bundeskanzler geworden. Aber auf der damaligen Sitzung des Fraktionsvorstandes lehnte nach Heinrich Krone und Heinrich von Brentano auch Gerhard Schröder ab, den Adenauer als dritten aufforderte zu kandieren. „Jetzt nicht", war Schröders Wort, der wußte, daß die Mehrheit der Fraktion die Wahllokomotive Erhard wollte.

Das „Jetzt" ist dann noch einmal gekommen: 1966, als es um die Nachfolge Ludwig Erhards ging. Schröder, Gerstenmaier, Kiesinger, Barzel, das waren die Kandidaten. Ehe es zum Beschluß der CSU kam, sagte mir Franz Josef Strauß unter vier Augen: „Ich weiß, daß ich nicht Kandidat sein kann. Von den vier Anwärtern hat Gerhard Schröder sicherlich mehr als alle anderen von Charakter, Wissen und Können her das Format für die Kanzlerschaft. Aber Sie wissen, daß nach alledem, was vorgefallen ist, ich ihn nicht wählen kann, und selbst wenn ich es wollte, die CSU-Landesgruppe würde nicht mitziehen." Strauß spielte damit auf die „Spiegel"-Affäre an und auf sein Ausscheiden aus der Regierung, für das er Schröder schuldig sprach.

So fiel denn die Entscheidung für Kurt Georg Kiesinger. Schröder erhielt zwar die Mehrheit der CDU-Stimmen in der Fraktion, aber die geschlossen votierenden CSU-Abgeordneten ließen Kiesinger Bundeskanzler werden. Schröders Stunde kam nicht mehr, auch nicht 1969, als die Union ihn als Kandidaten in das Rennen um die Bundespräsidentenschaft schickte, wo er ganz knapp Heinemann unterlag.

Warum das alles hier erzählt wird? Weil es nun schon seit Jahren still geworden ist um Gerhard Schröder und weil eine nachgewachsene Generation schon nicht mehr weiß, welche Bedeutung, welche Meriten der Politiker hatte, der 16 Jahre als Bundesminister sicherlich nicht nur seiner Partei, sondern seinem Vaterland gedient hat.



Gerhard Schröder wird morgen 75 Jahre alt. Der Jurist begann seine politische Laufbahn 1949 als Abgeordneter des Deutschen Bundestags. 1953 wurde er unter Adenauer Innenminister und war von 1961 bis 1966 Außenminister. Während der Großen Koalition bis 1969 übernahm er das Verteidigungs-Ressort. Bis zu seinem politischen Rückzug 1980 war er Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses. FOTO: JUPP DARCHINGER

Strauß feierte am 6. September seinen 70., Schröder am 11. September seinen 75. Geburtstag. Die Rivalen um die Kanzlerschaft, dann Gegner haben über Jahrzehnte hindurch als Vollblutpolitiker und als unverwechselbare Persönlichkeiten nicht etwa nur das Image der Union gebildet, sondern vor allem die wichtigsten in ihr vereinten Richtungen und Formationen verkörpert. Beides Männer der ersten Stunde, beide Bundestagsabgeordnete ab 1949, Bundesminister ab 1953, beide auch Inhaber eines Amtes, an dem sie schwer zu tragen hatten und aus dem sie angeschlagen herauskamen. Der Bundesverteidigungsminister Strauß hatte schon Monate, bevor es zur „Spiegel"-Affäre kam, Rat bei ihm Vertrauten eingeholt, ob er sich nicht besser nach München zurückziehen solle, um dann dort Ministerpräsident zu werden. Der Bundesverteidigungsminister der Großen Koalition, Schröder, kämpfte 1968 erbittert darum, daß die Bundeswehr nicht finanziell ausgehungert würde. Als manche in Bonn noch rätselten, ob er gestürzt werden solle, zwang ihn ein Schlaganfall zum Rückzug.

Dem einen wie dem anderen dieser beiden Kanzleranwärter hat es an Gegnern, auch in den eigenen Reihen, nie gemangelt. Der barocke katholische Bayer und der straffe evangelische Norddeutsche standen sich unvermeidlich oft im Wege, beides Männer von hoher Intelligenz und großem Wissen, aber getrennt durch gegensätzliche Temperamente, hie heiß, dort unterkühlt.

Das ist längst ein Stück Vergangenheit. Was bleibt, weil fortwirkend von den Taten Schröders, ist das klare Bekenntnis zum Atlantischen und das heißt nordamerikanischen Bündnis bei pfleglich behandelter, aber gleichberechtigter Freundschaft mit Frankreich. Es bleibt der von Außenminister Schröder bei Geheimverhandlungen in Bern und später als Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages geöffnete Weg zur Normalisierung unserer Beziehungen zu China. Und niemand sollte vergessen, daß mit der Friedensnote Schröders auch aktive Bemühungen um unsere östlichen Nachbarn einsetzten.

Südwesten mit bester Schüler-Lehrer-Relation

Erstklassen haben im Durchschnitt nur 21 Kinder

XING-HU KUO, Stuttgart

Die 89 000 Erstkläßler in Baden-Württemberg treffen „Verhältnisse an, von denen vor wenigen Jahren nur geträumt werden konnte". Mit diesen Worten hat der Stuttgarter Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder (CDU) gestern zum Schulanfang in diesem Bundesland die Situation an den Schulen charakterisiert. Während vor zehn Jahren (im Schuljahr 1975/76) eine erste Grundschulklasse im Durchschnitt aus 29,2 Schülern bestand, laute die Zahl für das jetzt begonnene Schuljahr 1985/86 nur noch 21 Kinder.

Die Zeit der großen Klassen gehöre generell in Baden-Württemberg – im Gegensatz zu einigen anderen Bundesländern – der Vergangenheit an, teilte der Minister weiter mit. 80 Prozent der 16 300 Klassen an den Grundschulen hätten 25 und weniger Schüler. Nur noch 1,7 Prozent wiesen mehr als 30 Schüler pro Klasse auf. Ab kommendem Schuljahr würden weitere Klassen ab 34 Schüler in zwei Klassen zu 17 geteilt werden.

Die Unterrichtsversorgung an den Grundschulen Baden-Württembergs kann nach den Worten Mayer-Vorfelders schon heute als „zufriedenstellend" bezeichnet werden.

Während die Zahl der Grundschüler in diesem Jahr um 5000 oder 1,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken ist, stieg die Zahl der Erstkläßler erstmals seit geraumer Zeit um 1500 (1,7 Prozent), teilte der Kultusminister mit.

In „weit stärkerem Maße" seien die anderen allgemeinbildenden Schulen vom Rückgang der Schülerzahlen betroffen:

– Die Zahl der Hauptschüler sei um 16 000 (7,4 Prozent) gesunken. Die durchschnittliche Klassengröße betrage hier 22.

– Die Realschulen verzeichneten einen Rückgang von 15 000 (7,1 Prozent); hier betrage die Klassengröße im Durchschnitt 25 Schüler.

– Auch in den Gymnasien betrage die durchschnittliche Schülerzahl 25, in den Sonderschulen nur zehn.

Insgesamt besuchen im neuen Schuljahr 58 000 Schüler weniger die allgemeinbildenden Schulen Baden-Württembergs. Dies entspricht 3000 Lehrerdeputaten. Da trotzdem nur ein Drittel hiervon „eingespart" werde, können 2000 zusätzliche Deputate für die Verbesserung der Unterrichtsversorgung eingesetzt werden.

Mayer-Vorfelder wies die Kritik der SPD an der Situation der Berufsschulen des Landes zurück: Auch wenn er in diesem Bereich Verbesserungen durchaus für wünschenswert halte, sei Baden-Württemberg auch hier mit einer Schüler-Lehrer-Relation von 25,8 „weit besser" als der Bundesdurchschnitt von 29,9.

Den Sozialdemokraten empfahl er, nach Nordrhein-Westfalen zu blicken. In jenem SPD-regierten Bundesland laute die entsprechende Zahl nämlich 32,5 zu eins. Alleine für den Bereich der beruflichen Schulen müßte Düsseldorf 5000 Lehrer zusätzlich einstellen, um „eine mit Baden-Württemberg vergleichbare Unterrichtsversorgung zu erreichen", betonte Mayer-Vorfelder.

Die Spitzenposition seines Bundeslandes wurde vom Minister erneut bekräftigt: „Baden-Württemberg hat mit Abstand das beste Schüler-Lehrer-Verhältnis aller Flächenstaaten." Delegationen „aus aller Herren Ländern kommen nicht zu uns, weil die Zustände so katastrophal sind".

Der Minister, der eine neue Broschüre seines Hauses „Eltern und Schule, Partnerschaft für unsere Kinder" vorstellte, warnte vor einer Überfrachtung der Schulen mit erzieherischen Forderungen, die eigentlich dem Elternhaus zugeordnet werden müßten. Es sei jetzt „Mode" geworden, „sofort mit dem Finger auf die Schule zu deuten, wenn ein erzieherisches Problem auftaucht". So werde jetzt „Medien-, Gesundheits-, Verbraucher-, Rechts-, Verkehrs-, Drogenverhinderungserziehung und vieles andere mehr von der Schule gefordert". Der Minister forderte die Eltern auf, wenn sie in diesen oder anderen Bereichen Defizite feststellten, doch „selber die notwendige Aufklärung zu betreiben".

SPD und SPÖ für zweite Phase der Ost-West-Politik

AP, Bonn

Die Sozialistische Partei Österreichs und die SPD treten gemeinsam dafür ein, eine „zweite Phase der Ost-West-Politik“ zu beginnen. Bei einem Gespräch des SPÖ-Chefs und Bundeskanzlers Fred Sinowatz mit dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt, das eine Bonner Österreich-Woche beider Parteien einleitete, waren sich beide Partner über diesen Begriff einig, unter dem die SPD eine neue Phase aktiver Entspannungsbemühungen versteht. Sie hat der Bundesregierung wiederholt vorgeworfen, hier nicht genug zu tun.

Wie SPD-Vorstandssprecher Wolfgang Clement mitteilte, begrüßte Brandt mit Nachdruck die intensive Förderung des Ost-West-Dialogs durch die Wiener Regierung. Er stimmte mit Sinowatz aber auch darin überein, daß das Konzept der österreichischen Neutralität nicht auf die Bundesrepublik übertragbar sei. Beide Politiker vereinbarten verstärkten Informationsaustausch über die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik.

Kohl: Gipfeltreffen regelmäßig abhalten

dpa, Bonn

Sowjetisch-amerikanische Gipfeltreffen sollten nach Auffassung von Bundeskanzler Helmut Kohl „mit einer gewissen Regelmäßigkeit“ stattfinden. Dies sagte der Kanzler gestern auf einer Festveranstaltung des Verbandes der Heimkehrer in Bonn zum 30. Jahrestag des Beginns der Verhandlungen Adenauers in Moskau. Solche persönlichen Begegnungen seien wichtig für die politische Vertrauensbildung. Kohl lehnte ein bloßes Einfrieren der nuklearen Potentiale ab, da es „die für uns ungünstige, ungleiche Ausgangslage verfestigen“ würde. Die Supermächte müßten in Genf zu kooperativen Lösungen gelangen. Dazu gehörten auch Gespräche über die Forschungen beider Seiten für eine Raketenabwehr aus dem Weltraum.

Japans KP nimmt Abstand von Moskau

AFP, Tokio

Die Kommunistische Partei Japans (KPJ) hat mit Änderungen ihres seit 1961 geltenden Parteiprogramms Abstand von Moskau genommen. Die von der Parteiführung am Wochenende beschlossenen Änderungen sollen im November auf einem Parteitag verabschiedet werden, wie aus KPJ-Kreisen in Tokio bekannt wurde. Künftig steht die „Blockfreiheit“ Japans als Ziel im Programm der Partei. Darin wird ferner das „Hegemoniestreben“ – ein von den chinesischen Kommunisten entlehnter Begriff für die Haltung der Sowjetunion – in gleichem Maße wie der amerikanische „Imperialismus“ als Verletzung des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung verurteilt. Die KPJ will jetzt auch fordern, daß die Sowjetunion die Kurilen an Japan zurückgibt. Das Programm enthält eine auf das Schicksal der Tschechoslowakei und Afghanistans gemünzte neue Passage, in der die „militärische Intervention“ in Angelegenheiten anderer Länder verurteilt wird, weil diese „internationale Spannungen“ hervorrufe. Neu ist der Zusatz, daß die Atommächte UdSSR und USA vom Rest der Welt isoliert werden sollen.

Plant Peking Kontakte zu Israel?

APF, Jerusalem

Nach Angaben eines politischen Kommentators des Israelischen Rundfunks plant Peking, in Kürze „diplomatische Kontakte“ zu Israel aufzunehmen. Die Regierung Peres sei über das Vorhaben Pekings auf diplomatischem Wege in Washington unterrichtet worden. Peking, das keine diplomatischen Beziehungen zu Israel unterhält, sei vor allem aus wirtschaftlichen Gründen an Kontakten interessiert. Die israelische Presse hatte wiederholt Meldungen über israelische Waffenverkäufe an China verbreitet, die Peking dann dementierte.

Botha fordert weiterhin Gewaltverzicht von ANC

Treffen in Lusaka geplant / Ist Mandela krebskrank?

M. GERMANI, Johannesburg

Gemäß dem Sprichwort „Wo Rauch ist, muß Feuer sein“ halten sich in Südafrika hartnäckig Gerüchte, wonach eine Gruppe führender Geschäftsleute des Landes unter Leitung der Barclays Bank Gespräche mit einer Delegation unter Führung von ANC-Präsident Oliver Tambo sucht, der offen zur Gewalt gegen die Weißen in Südafrika aufruft. Das hat Staatspräsident Pieter Willem Botha am Wochenende dazu veranlaßt, sich von derartigen Plänen zu distanzieren. „Solange der ANC kommunistisch geführt ist und Gewalttätigkeiten unterstützt, kann ich solchen Gesprächen nicht zustimmen“, hieß es in der Erklärung. Die Tatsache, daß führende Südafrikaner vor wenigen Wochen mit dem Staatspräsidenten derartige Pläne beraten hätten, seien keineswegs mit einer Zustimmung identisch. „Ich möchte Südafrikaner vor den kommunistischen Taktiken warnen und halte derartige Versuche für unklug und vor allem unloyal den jungen Männern gegenüber, die ihr Leben bei der Verteidigung Südafrikas opfern“, sagte Botha.

Dieser Erklärung waren Berichte in den südafrikanischen Zeitungen vorausgegangen, die die Namen der eventuell Beteiligten bekanntgaben. Demnach handelt es sich in erster Linie um den Vorstandsvorsitzenden der Anglo-American, Gavin Relly und den Vorsitzenden der Arikaansen Rembrandt Gruppe, Anton Ruppert, und weitere Vertreter aus Handel und Industrie. Diese hatten bereits in den letzten Monaten eine drastische Beschleunigung der Reformpolitik gefordert. Auf der sogenannten „Carlton Hotel“-Konferenz 1978 hatte Botha führende Geschäftsleute des Landes aufgefordert, ihn in seinen Bemühungen um einen gerechten Ausgleich mit der nichtweißen Bevölkerung zu unterstützen.

Seither scheint gerade Südafrikas Geschäftswelt einen nicht mehr zu übersehenden Einfluß auf die interne Entwicklung des Landes gewonnen zu haben. Der frühere Vorstandsvorsitzende der Anglo American, Harry Oppenheimer, hatte sich bereits im September 1983 mit Moçambiques Präsident Samora Machel während dessen Staatsbesuchs in England, zu Gesprächen getroffen. Desgleichen besuchte im April 1984 David Rockefeller auf Einladung Oppenheimers einen Monat nach der Unterzeichnung des Nkomati-Vertrages, Südafrika und Moçambique.

Am Sonntag meinte die Johannesburger „Sunday Times“, der derzeitige Vorsitzender der Rockefeller Bank Chase Manhattan könne als ein Urheber der derzeitigen Krise in Südafrika bezeichnet werden. Er habe entgegen dem Rat des Managements sämtliche Bankverbindungen zu Südafrika beendet und das Land damit in die schwerste finanzielle Krise seit fünfzig Jahren gestürzt. Der „Sunday Times“ zufolge, erklärten Bankfachleute in Johannesburg ironisch, ein Mann habe mit dieser Aktion mehr erreicht als die Kampagnen von ANC und des US-Kongresses.

Die geplanten Verhandlungen zwischen den Spitzen der südafrikanischen Geschäftswelt und dem ANC gehen auf den Vorschlag von Präsident Kenneth Kaunda von Sambia anläßlich eines Besuches vor zwei Monaten in Lusaka zurück. Er bot sich damals als Vermittler für die Gespräche an.

Inoffiziell ist bekannt, daß ANC-Präsident Oliver Tambo bei seinem Besuch in New York 1981 bereits mit Vertretern von US-Banken und mit Industriellen gesprochen hat. Kaunda macht jetzt auch düstere Prophezeiungen. In einem Gespräch mit dem US-Nachrichtenmagazin „Time“ sagte er: „Wenn es in Südafrika zu einer Explosion kommt, dann wird sich die Französische Revolution im Vergleich dazu wie ein Picknick ausnehmen.“

Einer Meldung des Johannesburger „Star“ zufolge, solle Nelson Mandelas Gesundheitszustand Anlaß zur Sorge für seine Familie geben. Das deckt sich mit Gerüchten, wonach Mandela an Krebs erkrankt ist.

Bogotá vor Neuwahlen

Kolumbien im Schatten von Bürgerkrieg und Wirtschaftskrise

G. FRIEDLÄNDER, Miami

Kolumbien ist mit Naturschätzen gesegnet: Smaragde, Kohle und Erdöl ruhen in seinem Boden. Hier wächst eine der begehrtesten Kaffeesorten der Erde. Jedes dieser Produkte könnte dem Land Weltruhm geben, aber Marihuana und Kokain liefern attraktivere Themen. Und von all dem Reichtum dringt nur wenig bis in die Schichten der Arbeiterschaft oder der Bauern.

Kolumbien ist etwa viereinhalbmal so groß wie die Bundesrepublik, hat aber weniger als halb so viele Einwohner. Es ist das einzige Land Südamerikas, das seit dem Sturz seines letzten Diktators und dem Ende eines Bürgerkrieges zwischen Liberalen und Konservativen (1958) ununterbrochen demokratisch regiert wird. Seine Präsidenten gehen alle vier, Volksvertreter alle zwei Jahre aus freien Wahlen hervor. Gegenwärtig bereitet es sich für die Neuwahlen des Jahres 1986 vor, in denen Betancurs Nachfolger gewählt werden wird. Die Liberalen wollen mit Virgilio Barco die Präsidentschaft zurückgewinnen, die sie 1982 an die Konservativen verloren, als sie gespalten in die Wahlen gingen. Die abgespaltenen „Neuen Liberalen“ werden wieder mit Luis Carlos Galan ins Feld ziehen, der genug Stimmen an sich zog, um Spielverderber der Liberalen zu sein, allerdings nicht genug, um Gewinnchancen zu haben. Von seiner Stärke hängen nicht zuletzt die Aussichten des konservativen Kandidaten ab, Alvaro Gomez Hurtado, Sohn eines früheren Landespräsidenten und bisher Botschafter Kolumbiens in Washington.

Ein Hauptthema des Wahlkampfes ist das Schicksal des Waffenstillstands, den Betancur im vergangenen Jahr mit einigen Guerrillagruppen abschloß. Die größte Gruppe war die „Farc“ (Streitkräfte der kolumbianischen Revolution), prosowjetische Kommunisten. Eine Minderheitsgruppe der Farc setzt den Bürgerkrieg fort, die Mehrheit gründete eine politische Partei, die „Patriotische Union“. Ihr wird vorgeworfen, im Landesinneren mit Waffengewalt Wähler „anzuwerben“, was Betancur scharf verurteilte. Ihre mögliche Stärke bei Wahlen ist unbekannt. Sie könnten Galan unterstützen, und die Spielverderber des Spielverderbers werden, wenn sie mehr Wähler abschrecken als anziehen würden.

Ganz anders steht es mit der „M-19“ (Bewegung 19. April) genannten Guerrilla, die Jahre hindurch am meisten von sich reden machte und den Waffenstillstand Ende Juni gekündigt hatte. Seither ist es ihr übel ergangen. Das kolumbianische Heer erwies sich als erstaunlich gut über einen großangelegten Terrorplan des M-19 gegen die große Stadt Cali informiert und verhinderte ihn in den letzten Tagen mit präventiven Kämpfen, in denen die prominentesten Führer der Bewegung fielen.

Das zweite große Thema des Wahlkampfes ist die Wirtschaftskrise. Kolumbiens Auslandsschuld beträgt zwar nur etwa 12,5 Milliarden Dollar. Der Wert der Währung fiel von 55 Pesos (1981) auf 150 Pesos zum Dollar (1985). Die Arbeitslosigkeit wird mit 14,7 Prozent angegeben. Das alles ist nicht annähernd so dramatisch wie im übrigen Südamerika, aber die Krise der Andenländer hat Kolumbiens Export sehr geschadet.

Das letzte Regierungsjahr kolumbianischer Präsidenten ist stets schwierig: Die Freunde verlassen den Führer, um Spielraum zu gewinnen, sich einen Platz bei der kommenden Regierung zu sichern. Betancurs ehemaliger Verteidigungsminister, General Fernando Landazabal, der Anfang 1984 wegen seiner Vorbehalte gegen die Waffenstillstandspolitik entlassen wurde, fordert aber, daß das Land sich jetzt um den Präsidenten sammeln solle, damit er seine Amtszeit als starker Präsident beenden kann. (SAD)



Premier Prem (links) blickt auf die längste Regierungszeit eines thailändischen Premiers zurück. An der Rückendeckung von König Bhumibol (Mitte) scheiterte General Kriangsak (rechts) FOTOS: DPA / SS

Thailand: Die „alte Garde“ der Generäle versuchte es ein zweites Mal

Gegen den König ist ein Putsch in Bangkok nicht möglich / Prem bleibt der starke Mann

DW. Bangkok

Der innerhalb von zehn Stunden zusammengebrochene Putsch in Bangkok war bereits der zweite erfolglose Umsturzversuch gegen den thailändischen Ministerpräsidenten Prem Tinsulanonda. Doch die „alte Elite“ der Generale, die sich längst aus der Politik zurückziehen mußte, hatte von vornherein keine Chance: Es gab und gibt in Bangkok keine Zweifel daran, daß König Bhumibol uneingeschränkt hinter Politik und Person von Ministerpräsident Prem steht. Gegen den König jedoch ist ein Putschversuch in Thailand undenkbar, das hatte nicht zuletzt der ebenfalls schnell gescheiterte Putschversuch vom 1. April 1981 bewiesen.

Die meisten waren schon 1981 dabei

Die meisten Anführer des jüngsten Putsches waren schon in die Verschwörung von 1981 verwickelt. Diese alte Garde wurde 1980 von Ministerpräsident Prem abgelöst, der seither an der Spitze einer Mehrparteien-Koalitionsregierung steht, die in den Parlamentswahlen 1983 bestätigt wurde. Mit über fünf Jahren an der Spitze der Regierung ist der frühere General Prem damit heute der mit Abstand am längsten amtierende Premier in der Geschichte Thailands. Seit das Land 1932 eine konstitutionelle Monarchie wurde, hat es bereits 44 Regierungen verschlissen und 15 Militärputsche erlebt. General Serm Na Nakorn, der Anführer der Putschisten vom Montag, war bis 1980 Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Er wurde von Premier Prem entlassen, als dieser an die Spitze der Regierung trat, und damit den an wirtschaftlichen Problemen gescheiterten General Kriangsak Chomanand als Ministerpräsident ablöste, der jetzt an dem gescheiterten Staatsstreichversuch führend beteiligt war.

Bei den als Begründung für den Putsch genannten „wirtschaftlichen Probleme des Landes“ scheint es sich freilich eher um die sehr persönlichen Probleme der alten Militärs zu handeln, ihre eigenen Pfründe zu bewahren. Keinesfalls ausgeschlossen ist, daß auch der Skandal um die bankrottgegangene Finanzierungsgesellschaft „MAE CHAMOI“ in Bangkok, in den eine Reihe von Militärs verwickelt sein soll, zum Hintergrund des Putsches zählt: Der Untersuchungsbericht sollte in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Die Putschisten hatten sich offenbar Erfolgschancen ausgerechnet, weil sowohl der Ministerpräsident als auch Außenminister Siddhi Savetsila und General Arthit Kamlang-ek, der als Oberkommandierender des Heeres zugleich auch Chef aller Streitkräfte ist, außerhalb des Landes waren. Diese Rechnung ging jedoch nicht auf. Der Monat September bietet zwar wegen der alljährlichen Entlassungs- (und damit Beförderungs-) Welle im noch immer politisch mächtigen Militär oft den Nährboden für Putschversuche unzufriedener Offiziere. Doch auch in diesem Jahr scheint Premier Prem eine „gerechte“ Beförderungspolitik geglückt zu sein, die seine Stellung eher gefestigt hat.

Er konnte sich deshalb während seines Indonesien-Besuches auf das Offizierskorps verlassen, das einen Putsch gegen den „Mann des Königs“ nicht zulassen konnte und wollte. So konnten Ministerpräsident Prem und Außenminister Siddhi am Montagabend wie vorgesehen aus Jakarta nach Bangkok zurückkehren und die Regierungsgeschäfte wieder aufnehmen. Nach einer Reihe von Gefechten, an denen auch Panzer beteiligt waren, ergaben sich die knapp 500 Soldaten am Montagmittag und kehrten wieder in ihre Kasernen zurück. Über den Verbleib der Putschführer war vorerst nichts bekannt.

Arthit oder Das Ende eines Kronprinzen

Auch Armeechef Arthit trat sofort den Rückflug aus Europa an. Unklar ist jedoch, wie sich der niedergeschlagene Putsch auf seine politische Zukunft auswirken wird. Der bisher als Vertrauter Prems geltende oberste Soldat Siams hatte zwar 1981 den Putschversuch erfolgreich bekämpft, sich später jedoch für Nachsicht gegenüber den Putschisten eingesetzt, sehr zum Unwillen Prems. Nachdem nun aber gerade aus diesen Kreisen ein zweiter Staatsstreich versucht wurde, muß Arthit in Bangkok mit neuer Kritik rechnen, die seine Chancen für eine eventuelle Kandidatur gegen Prem im Wahlkampf in zwei Jahren weiter vermindern könnten. Denn im Augenblick scheint die Position des Ministerpräsidenten stärker als zuvor. Doch in Thailand, so sagt ein gerne zitiertes Bonmot in Bangkok, ist nichts sicher, außer die nächste Überraschung.

Rocard liest der Partei die Leviten

A. GRAF KAGENECK, Paris

Um dem sich ausbreitenden Defätismus der „Parteisoldaten“ entgegenzuwirken, hat die Sozialistische Partei Frankreichs einen „Wahlstab“ aufgestellt, der nicht nur den Wahlkampf koordinieren, sondern vor allem der in der Partei grassierenden Meinung entgegentreten soll, die Parlamentswahl in knapp sieben Monaten sei schon im Vorfeld verloren. Dem Stab gehören alle vier Hauptströmungen der Partei an, die Mitterrandisten, die Anhänger des früheren Premierministers Mauroy, der linke Flügel unter dem Erziehungsminister Jean-Pierre Chevenement und die eigentliche innerparteiliche Opposition unter dem früheren Landwirtschaftsminister Michel Rocard.

Rocard, dessen Popularität in Frankreich von Umfrage zu Umfrage zunimmt und ihn heute an die Spitze aller Politiker des Landes einschließlich der Opposition setzt, hat inzwischen dementiert, mit seiner nicht unerheblichen Anhängerschaft aus der Partei auszutreten. Andererseits hat er schon vor einiger Zeit anläßlich eines Besuches in Jerusalem sehr deutlich erklärt, sich als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen von 1988 gegen Mitterrand aufbauen zu wollen. 1980, bei den innerparteilichen Ausscheidungskämpfen um die Präsidentschaftskandidatur, hatte er knapp gegen Mitterrand verloren.

Der einstige Führer der sozialistischen Studenten und Gründer der linksextremen „Partei der Vereinigten Sozialisten“ ist für Mitterrands Partei zu einem brennenden Problem geworden. Wie ein Abraham a Santa Clara liest er den etablierten Parteistrategen die Leviten und sagt ihnen die sichere Niederlage voraus, wenn sie nicht endlich aus ihren verknöcherten ideologischen Denkschablonen aussteigen und einen „Sozialismus des Realen“ machen wollen.

Rocard wendet sich vor allem an die Jugend, besonders an die jungen Arbeitslosen, die sich enttäuscht vom Sozialismus abgewandt haben. Er will die Partei mit dem Kapitalismus aussöhnen, ihr den Umgang mit Geld, mit Profit, mit Risiko-Kapital beibringen. In einer Rede vor jungen Besuchern eines von ihm organisierten „Sommer-Kollegs“ im Ski-Ort Les Arcs verlangte er „die Rückkehr des Risikos in die moderne Gesellschaft“. Bereitschaft zum Unternehmen sei alles, denn nur wer unternehme, der schaffe Wohlstand.

Rocard hat allen sozialistischen Heilmitteln wie Egalität, Umverteilung und künstlich aufgeblasenem Konsum abgeschworen. Heute steht er Fabius nahe, der mit ihm der Ansicht ist, daß die angestrebte Modernisierung Frankreichs nicht mit sozialistischen, sondern nur mit kapitalistischen Mitteln zu verwirklichen ist. Daher appellieren beide an die politische Mitte, sich einem „erneuerten Sozialismus“ anzuschließen. Einen Gegner sieht Rocard nur im hemmungslosen Liberalismus.

Wie nun die übrige Partei mit Rocard fertig werden wird, ist – neben dem Kampf gegen Gaullisten und Giscardisten – das schwerste Problem der Parteiführung. Sie ist gewillt, wie noch Pierre Mauroy am Wochenende vor seinen Anhängern versicherte, das „Phänomen Rocard“ zu integrieren. Das wird nicht einfach sein, denn der linke Ceres-Flügel unter Chevenement ist meilenweit von einer „Aussöhnung mit dem Kapitalismus“ entfernt.

Trösten können sich die Sozialisten nur mit der nicht minder großen und schädlichen Spaltung innerhalb der Rechtsopposition über die Frage, ob man im Falle eines Wahlsiegs mit Mitterrand „kohabitieren“ könne oder nicht. Raymond Barre, der sich mit Vehemenz gegen eine solche Idee wendet, wird immer lauter von Gaullisten und Giscardisten zur Ordnung gerufen.

In der Öffentlichkeit beginnt diese Debatte Zweifel an der Einigkeit der Opposition aufkommen zu lassen, mehr noch, sie wirft die Frage auf, ob ein Wahlsieg der Rechten nicht zu einer Staatskrise führen könnte.

In Württemberg streiten Pastoren über Wehrdienst

idea, Stuttgart

Nach den Auseinandersetzungen in der evangelischen Kirche Nordelbiens um den Aufruf „Geh' nicht zum Bund“ von 17 Hamburger Pastoren im Frühjahr gibt es jetzt auch in Württemberg Streit um den Wehrdienst. Der Beauftragte der Württembergischen Landeskirche für Fragen der Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistenden, Pfarrer Hermann Schäufele, empfahl, wie erst jetzt bekannt wurde, einen ähnlichen Aufruf zur Nachahmung, der im Gemeindebrief der evangelischen Kirchengemeinde Mühlen am Neckar veröffentlicht wurde.

In dem dort von Pfarrer Jochen Vollmer verfaßten Text an die „konfirmierten Wehrpflichtigen“ heißt es unter anderem: „Christen müssen sich heute verweigern.“ Sie könnten in der Bundeswehr nicht mehr zur Verteidigung der Freiheit mit Mitteln bereit sein, die „letzten Endes viel mehr zerstören, als sie je schützen können“. Das Vertrauen auf die atomare Abschreckung ist nach Vollmers Ansicht deshalb so schlimm, weil es nach ihrem Versagen keinen Neuanfang mehr gebe. In der Sprache des alten Testaments sei die „Sünde des Vertrauens“ auf atomare Abschreckung „Hurerei, Abgötterei, Ungehorsam gegen Gott, auf die Gottes Strafgericht folgt“.

Diese Position ist allerdings nicht die der Württembergischen Landeskirche. Der Presse-Pfarrer Bernhard Lang sagte dazu, die Haltung der Landeskirche gebe ein jetzt erschienenes Faltblatt wieder, in dem betont werde, daß ein Christ sowohl den Wehrdienst leisten als ihn auch verweigern könne.

Gemayel für Strauß als Vermittler

dpa, München

Der libanesische Präsident Amin Gemayel hofft, daß der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß bei der Beendigung des Bürgerkrieges in Libanon vermitteln wird. Wie Gemayel nach einem zweiten Treffen mit Strauß gestern erklärte, könne Strauß bei der Vermittlung zwischen seinem Land und den Nachbarstaaten Syrien und Israel, die beide Truppen in Libanon stationiert haben, eine Sonderrolle spielen. Gemayel lud Strauß, der sehr viel Verständnis für die Probleme des Libanon gezeigt habe, zu einem Besuch nach Beirut ein. Ein Sprecher der Staatskanzlei sagte, Strauß sei gerne bereit, das Seine dazu beizutragen, damit Frieden in diese Region komme.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„Wirtschaft soll noch mehr für die Ausbildung tun"

hrk. Berlin

Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms forderten gestern in Berlin die Wirtschaft auf, noch mehr Ausbildungsplätze als bisher zur Verfügung zu stellen. Von Weizsäcker sagte nach einem Informationsbesuch im Bundesinstitut für Berufsbildung: „Wirtschaft, Verwaltung, Schulen und Hochschulen haben sich in den vergangenen Jahren stark engagiert. Ich bitte alle Verantwortlichen, dieses Engagement fortzusetzen und nach Möglichkeit noch zu verstärken. Die Jugend hat ein Anrecht darauf."

Frau Wilms unterstrich vor der Presse den Appell des Bundespräsidenten. Die Zahl der Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchten, sei noch immer hoch. „Mit rund 760 000 Bewerbern erreichen wir in diesem Jahr voraussichtlich den höchsten Nachfrage-Berg der vergangenen Jahre." Die Anstrengungen der Wirtschaft müßten „weiter fortgesetzt und erhöht" werden.

Griechenland steigt in das lukrative Waffengeschäft mit den Arabern ein

Milliardenaufträge von den Saudis / Gelangen auch deutsche Waffen nach Nahost?

PAUL CHARDON, Kairo

Im September reist der saudische Verteidigungsminister Prinz Sultan zu Verhandlungen über umfangreiche griechische Waffenlieferungen nach Athen. Er wird auch Werke der neuen und im Ausbau befindlichen Rüstungsindustrie besuchen. Griechische Regierungskreise erwarten, wie aus saudischen Quellen bekannt wird, Aufträge im Wert von über einer Milliarde Dollar.

Schon im letzten Jahr hatte die sozialistische Regierung in Athen mit Libyen Waffenlieferungen im Wert von einer Milliarde Dollar vereinbart. Ein Protokoll über die erste Tranche von 500 Millionen in drei Jahren wurde Ende Dezember '84 in Tripolis unterzeichnet. Libyen zahlt vor allem in Rohöl, ähnliche Abmachungen werden mit den Saudis getroffen werden.

NATO-Mitgliedschaft wird ausgenutzt

Neben Libyen und künftig Saudi-Arabien zählen bereits Irak, Syrien, Jordanien und Ägypten zu der rasch wachsenden Abnehmerzahl griechischer Rüstungsprodukte. Die Waffenindustrie Griechenlands mit ihren staatlichen Unternehmen hat 1984 schon einen Gewinn von über 20 Millionen Dollar an die Staatskasse abgeführt. Dabei sind sich Lieferanten und Abnehmer im stillen einig, daß die Waffenlieferungen an beide Seiten (Irak und Iran über Libyen/ Syrien) im Golfkrieg gehen.

Nach Meinung westlicher Militärbeobachter nutzt Athen seine Zugehörigkeit zur NATO rücksichtslos aus, um mit westeuropäischen Firmen Zulieferungsverträge zu schließen und dann Rüstungsgüter ohne ausreichende Kontrolle an arabische Länder weiterzuverkaufen. Daß Lieferungen auch an den Ostblock gehen, ist bisher nicht bestätigt. Jedoch dürften Libyen und Syrien westliche Waffensysteme aus Griechenland den Sowjets zur Prüfung und „Ausschlachtung" überlassen, vermuten NATO-Militärs.

Die US-Regierung hat aus diesem Grund die Export-Lizenz für vierzig F 16-Kampfmaschinen zurückgehalten, vor allem wegen der geheimen Radar- und Feuerleit-Ausrüstung. Die Athener Regierung hat daraufhin gedroht, den Auftrag nach Frankreich zu vergeben und neben den schon gekauften vierzig „Mirage 2000" weitere vierzig zu ordern. Ebenso wie die sozialistische Regierung Papandreou liefern die französischen Sozialisten bedenkenlos modernste Waffensysteme in die Dritte Welt. Der Tankerkrieg im Golf hätte beispielsweise ohne die Ausrüstung der irakischen Luftwaffe mit französischen Exocet-Raketen niemals die bisher zu verzeichnenden hohen Verluste und Schäden und damit eine große Belastung westlicher Versicherungen erreicht.

Von den unkontrollierbaren griechischen Waffenexporten ist auch die Bundesregierung betroffen, da Endverbleibs-Klauseln für deutsche Zulieferungen leicht zu umgehen sind oder nicht eingehalten werden. Es geht dabei nicht in erster Linie um das in Griechenland gefertigte deutsche G 3-Sturmgewehr, das an irakische Streitkräfte weiterverkauft wird, sondern um die „Artemis 30", eines der modernsten Luftabwehr-Systeme gegen überschallfliegende Tiefflieger.

Da sich auch die Ägypter um den Kauf bewerben, nachdem „Artemis 30" sehr wahrscheinlich schon an Libyen geliefert worden ist, erklären westliche Militärbeobachter in Kairo: „Die Zielelektronik mit Kleincomputern und Radar ist das Feinste vom Feinen." Die 30 Millimeter Zwillingsgeschütze, von denen bis zu vier an eine Feuerleit-Anlage mit Erkennungsgerät angeschlossen werden können, verschießen 1600 Schuß in der Minute, sind wetterunabhängig und schnell zu verlegen. Das System wurde für den Flak-Panzer „Gepard" entwickelt, wird aber in der Bundeswehr nicht verwendet.

Zu den deutschen Lieferfirmen nach Griechenland zählen Siemens, Mauser, Kuka sowie die holländischen Signal-Apparate. Bisher benötigten sie keine Regierungserlaubnis zum Export, da Griechenland NATO-Staat ist. Tatsächlich ist „Artemis 30" zu neunzig Prozent ein deutsches Produkt. Die Munition wird im Werk Lavrion hergestellt, das mit deutscher Verteidigungshilfe errichtet wurde.

Bonn schenkt Griechenland alle 18 Monate Waffen und Ausrüstung für 70 Millionen Mark. Doch da die Verteidigungshilfe seit 1979 nicht erhöht wurde, verlangen die griechischen Militärs jetzt eine „Inflations-Anpassung".

Wo sind die sechs Leopard I geblieben?

Unter den Lieferungen der letzten Jahre befinden sich neben Zerstörern auch 110 Panzer vom Typ Leopard I, während die Griechen nur 104 in ihren Jahrbüchern angeben. Wo der Rest geblieben ist, weiß man nicht.

Neben dem hochmodernen System „Artemis 30" kann Griechenland Kleinwaffen und Flugzeug-Bomben, Luft-Boden-Raketen und zahlreiche Munitionssorten vom Gewehr-Geschoß bis zur Artillerie-Munition für Haubitzen und Panzer exportieren. Auch Handgranaten und Plastik-Minen gehören zum Angebot der Waffen-Produktion, die bis zu achtzig Prozent ins Ausland geht. Wenn die eigene Armee von 135 000 Mann ausgerüstet ist, stehen auch Leonidas-Schützenpanzer der Steyr-Werke Hellas mit MG, Panzerabwehr-Raketen oder einem 90-mm-Geschütz zum Export nach Nahost und Afrika bereit.

Die westliche Militärhilfe sei für einen NATO-Staat bestimmt, betonen westliche Militärattachés in Athen. „Aber nicht für eine Regierung, die bedenkenlos Waffen und Munition in Spannungsgebiete exportieren will." Obwohl Griechenland mit der NATO militärisch kaum noch zusammenarbeitet und die Türkei offiziell als seinen Gegner betrachtet, können westliche Regierungen kaum etwas gegen die massive Waffen-Exportpolitik der Sozialisten in Athen unternehmen, solange Griechenland weiter formell dem Atlantischen Bündnis angehört.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Erstes nationales Gebot

„Kohl: Gebot zur Wiedervereinigung Wahlkampfthema"; WELT vom 2. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist nur zu begrüßen, daß das Wiedervereinigungsgebot mit eines der Themen des Bundestagswahlkampfes der CDU sein wird, wie es Bundeskanzler Helmut Kohl ankündigt. Leider bemerkt er gleichzeitig, die Lösung dieses Problems könne jedoch „noch Generationen in Anspruch nehmen".

Damit schiebt er doch das Problem pessimistisch auf den Sankt-Nimmerleinstag.

Seit zwei Generationen besteht die deutsche Trennung schon, und ein gewisses Auseinanderleben der getrennten Volksteile hat – situationsbedingt – bereits stattgefunden. Vom deutschen Standpunkt aus muß doch die Wiedervereinigung stets als sehr dringlich behandelt werden. Wir sehen doch in unserer Zeit, wie schnell sich politische Lagen verändern können, woraus auch wir Hoffnung schöpfen dürfen, daß auch unser Recht auf Wiedervereinigung in absehbarer (und nicht unabsehbarer) Zeit seine Erfüllung findet.

Wenn das, wie Bundeskanzler Kohl sich ausdrückt, „noch Generationen in Anspruch nehmen" könne, so wäre das doch keine Hoffnung, sondern eine schlimme Befürchtung, die ein Bundeskanzler eigentlich nicht so einfach aussprechen dürfte, zumal nicht im Hinblick auf den Wahlkampf.

Mit freundlichem Gruß
Karl Reinhold,
Hamburg 61

„Wer die Wahl hat"; WELT vom 3. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Absicht der Union, das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes zum Wahlkampfthema '87 zu machen, ist erfreulich.

Man kann nur mit Ihrem Kommentator Günter Zehm hoffen, daß nach langen Zeiten widersprüchlicher und mißverständlicher Positionen zur Deutschlandpolitik jedermann Farbe bekennen muß. Jedoch wird es auch für die CDU/CSU nicht immer leicht sein, die Wähler zu überzeugen. Wenn Herr Dregger der „Europäischen Einigung" Priorität vor der Deutschen Wiedervereinigung einräumt, wie beim 39. Buß- und Bettagsgespräch des gesellschaftswissenschaftlichen Instituts Walberberg geschehen, scheint die Lösung der deutschen Frage kein absolut vorrangiges Ziel zu sein.

Die vergangenen 35 Jahre haben uns der Wiedervereinigung nicht näher gebracht. Im Sinne des Wiedervereinigungsgebots unseres Grundgesetzes ist eine offene Diskussion neuer Lösungsmodelle daher unumgänglich. Aufgegriffen werden könnte dabei u. a. das vom Publizisten Wolfgang Venohr ins Gespräch gebrachte „Konföderationsmodell Deutschland". Ein schlechter Weg wäre es, die deutsche Frage lösen zu wollen, indem man sie aus der Tagespolitik streicht und damit stückweise liquidiert.

Mit freundlichen Grüßen
Stephan Raber,
Münster-Hiltrup

Die verhunzte Sprache

„Leserbrief: Neues Kauderwelsch"; WELT vom 4. September

Die Kritik des Lesers Friedrich Doepner, Celle, am neuen Kauderwelsch ist vollauf berechtigt, sie hätte aber die sprachliche Anglomanie einbeziehen müssen.

Was seit Kriegsende mit der deutschen Sprache in der Bundesrepublik geschieht, kann man nur als Zerstörung bezeichnen. Die Sprachverhunzung durch Anglizismen (in Frankreich übrigens verboten und mit Strafe bedroht) hat sich bei uns wie eine Seuche ausgebreitet. Ein bezeichnendes Beispiel fand man unlängst in mehreren Zeitungen: „Facelifting" für Instandsetzungen von Häuservorderseiten.

Oft ist auch als neudeutsches Satzfüllsel die leere Redensart zu lesen: „last, not least". Es dauert sicher nicht mehr lange, dann heißt ein Ausziehtisch „Strip-tease-table" ... Was bei den Eingeborenen früher „Pidgin-Englisch" war, ist heute bei uns der anglo-deutsche Mischmasch.

Die sprachliche Überfremdung durch Anglizismen in Presse, Rundfunk, Fernsehen, Technik, Sport und in der Wirtschaftswerbung seit 1945 ist bei den Westdeutschen offensichtlich Ausdruck einer „Unterwerfungshaltung". Die Londoner „Times" schrieb am 16. Juni 1960: „Auch die deutsche Sprache scheint im Jahr 1945 eine Niederlage erlitten zu haben." Die Deutschen hätten vergessen, daß Deutsch eine Kultur- und Weltsprache ersten Ranges sei.

Die Kultusminister der Bundesländer scheinen vergessen zu haben, daß „Kultus" auch „Pflege" bedeutet. Aber von einer Pflege der deutschen Sprache ist nichts zu merken.

Günther Just,
Miltenberg

*

Besonders verwerflich ist es, wenn amtliche oder halbamtliche Stellen die Fremdwörter fördern. Erschreckend sieht es bei der Bundesbahn aus (warum haben wir nur Billet und Coupé abgeschafft?): Information = Informeeschen für Auskunft, Seniorpaß, Juniorpaß, Tramper-Monatsticket, Austria-Ticket, Rail + Road, Inter-Rail, Rail-Europe S+F, Ticket nach den Nordseeinseln, Hausgepäckservice, Intercity. Man denkt an ein englisches Unternehmen wie auch bei deutschen Kaufhäusern. Wann wird aus Bahnhof wohl Terminal?

Wenn so mancher deutsche Wissenschaftler es seinem Stoffe schuldig zu sein glaubt, sich gehoben auszudrücken, und daher entsprechende Fremdwörter verwendet, so mag dies hingehen, aber der Gebrauch einer gewissen Art von Fremdwörtern wirkt entlarvend, wenn er sie gebrauchen sollte: (ir-)relevant, -lateral, gravierend, Fakten, Aspekte, Image, Sponsor, Hobby, Insider, Background, Newcomer, Job, Statement, Swimming-pool, Do-it-yourself.

Mit freundlichen Grüßen
Leo Weber,
Herford

Schul-Ideologie

Mit Schrecken verfolge ich seit vielen Jahren die Entwicklungen in der Hamburger Schulpolitik. Im Jahre 1970 verließ ich mit dem humanistischen Abitur das Matthias Claudius Gymnasium in Hamburg-Wandsbek. Welch eine Wandlung von objektiv hervorragender Erziehung in den klassischen Fächern der Naturwissenschaft und den Alten und Neuen Sprachen hat sich seitdem vollzogen hin zu „Erziehungsidealen" des Durchschnitts, indoktriniert mit sozialistisch gefärbter Ideologie.

Das Niveau heutiger Junglehrer ist erschreckend niedrig. Die Jugendlichen, die heute Hamburger Schulen verlassen, sind oft nicht Opfer von zukünftiger Arbeitslosigkeit, sondern Ursache derselben. Man stelle sich die Zumutung für eine freie Industriegesellschaft vor, wenn Lehrlinge und Studenten heute mehr von der Frauenbewegung, vom Mutterschutzgesetz und der Befreiungstheologie zu wissen vorgeben als von Mathematik, Englisch und der Situation in unserem geteilten Vaterland. Man hat nur von den Rechten gesprochen, die Pflichten zu nennen dagegen sträflich unterlassen. So berechtigt Mutterschutz sein mag, er muß erst einmal verdient werden. Auf welchem Lehrplan steht das?

Professor Grolle ist für diese Politik verantwortlich. Aus Anlaß des sogenannten „Anti-Kriegstages" am 1. September hat Grolle einen Brief an die Lehrer in Hamburg geschrieben, der ein bezeichnendes Licht auf die Gedankengänge dieses Mannes wirft, der, geht man der Sache wirklich einmal auf den Grund, die Freiheit attackiert, die Unfreiheit aber verharmlost und ihr somit den Weg ebnet. Grolle kann so schreiben, weil der Schutz der NATO ihm das ermöglicht.

Ich glaube vielmehr, daß sich das, was wir heute „Friedensbewegung" nennen, eines Tages als „Nicht-Friedensbewegung" herausstellen wird; denn einen Einfluß dieser Friedensbewegung auf die wahren Friedensstörer, die im Kreml sitzen, kann es und wird es daher nicht geben.

Zum unverzichtbaren Bestandteil der Freien und Hansestadt Hamburg gehört eine freiheitlich gesinnte Bildungspolitik. Das Gesamtschulkonzept Grolle, das unter Bürgermeister Klose seinen Anfang nahm und sich dann ausbreitete, ist mit einer freien und weltoffenen Stadt unvereinbar. Über den Zustand der Hamburger Schulen kann man sich heute nur noch schämen. Wir leben von der Substanz, und es wird weiter demontiert.

Wenn wir der ideologiebeladenen Politik dieses Schulsenators nicht Einhalt gebieten, werden wir am Ende vor einem Trümmerhaufen stehen. Ich vermag einfach nicht zu verstehen, was an unserem alten Schulsystem der klassischen Dreiteilung – Volksschule, Mittelschule, Gymnasium – so falsch war. Politische Kreise, die Eliten verabscheuen und diese abschaffen wollen, sitzen im Elfenbeinturm, mißtrauen einer freien Gesellschaft und haben diese letzten Endes auch nicht verstanden. Alle sozialdemokratischen Wähler dieser Stadt sollten sich kritisch fragen, ob ein geistiger Nährboden an unseren Schulen und Universitäten, der nur Agitationsgruppen in Sachen El Salvador und Nicaragua gedeihen läßt, wirklich den langfristigen Zielen Hamburgs dient.

Ich warte auf den Tag, an dem der Schulsenator in Hamburg in einem offenen Brief seine Lehrer auffordert, mit den Schülern für einen Tagesausflug zur 40 Kilometer entfernten Zonengrenze zu fahren. Hier würden sie unmittelbar vor der eigenen Haustür Anschauungsunterricht für die elementare Verletzung von Menschenrechten finden. Für die Inanspruchnahme des Rechts auf Freizügigkeit, das alle freien Verfassungen dieser Welt garantieren, werden hier Menschen wie Hasen erschossen.

Wir fragten früher unsere Väter, was sie gegen Hitler unternommen hätten. Vielleicht wird Grolle eines Tages von seinen Kindern gefragt, was er als ein in Freiheit Lebender gegen die Unfreiheit in Ost-Deutschland unternommen hätte.

Schon Plato hat vor mehr als 2000 Jahren erkannt, daß wie ein historisches Gesetz auf die Demokratie die Tyrannis folgte, weil die Bürger der Freiheit überdrüssig werden und diese nicht mehr wertzuschätzen wissen.

Thomas Hoyer,
Hamburg 20

Wort des Tages

„Achten die Menschen sich selbst, so achten sie gewöhnlich auch die fremde Persönlichkeit."

Samuel Smiles, englischer Autor (1812–1904)

Personalien

EHRUNGEN

Das Magdeburger Autorenpaar **Johanna und Günter Braun** ist mit dem diesjährigen Phantastik-Preis der Stadt Wetzlar geehrt worden. Mit dem mit 2500 Mark ausgestatteten Literaturpreis zeichnete die Jury im Rahmen der „Wetzlarer Tage der Phantastik" die Science-fiction-Erzählungen „Der x-mal vervielfachte Held" des Ehepaares aus. Diese im vergangenen Jahr im Frankfurter Suhrkamp Verlag erschienenen Erzählungen beschreiben totalitäre Welten und simulieren nach Ansicht der Jury Dokumente freudloser Utopien, die Warnungen sein sollten.

*

Mit Geldpreisen von insgesamt 10 000 Mark sind drei von 35 Düsseldorfer Künstlern ausgezeichnet worden, die für die bis 15. September in über 50 Schaufenstern der Königsallee dauernde Austellung „Die Kunst und die Kö" größtenteils neue Arbeiten geschaffen haben. Eine Fachjury vergab den ersten Preis in Höhe von 5000 Mark an **Bernd Finkeldei**, der zweite Preis über 3000 Mark ging an **Jan Kolata**, der dritte mit 2000 Mark an **Angelika Richter**. Das Geld war von verschiedenen Firmen gespendet worden.

*

Für seine Rolle als einer der „wenigen großen Mahner" zu einem Zeitpunkt, an dem kaum jemand sich um Umweltschutz kümmerte, ist Professor Dr. **Gerhard Olschowsky**, Bonn, mit der Goldenen Blume von Rheydt ausgezeichnet worden. Olschowsky, seit 1971 Honorarprofessor an der Landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Bonn, ist u. a. Leiter der Bundesforschungsanstalt für Naturschutz, geschäftsführendes Mitglied des deutschen Rates für Landschaftspflege und Vizepräsident der Deutschen Gartenbaugesellschaft.

WAHLEN

Dieter Becker ist von der Mitgliederversammlung von „Inter Nationes" mit einer Stimmenthaltung zum neuen Vorstand gewählt worden. Er löst **Horst Schirmer** ab, der nun wieder in den Diplomatischen Dienst des Auswärtigen Amtes zurückkehrt. Becker ist 47 Jahre alt und gehörte seit zwanzig Jahren der Konrad-Adenauer-Stiftung an. Er war dort zuletzt Leiter der Grundsatz- und Planungsabteilung des Internationalen Instituts der Stiftung, die sich der CDU verbunden fühlt. Inter Nationes wird gemeinsam vom Auswärtigen Amt und vom Bundespresseamt finanziert; die Organisation ist für die Öffentlichkeitsarbeit im Ausland zuständig. Vor allem befaßt sie sich mit kulturpolitischer Arbeit und kümmert sich in der Bundesrepublik um die Abwicklung von Besuchen ausländischer Gäste.

*

Hans Stercken, CDU-Abgeordneter und Leiter der deutschen Delegation auf der 74. Konferenz der Interparlamentarischen Union in Ottawa, ist für drei Jahre zum Vorsitzenden dieser Organisation gewählt worden, der 103 Länder angehören. Die Wahl Sterckens erfolgte mit Mehrheit von fünf Stimmen. Sein einziger Gegenkandidat war der Vorsitzende des indischen Parlaments, **Bal Ram Jakhar**.

DAS AUTO FÜR ALLE, DIE SCHLICHT MEHR VERLANGEN ALS PERFEKTION UND PRESTIGE: DER NEUE LANCIA THEMA.





Umweltschutz und Rohstoffeinsparung beginnen zu Hause

Rund sechs Zentner Abfall stellt jeder Deutsche im Jahr für die Müllmänner vor seine Haustür, doppelt soviel wie noch vor 30 Jahren. Mehr als die Hälfte davon besteht aus Verpackungsmaterialien: Papier und Pappe, Weiß- und Buntglas, Kunststoff und Weißblech. Gut ein Viertel dieses Mülls wird in Müllheizkraftwerken für die Erzeugung von Strom und Heizwärme sowie zur Rückgewinnung von Rohstoffen genutzt.

Umweltbewußte Bürger nutzen zunehmend die immer zahlreicher werdenden Sammelstellen. Die saubere Trennung des zur Wiederverwendung geeigneten Mülls ermöglichen Mehrkammer-Container. Die zu Hause vorsortierten Rohmaterialien können wiederverwendet werden und belasten die Umwelt nicht.

Einige Container sind sogar mit besonderen Vorrichtungen für Medikamente und Batterien ausgestattet. Im Hamburger Stadtteil Eimsbüttel wurden für einen Zwei-Jahres-Test 40 dieser Groß-Sammelstellen eingerichtet. FOTO: DIETER THIERBACH

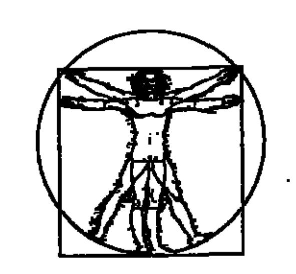
NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Aktion Fischotterschutz

Bonn (lni) – Der in fast allen mitteleuropäischen Ländern vom Aussterben bedrohte Fischotter wird durch Unglücksfälle zusätzlich in seinem Bestand bedroht. Darauf hat die Aktion Fischotterschutz hingewiesen. In der Bundesrepublik leben nur noch etwa 200 Fischotter, verteilt auf die Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern. Zu den häufigsten Todesursachen gehörten der Straßenverkehr, Fischreusen, freilaufende Hunde sowie „irrtümliche" Tötungen. Otter würden dabei von Menschen häufig als „große Ratte" erschlagen oder die Tiere gerieten in Fallen, die eigentlich für Füchse aufgestellt worden seien.

Muskelschwund im All

Houston (AFP) – Bei Ratten, die an Bord der Raumfähre „Challenger" im Mai eine Woche im Weltraum verbrachten, wurde jetzt ein bedenklicher Knochen- und Muskelschwund festgestellt. Die Tiere seien nach ihrer Rückkehr „schlaff wie ein Waschlappen" gewesen, berichtete Dr. Richard Grindelwald,



der das Experiment mit 24 Ratten bei der Mission geleitet hatte. Vergleiche von Knochen- und Muskelproben mit denen anderer Ratten ergaben, daß während des Weltraumfluges im Zustand der Schwerelosigkeit „sehr rasch ganz bedenkliche Veränderungen eingetreten waren". Grindelwalds Fazit: Astronauten müssen sich bei langen Weltraumflügen durch strenges Training vor den Auswirkungen der Schwerelosigkeit schützen.

Schweißtechnik erweitert

München (D. T.) – Das Deutsche Museum in München, das größte technische Museum des Kontinents, eröffnet am 19. September seine neugestaltete Abteilung „Schweißen, Schneiden, Löten". Da inzwischen, so die Museumsleitung, „eine neue Anzahl von Techniken entstanden ist, war es unumgänglich, die seit 30 Jahren bestehende Ausstellung zu erweitern". Man findet u. a. 20 Großexponate wie die ersten Lichtbogen-Schweißgeräte, Kohlendioxid-Laser und Schweißroboter der ersten Generation (1975), die im Automobilbau eingesetzt wurden.

Die landwirtschaftliche Überproduktion ist seit Jahren einer der größten Streitpunkte in der Europäischen Gemeinschaft. Für die Subventions- und Lagerkosten müssen inzwischen Milliardensummen aufgewendet werden. Zusätzlich wird der Landwirtschaft vorgeworfen, sie belaste die Umwelt. Die Tierschützer schließlich prangern die Massentierhaltung an. Die verantwortlichen Politiker und Verbände aber können sich nicht auf ein gemeinsames Vorgehen einigen, mit dem die Dauerprobleme gelöst werden könnten.

Wer zieht die Bremse auf dem Agrarmarkt?

Von HEINER SOMMER

Die Abfälle, die bei der Tierhaltung entstehen, belasten die Umwelt: Die Gülle verätzt die Wurzeln der Wiesenblumen und Gräser, fördert die tiefwurzelnden Ampfer und Disteln und schädigt die Flora und Fauna auf Äckern, in Bächen und Seen. Sie belastet darüber hinaus Oberflächen- und Grundwasser mit Nitrat- und Phosphatsalzen.

Überproduktion und Umweltschäden in der Landwirtschaft versucht man jetzt umfassender und mancherorts gleich mit drei verschiedenen „Instrumenten" zu begegnen: mit der Gülleverordnung, der Bestandsobergrenze sowie der Milchkontingentierung. Von diesen wurde die Gülleverordnung ursprünglich nur aus ökologischen Gesichtspunkten erlassen. Viele Bauern freilich reagieren empört, während sich Politiker, Wissenschaftler und Interessenvertreter über die Effizienz, Praktikabilität und Rechtmäßigkeit dieses marktregulierenden Instrumentariums streiten.

In Nordrhein-Westfalen, wo allein im Bereich Westfalen-Lippe fünf Millionen Schweine, das ist ein Fünftel des gesamten Borstenviehs der Bundesrepublik, gehalten werden, setzte die Regierung die Gülleverordnung durch. Sie wird aber weder in allen Bundesländern noch in den EG-Staaten einheitlich angewendet. Der Bauernverband möchte dagegen das Wachstum und die Überproduktion zuerst in der Bundesrepublik und dann in der EG mit Hilfe der Bestandsobergrenzen eindämmen. Die EG konnte sich bislang aber nur auf eine allgemeinverbindliche Kontingentierung der Milch einigen, weil diese Überproduktion zwei Drittel aller Subventionen verschlingt.

Alle drei Maßnahmen haben gemeinsam, daß sie das „flächenunabhängige Wachstum" und die Ausbreitung industriemäßig betriebener Massentierhaltung erschweren. In letzter Zeit nämlich mehrten sich die „Bauern", welche weder Futter für ihre Tiere selbst erzeugen noch deren Gülle ordnungsgemäß verwenden konnten. Dies ist vielen ein Dorn im Auge. Man will flächengebundene Betriebe, wo der Kreislauf – eigenes Futter an das eigene Vieh und deren Gülle als Dung wieder in den eigenen Boden – geschlossen ist.

Zweifellos ist die Gülleverordnung sowohl für das flächenunabhängige Wachstum als auch für den Ackerbau einer industriemäßigen Nutztierhaltung das größte Hindernis. Sie bestimmt, daß nicht mehr als drei Düngeeinheiten (DE) pro Hektar im Jahr ausgebracht werden dürfen. Eine DE wird dabei mit dem Flüssigmistvolumen gleichgesetzt, welches 80 kg Gesamtstickstoff enthält. Drei DE werden von zwei Kühen, neun Zuchtsauen mit ihren Ferkeln, 21 Mastschweinen oder 300 Legehennen produziert. Ein Bauer mit 25 ha Land kann also ungefähr 30 Kühe mit ihrem Nachwuchs besitzen oder 525 Schweine mästen. Nur ein Fünftel aller Bauern bei uns haben mehr Land und könnten somit auch mehr Tiere halten. Um 1000 oder gar 2000 Mastschweine halten zu dürfen, muß man über 50 bzw. 100 ha verfügen.



Milch und Fleisch dieser Kühe wandert zum Großteil direkt in die Lagerhäuser FOTO: MANFRED VOLLMER

Freilich ist die Gülleverordnung noch unzureichend, zum Beispiel weil sie nicht die hygienische Aufbereitung der Gülle oder wenigstens zwei Lagerbehälter mit einer Kapazität von jeweils ½ Jahr fordert. Schädliche Organismen können in Gülle zum Teil mehrere Monate überleben, so daß sie in Gegenden mit konzentrierter Nutztierhaltung eine gesundheitliche Gefahr für Mensch und Tier darstellen können.

Die Bestandsobergrenzen, welche gegenwärtig die Gemüter erhitzen, sind demgegenüber äußerst großzügig bemessen. Sie legen fest, wieviel Vieheinheiten (VE) pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche gehalten werden dürfen, um noch als landwirtschaftliche Tierzucht oder Tierhaltung zu gelten und damit in den Genuß zahlreicher steuerlicher Vorteile zu gelangen. Eine VE entspricht dabei einer Milchkuh, drei Zuchtschweinen oder 500 Legehennen. Bezogen auf einen 25-ha-Betrieb darf ein Bauer somit etwa 150 Kühe oder rund 1400 Mastschweine halten, ohne als Gewerbebetrieb eingestuft zu werden. Wer aber mehr als 330 VE hält, gilt als gewerblich, egal welche Fläche er besitzt.

Die Regelung ist so weitherzig, daß man die Aufregung um ihre Einführung nicht verstehen kann. Nur acht Prozent der Kühe stehen hierzulande in Beständen mit mehr als 50 Tieren. Bei den Schweinen sieht es nicht anders aus: Fast 90 Prozent unserer Schweinehalter besitzen weniger als 50 Mastschweine. Und nur zwei Prozent aller Mastschweine müssen in Betrieben mit über 1000 Mastschweinen ihr kurzes Leben fristen. In Belgien hingegen sind es fast 20 Prozent und in England gar 35 Prozent.

Die absolute Bestandsobergrenze von 330 VE kann nur die kleine Gruppe von Betrieben mit mehr als 50 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche erreichen, und davon wirtschaftet ein Teil sogar viehlos. Es ist sehr fraglich, ob die zaghafte Forderung nach Bestandsobergrenzen einen deutlichen strukturellen Beitrag leisten kann. Und noch mehr, ob hierdurch der überhandnehmenden Erzeugung bei gleichzeitig sinkenden Preisen überhaupt Einhalt geboten werden kann.

Letztlich gibt es noch die Milchkontingentierung. Entsprechend der bislang abgelieferten Milch und seinen Investitionen der letzten Jahre wurde jedem Milchviehhalter ein Kontingent zugebilligt. Liefert er mehr, bekommt er nur noch wenige Pfennige für den Liter. Die Milchkontingentierung hat in ihrer jetzigen Form weder die EG-Kasse noch den Markt entlastet, sondern die Bauern irritiert und verärgert sowie der Bürokratie viel Arbeit beschert.

Es hat lange genug gedauert, bis sich die Agrarminister wenigstens zu der unvollkommenen Gegenmaßnahme in Form der Milchkontingentierung entschlossen haben. Die Einführung der Bestandsobergrenze in der Bundesrepublik wirkt zwar breiter, ist aber dennoch ein recht zaghafter Schritt. Es wäre besser, wenn eine verbesserte und strukturangepaßte Gülleverordnung in der gesamten EG durchgesetzt werden würde.

Wenn der bäuerliche Familienbetrieb erhalten und der EG-Agrarmarkt die Gemeinschaft nicht sprengen soll, werden ordnende Eingriffe unumgänglich sein. Zusätzlich müssen aber auch unkonventionelle Maßnahmen her, etwa eine Vorruhestandsregelung für Landwirte. Auch damit könnte der Markt entlastet werden. Warum kann man Bauern, die extensiv und nur noch mit wenigen Tieren wirtschaften wollen, nicht eine entsprechende Prämie zuerkennen?

Prof. Dr. Heiner Sommer ist Direktor des Institutes für Anatomie, Physiologie und Hygiene der Haustiere an der Universität Bonn. Die Berichterstattung wird im Oktober mit einer Beurteilung der Massentierhaltung aus der Sicht des Tierschutzes fortgesetzt.

Die öffentliche Hand kann man nicht aus dem Ärmel schütteln.

Die öffentliche Hand tut für Bau-Initiativen mehr, als mancher denkt.

Man braucht allerdings den richtigen Schlüssel, um die Hand zu öffnen, aus der öffentliche Mittel, Zuschüsse und erkleckliche Steuervorteile fließen.

Wissen ist der Schlüssel, der Profite schafft. Wissen, wo man Paragraphen für bare Münze nehmen kann. Wissen, mit welchen Schritten der Marsch durch die Ämter am schnellsten zu Geld führt.

Eine gute Bank mißt man deshalb nicht nur am günstigen Kredit, sondern auch am »Gewußt wie«.

Wir stellen Ihnen beides zur Verfügung.

Denn die besten Einfälle sind schließlich die, die das günstige Baugeld beschaffen.

Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.



Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.

Peter Stumpf
HYPO-BANK

TENNIS / McEnroe geschlagen – Zweite Niederlage für Wimbledonsiegerin Martina Navratilova

Lendl, die Wende und Flushing Meadow

dpa/sid, **Flushing Meadow**

Die Tennis-Revolution frißt ihre Kinder. Was Boris Becker mit seinem Wimbledon-Sieg andeutete, hat Ivan Lendl (CSSR) mit dem 7:6, 6:3, 6:4-Finalsieg über John McEnroe in Flushing Meadow vollzogen: die Ablösung der führenden Amerikaner im Welt-Tennis. Da Hana Mandlikova (CSSR) mit dem Erfolg über Martina Navratilova die elf Jahre andauernde Serie amerikanischer Siege gestoppt hat und die Saarbrückerin Claudia Kohde mit Helena Sukova (CSSR) das weltbeste Doppel Navratilova/Pam Shriver (USA) bezwang, werden die US Open '85 als ein Wendepunkt in die Tennis-Geschichte eingehen. Die neue Hauptstadt des Welt-Tennis heißt Prag. Eine Entwicklung, die dem Daviscup-Halbfinale zwischen Deutschland und der CSSR vom 4. bis 6. Oktober in Frankfurt zusätzlichen Reiz verleiht.

Seit 1973, als die Australier John Newcombe und Margaret Smith-Court die Titel gewannen, hatte es keinen ausländischen Doppelsieg in den Einzel-Konkurrenzen der offenen amerikanischen Meisterschaften gegeben. 1977 hatte mit Guillermo Vilas (Argentinien) zuletzt ein Ausländer das Herren-Einzel gewonnen. Was Björn Borg bei vier Finalteilnahmen nicht gelang, schaffte Ivan Lendl. Der 25jährige war nach seinem Sieg überglücklich, „so glücklich, daß ich gar nicht erst versuchen möchte, es zu beschreiben. Ich lebe in den USA, ich liebe das Land. Dies ist der wichtigste Titelgewinn meiner Karriere."

Zu Beginn des nur 155 Minuten langen Matches sah es nach einer schnellen Niederlage für Lendl aus. In den ersten drei Spielen holte der Ostrauer nur einen einzigen Punkt und lag schnell 2:5 zurück. Dann wehrte er bei 3:5 einen Satzball McEnroes ab und durchbrach den Aufschlag seines Gegners zum 4:5. Den bei 6:6 fälligen Tiebreak holte er sich deutlich mit 7:1.

„Von diesem Punkt an hatte ich ein Gefühl, als flöge ich", meinte Lendl. McEnroe: „Ivan gelang wirklich alles. Nur wenn ich den ersten Satz gerettet hätte, hätte ich vielleicht noch eine Chance gehabt." So aber siegte Lendl und erhielt dafür 187 500 Dollar. „Nie habe ich ihn so gut gesehen wie heute", lobte McEnroe.





● Ein jubelnder Ivan Lendl (Foto oben) und ein zerknirschter John McEnroe (Foto rechts) – so endeten die offenen amerikanischen Tennis-Meisterschaften in Flushing Meadow. Seit nunmehr neun Jahren ist der in Greenwich (US-Bundesstaat Connecticut) lebende Tschechoslowake Ivan Lendl Tennis-Profi und mit über sieben Millionen Dollar Gesamt-Gewinnsumme einer der besten der Welt. 1984 wurde er in Paris französischer Meister – nach einem Sieg über John McEnroe. Nun wiederholte er diesen Triumph über den Amerikaner in dessen Heimatstadt New York.

FOTOS: AFP/AP

Claudia Kohde nach ihrem Sieg: „Dieser Titel bedeutet mir sehr viel"

dpa/sid, **Flushing Meadow**

Die Freude war groß, denn zum letzten Mal hatte 1937 eine deutsche Tennisspielerin einen Grand-Slam-Titel gewonnen: Hilde Sperling war das mit ihrem Sieg im Damen-Einzel bei den französischen Meisterschaften in Paris. Und nun hatten die Saarbrückerin Claudia Kohde und die Tschechoslowakin Helena Sukova im Finale des Damen-Doppels von Flushing Meadow die favorisierten Amerikanerinnen Martina Navratilova und Pam Shriver in drei Sätzen mit 6:7, 6:2 und 6:3 geschlagen. Ihr gemeinsamer Verdienst nach diesem Erfolg: rund 180 000 Mark.

Claudia Kohde sagte: „Dieser Titel bedeutet mir besonders viel, da ich zum erstenmal einen Grand-Slam-Titel gewonnen habe. Zwar kann man das Doppel nicht mit dem Einzel vergleichen, aber ich würde diesen Sieg trotzdem höher einstufen als meine Halbfinalteilnahme dieses Jahr in Paris. Seit der Niederlage im Wimbledon-Finale von Navratilova/Shriver sehen die anderen Teams auch, daß diese beiden zu schlagen sind. Wir haben ja auch meistens nur knapp verloren."

Nur einmal, 1937 durch das Doppel Gottfried von Cramm/Henner Henkel, hatte es bei den offenen amerikanischen Meisterschaften schon einmal einen deutschen Sieg gegeben. Edda Buding war 1961 mit der Mexikanerin Yola Ramirez erst im Endspiel gescheitert.

In den 89 Minuten des Finales wurde deutlich, daß Martina Navratilova ihre Final-Niederlage gegen Hana Mandlikova (CSSR) ebensowenig verkraftet hatte wie Pam Shriver ihr Ausscheiden im Viertelfinale gegen Steffi Graf (Heidelberg). Jedenfalls unterliefen dem weltbesten Doppel, das bis zu seiner Niederlage im Wimbledon-Finale 109 Siege in Reihenfolge und insgesamt elf Grand-Slam-Erfolge errungen hatte, ungewöhnlich viele Fehler.

Claudia Kohde und Helena Sukova, in Melbourne und Paris noch den Amerikanerinnen im Finale unterlegen, steigerten sich nach Verlust des ersten Satzes (5:7 im Tie-Break) enorm. Zwei Breaks zum 2:0 und 6:2 führten zum schnellen Gewinn des zweiten Satzes in nur 23 Minuten. Als Pam Shriver im letzten Durchgang ihren Aufschlag zu Null zum 1:3 verlor, war der letzte Widerstand gebrochen. Bei Aufschlag von Helena Sukova verwandelte die Tschechoslowakin den ersten von zwei Matchbällen zum Sieg.

Helena Sukova: „Jetzt haben wir endlich den kleinen Schritt gemacht, der nötig war, um die beiden zu schlagen. Die Chance wäre schon früher gewesen. Vielleicht könnte sich dieser Doppel-Sieg von uns jetzt auch für das Einzel positiv auswirken. Ich glaube, wir beide haben jetzt mehr Selbstvertrauen. Martina hat heute nicht sehr gut gespielt. Wahrscheinlich hatte sie die Niederlage gegen Hana Mandlikova im Damen-Endspiel noch nicht verdaut." Claudia Kohde: „Sie tut mir leid, denn jeder wartet nur auf ihre Niederlage."

Pam Shriver, Martina Navratilovas Doppelpartnerin, meinte denn auch: „Ich möchte mich trotzdem bei Martina bedanken, daß sie heute, einen Tag nach ihrer dramatischen Niederlage von gestern, sich bemüht hat, ihr Bestes zu geben."

Claudia Kohde hatte bereits vor dem Finale das Leistungshoch der deutschen Tennisdamen im Rahmen einer Pressekonferenz unterstrichen. Im Gegensatz zu einigen Kritikern, die die eindeutige Vormachtstellung Boris Beckers im Öffentlichkeitsinteresse bemängelten, schlug sich die Fünfte der Weltrangliste auf die Seite des Leimeners: „Ich glaube, der Boris hat uns mit seinen Erfolgen noch einmal einen Schub nach vorne verpaßt. Wir können von ihm nur profitieren."

Wie auch immer, nach Flushing Meadow gerät das Duell zwischen den Deutschen und den Tschechoslowaken in den Blickpunkt der Tennis-Welt. Kurz nach dem Daviscup können die deutsch-tschechoslowakischen Tennis-Wochen beim Federation-Cup in Tokio mit der möglichen Auseinandersetzung zwischen Claudia Kohde und Helena Sukova fortgesetzt werden.

Gesamtdeutsche Komödie: „Treffpunkt Leipzig"

Eine Wurscht für Rosi

Öffnen Se mal! Was haben wir denn da – Wurscht? Und was für 'ne Menge! Gönnen Se mir mal verraten, für wen das alles bestimmt is – die ganze Wurscht?" – „Eigenbedarf – schwör's Ihnen. Alles nur Eigenbedarf." – „Alles? Ja meint Ihr Westdeutschen denn, wir hätten nischt zu essen hier in der Republik?"

Dachrinnenfabrikant Kohlgrub, auf der Reise zur Leipziger Messe, beeilt sich, dem Volkspolizisten am Grenzübergang zu versichern, daß die ganze Wurscht eigene Hausschlachtung sei und natürlich nichts mit der Versorgungslage in der „DDR" zu tun habe. Sein Angebot, er möge sich doch eine Dose Blutwurst nehmen, lehnt der Volkspolizist erschrocken pflichtbewußt ab. Kohlgrub darf weiterfahren. Er freut sich auf seine alte Heimatstadt und auf Rosi, die Messefreundin, von der die

Treffpunkt Leipzig – ZDF, 19.30 Uhr

Ehefrau natürlich nichts wissen darf. Aber die kommt ja ohnehin erst später nach.

Daß Rosi wegen ihrer „Westkontakte" Schwierigkeiten hatte, verschweigt sie ihm, denn der gute Onkel aus dem Westen bringt ja Geschenke mit. Kohlgrub ist zwar etwas irritiert, daß ostdeutsche Handelspartner ziemlich viel von ihm wissen, aber das große Geschäft, das sich endlich abzeichnet, verwischt die Bedenken.

Und da ist ja auch noch die fröhliche Runde westdeutscher Mitaussteller, die sich seit Jahren nach anstrengenden Messetagen in Leipzigs traditionellem Lokal „Auerbachs Keller" trifft. Da geht es dann um die Geschäftsabschlüsse, die noch immer auf sich warten lassen, um die Familie daheim und um das schmückende Beiwerk solcher Messetage, um die kleinen Amouren mit willigen Leipzigerinnen. Wer achtet da schon bei Sektgeflüster auf ein lauschendes Pärchen am Nebentisch, das sich seinerseits erste Sporen in diesem Geschäft verdient?

Angesichts so unterschiedlicher Hoffnungen und Wünsche, die sich da zwischen Ost und West auftun, verwundert es nicht, wenn gelegentlich kleine Verwicklungen und unfreiwillige Komik den Messealltag in Leipzig bestimmen. Claus Legal, gebürtiger Schlesier, in Sachsen aufgewachsen und seit 20 Jahren beim ZDF tätig, will ja gerade mit seinem Erstlingswerk gewisse Schwächen der Deutschen hüben und drüben aufzeigen, wie sie nun mal im Brennspiegel einer Messe unter kommunistischer Regie besonders deutlich werden. Weil es kein politischer Film sein soll, weil er zur Toleranz unter Landsleuten ermuntert, wird die Komik zum tragenden Element, die oftmals den Alltag zwischen Ost und West in Deutschland bestimmt.

Heike Schroetter, die schon in der „DDR" einen Namen hatte, bevor sie nach ihrer Haft ausreisen durfte, spielt die Rosi; in die Rolle des Geschäftsmanns Kohlgrub ist Hansjoachim Krietsch geschlüpft. Zwei Songs, von Jürgen Klauß getextet und Frank Bartzsch und Peter Schirmann vertont, werden von Veronika Fischer gesungen. Bevor sie vor wenigen Jahren ausgebürgert wurde, war sie noch ein Topstar in Ost-Berlin.

So entstand eine deutsch-deutsche Komödie auf ernstem Hintergrund. Einige Szenen wurden in Berlin gedreht. So staunten Passanten in Spandau nicht wenig, als ihr Rathaus mit „DDR"-Spruchbändern „verschönt" wurde, ein Tegeler Ausflugslokal wurde zu einer Leipziger Disco umfunktioniert. Für den Regisseur war es nicht ganz einfach, sächselnde Berliner als Komparsen zu finden. Stilecht dagegen waren die „Trabbis", „Wartburgs" und „Moskwitschs", die für den messestädtischen Verkehr extra gechartert worden waren: sie streikten immer dann prompt, wenn die Kamera schon lief.

SIEGFRIED IHLE

Fälschen für Anfänger

Nea. – Die Scheinwerferhitze der Berliner Funkausstellung scheint einigen nicht bekommen zu sein. Was da zum krönenden Schluß in der ZDF-Sendung „Na sowas" abrollte, übertraf so ziemlich alles bisher Dagewesene. Schon die Idee, sich als Stargast den soeben wegen Betruges zu viereinhalb Jahren verurteilten Tagebücher-Fälscher Konrad Kujau einzuladen, läßt ernste Zweifel an der Urteilsfähigkeit der Verantwortlichen aufkommen. Mit einem intelligenten Moderator hätte sich der Schaden vielleicht noch begrenzen lassen. So aber stolperten der Fälscher und sein Moderator Thomas Gottschalk wie zwei Schmierenkomödianten von einer Peinlichkeit in die andere.

Ausgiebig durfte Kujau sich über sein Urteil, seine Richter, seine Opfer und die Justiz im allgemeinen lustig machen. Öffentlich konnte er zeigen, wie leicht es ist, eine Unterschrift zu fälschen. Ein ahnungsloser Polizist in Uniform diente als Demonstrationsopfer, der Berliner Justizsenator Rupert Scholz wurde als „Robert Stolz" durch den Kakao gezogen. Nächstens holt Gottschalk sich vielleicht einen Heiratsschwindler, der von seinen erotischen Abenteuern mit älteren Damen erzählt.

Offizieller Protest käme in diesem Fall fast einer Beleidigung derer gleich, die sich dann ernsthaft damit befassen müßten. Klüger wäre es, man verordnet solcherart sich im Kreise drehender und inzwischen offenbar im Kopf etwas schwindlig werdender TV-Unterhaltung eine Erholungspause.

Nebenbei: Nicht auszudenken, dieser unappetitliche, selbst beim Studiopublikum vereinzelte Proteste auslösende Auftritt hätte sich im Privatfernsehen abgespielt. Die Münder hätte man sich zerrissen ...

KRITIK

Nordisches im O-Ton Süd

Unlustige Lustspiele plätschern hierzulande haufenweise durch die TV-Kanäle. Gute und geistreiche Komödien hingegen findet man vielleicht einmal im Jahr auf dem Bildschirm. Das ist mittlerweile ein nationales Problem, dessen man sich im Lande der Dichter und Denker vielleicht einmal annehmen sollte.

Anlaß, diesen traurigen Zustand mal wieder zu beklagen, war August Hinrichs ländliche Komödie **Wenn der Hahn kräht** (ARD), original in Niederdeutsch, nun in der blau-weißen Fassung von Edmund Steinberger.

Doch trotz Beppo Brem und Maxl Graf flimmerte die Geschichte vom Bürgermeister, der im Suff fensterln wollte, als magere Brotzeit über den Bildschirm. Und doch gibt's da einen winzigen Unterschied zum Niederdeutschen und damit auch zum Hamburger Ohnsorg-Theater. Beide Mundarten haben ihren spezifischen Charme, ihre individuelle Dialektik von großer Direktheit, die bei den Norddeutschen Hintergründiges und schlitzohrigen Mystizismus andeuten. Die Bayern hingegen verströmen mit ihren Lauten stets Gemütlichkeit, Lebensfreude und Lust am Schabernack. Wirkt die Lustigkeit im Niederdeutschen mitunter ein wenig aufgesetzt, so kommen beide Elemente bei den Bayern unmittelbar „aus heiterem Herzen", so daß der Komödienstadel ein wirkliches norddeutsches Lustspiel immerhin noch so verwerten konnte, daß man den Abend nicht gänzlich als vertan abbuchen mußte.

AXEL MICHAEL SALLOWSKY

NACHRICHTEN

Hussing als Profi?

Oldenburg (dpa) – Peter Hussing, 37 Jahre alter Amateurboxer aus Siegen, erwägt, nach dem Erreichen der Altersgrenze Ende des Jahres als Profi zu boxen.

Lauda gegen Kyalami

Wien (dpa) – In einem Interview hat sich der österreichische Formel-1-Weltmeister Niki Lauda in Wien wegen der politischen Unruhen in Südafrika gegen eine Austragung des Großen Preises in Kyalami am 19. Oktober ausgesprochen.

Rummenigge erfolgreich

Frankfurt (sid) – Karl-Heinz Rummenigge, Fußballprofi beim italienischen Erstligaklub Inter Mailand, steuerte beim Saisonauftakt zwei Tore zum 3:1-Sieg seines Teams über Aufsteiger SC Pisa bei.

Tödlicher Motorradunfall

Zeltweg (AP) – Der österreichische Motorrad-Rennfahrer Herbert Zwickl ist am Sonntag den schweren Verletzungen erlegen, die er sich bei einem Sturz im Rennen der 500-Kubikzentimeter-Klasse der österreichischen Meisterschaften in Zeltweg zugezogen hatte.

Zwei zweite Plätze

Osijek (sid) – Jürgen Hartmann (Hegelsberg) und Ralf Brosowski (Mannheim) belegten bei den Europameisterschaften der Schützen im jugoslawischen Osijek jeweils den zweiten Rang. Mit der Freien Pistole lag Hartmann mit 295 Ringen einen Ring hinter dem Franzosen Claude Etchebers. Im Wettbewerb auf die laufende Scheibe siegte Tillo Weigel (UdSSR) mit 300 Ringen vor Brosowski (288).

Dritter Sieg für Simon

Donaueschingen (dpa) – Zum dritten Mal gewann der für Österreich startende Pfälzer Hugo Simon das mit 52 000 Mark dotierte internationale Springturnier „Großer Preis von Donaueschingen". Auf The Freak gewann er vor Werner Peters (Bargenstedt) auf Orchidee.

Profi in Budapest

Budapest (sid) – Als erster Amerikaner unterschrieb der 27jährige Basketball-Profi Sylvester Norris einen Einjahres-Vertrag bei einem ungarischen Klub in Budapest.

Die Häme und der Neid

Horst Blattgerste, der Verbands-Manager der Leichtathleten, hat in Uerdingen gesagt, man solle diese Saison so schnell wie möglich vergessen. Also Schwamm drüber, schnell noch alles unter den Teppich kehren und dann auf ein neues. Ein Lied, meine Herren, und der Rekord wird schon purzeln. Oder?

Was sich beim Mehrkampf-Europacup in Uerdingen zugetragen hat, war ein Präzedenzfall, ein Stück deutscher Spitzensport-Wirklichkeit. Ein Mann stellt sich, geht in aller Öffentlichkeit von einer Verletzung gehandicapt in die Knie – und muß sich dafür beschimpfen lassen.

Die Rede ist von Jürgen Hingsen, dem Weltrekordler im Zehnkampf, der Königsdisziplin der Leichtathletik. Nun mag den Hingsen-Kritikern zugestanden sein, daß er es ihnen seit eh und je leicht gemacht hat. Hingsen hat sich nie davor gescheut, sein Innenleben auszubreiten und seine verwundbaren Stellen zu offenbaren. Er hat sich für eine Illustrierte mit Goldfarbe lackieren lassen, um dann für das Titelfoto zu posieren. Er hat seine Jeannie geehelicht, nicht still und heimlich in einer kleinen Dorfgemeinde, sondern vor den laufenden Fernsehkameras. Er hat nach Olympia gemeinsam mit dem Gewichtheber Rolf Milser den Film „Drei und eine halbe Portion" gedreht, der zugegebenermaßen nicht gerade das Prädikat „künstlerisch wertvoll" verdient.

Das alles mag nicht jedermanns Geschmack sein, doch geschmacklos ist allemal, wenn jetzt mit unvergleichlicher Häme über einen Athleten hergezogen wird, der seit Jahren absolute Weltspitze ist.

Sicher, Hingsen hätte in den Tagen vor dem Europacup-Finale sagen können: Aus, es geht nicht, macht doch euren Zehnkampf alleine. Wäre es so gewesen, er hätte sich erst recht den Vorwurf gefallen lassen müssen, faul, feige und ein Simulant zu sein. Wäre er in Hochform gewesen, hätte er womöglich einen neuen Weltrekord aufgestellt. Aber auch das hätte man ihm angekreidet: Seht mal den Hingsen! Wenn Daley Thompson nicht am Start ist, dann kann er es. Aber sonst?

Nun ist es anders gekommen, weil Hingsen nicht nein sagen konnte. Jeder, der ihn bedrängte, wußte das. Haben sie ihn deshalb gedrängt: die Herren von den Bayer-Werken und die vom Deutschen Leichtathletik-Verband? Hingsen hat sie gewarnt, hat auf seine Verletzungen und auf seine fragwürdige Fitness hingewiesen. Er hat um einen Test vorher gebeten und um Nachsicht, wenn dieser schiefgehe. Aber es war ja alles in den Wind gesprochen.

Einer sprach gar nicht mit ihm, der es hätte tun müssen: Bundestrainer Wolfgang Bergmann. Er hat den besten Zehnkämpfer seiner Mannschaft vor sich hinwerkeln lassen, hat ihn weder befragt noch gestützt. Aber aufgestellt hat er ihn! Fragt da niemand nach der Rolle, die Bergmann in diesem Trauerspiel abgibt? Fragt niemand im Verband, ob Bergmann nicht in erster Linie der Mainzer Heimtrainer des Olympiadritten Siegfried Wentz ist? Fragt ihn niemand, ob er es nicht an Sorgfalt und Verantwortung mangeln ließ? Ob der Fall Hingsen nicht die Summe seiner Eifersüchteleien und seiner Führungslosigkeit ist?

Abgestiegen in die B-Gruppe sind die deutschen Zehnkämpfer. Dort, wo sie beileibe nichts zu suchen haben. Das habe man Jürgen Hingsen und dessen Heimtrainer Norbert Pixken anzulasten? Man denke nur einmal an das Europacup-Debakel Mitte August in Moskau. Damals hieß es, man brauche endlich Athleten, die sich für die Mannschaft zerreißen würden. Was anderes hat denn Hingsen getan, als er mit dickbandagiertem Oberschenkel antrat?

Um es noch einmal festzuhalten: Jürgen Hingsen hat versäumt, nein zu sagen. Das mag ihm angekreidet werden. Doch viel schlimmer ist die Rücksichslosigkeit und die Häme, mit der ein Athlet in eine Ecke gestellt wird, in die er nicht gehört. Viel schlimmer ist, wie auf seinem Rükken um Ämter und Pfründe geschachert wird – und wie billig ist es, über jemanden zu lachen, der so töricht war, ehrlich zu sein.

STAND ● PUNKT

KLAUS BLUME

ZAHLEN

TENNIS

Offene Meisterschaften der USA in Flushing Meadow, Finals, Herreneinzel: Lendl (CSSR) – McEnroe (USA) 7:6, 6:3, 6:4; **Damendoppel:** Kohde-Kilsch/Sukova (Deutschland/CSSR) – Shriver/Navratilova (USA) 6:7, 6:2, 6:3; **Mixed:** Navratilova/Günthardt (USA/Schweiz) – Smylie/Fitzgerald (Australien) 6:3, 6:4.

MOTORSPORT

Großer Preis von Italien in Monza, zwölfter Lauf zur Formel-1-WM: 1. Prost (Frankreich) McLaren-Porsche 1:17:59,451 Stunden, 2. Piquet (Brasilien) Brabham-BMW 0:51,635 Minuten zurück, 3. Senna (Brasilien) Lotus-Renault 1:00,350 zurück, 4. Surer (Schweiz) Brabham-BMW 1:00,609 zurück, eine Runde zurück: 5. Johansson (Schweden) Ferrari, 6. de Angelis (Italien) Lotus-Renault – **WM-Stand:** 1. Prost 65 Punkte, 2. Alboreto (Italien) Ferrari 53, 3. de Angelis 31.

LEICHTATHLETIK

Mehrkampf-Europacup in Krefeld-Uerdingen: **Zehnkampf der Männer**, Endstand **Einzelwertung:** 1. Voss („DDR") 8352 Punkte, 2. Newski (UdSSR) 8321, 3. Degtjarjow (UdSSR) 8206, ... 5. Wentz 8118, ... 8. Rizzi (beide Deutschland) 7606. – **Mannschaftswertung:** 1. UdSSR 24 639 Punkte, 2. „DDR" 24 550, 3. Polen 22 564 (Deutschland nicht im Klassement). – **Siebenkampf der Frauen**, Endstand **Einzelwertung:** 1. Paetz („DDR") 6595 Punkte, 2. Schubenkowa (UdSSR) 6481, 3. Thiele („DDR") 6460, 4. Braun 6323, ... 6. Everts 6243, ... 8. Nusko 6096, ... 13. Dressel (alle Deutschland) 5744. – **Mannschaftswertung:** 1. „DDR" 19 108 Punkte, 2. UdSSR 18 841, 3. Deutschland 18 662.

FUSSBALL

Zweite Bundesliga, 8. Spieltag: Wattenscheid 09 – Darmstadt 98 2:0 (2:0); Tabellenspitze 1. Fortuna Köln 12:4 Punkte, 2. Wattenscheid 09 11:5, 3. Stuttgarter Kickers 10:6.

WM-Qualifikation, Concacaf-Gruppe, Finalrunde: Honduras – Costa Rica 3:1; Ozeanien-Gruppe: Israel – Taiwan 5:0.

GALOPP

Rennen in Krefeld: 1. Rennen: Severus (G. Bocskai) vor Helikon und Windhüter, Toto: 36/12, 12, 14, ZW: 124, DW: 524, 2. Rennen: Scesaplana (P. V. Gilson) vor Negri und Gipsy Emperor, Toto: 40/20, 30, 164, ZW: 164, DW: 432, 3. Rennen: Majordome (G. Bocskai) vor Adesso und Saphiros, Toto: 48/13, 13, 18, ZW: 136, DW: 684, 4. Rennen: Schützenreiter (P. Remmert) vor Preußenkrone und Ulanka, Toto: 56/17, 18, 13, ZW: 332, DW: 1788, 5. Rennen Opella (F. Furler) vor Marsvogel und Sauseschritt, Toto: 44/14, 22, 20, ZW: 116, DW: 416, 6. Rennen: Star Spartan (P. V. Gilson) vor Prairie Rocky und Ordensstern, Toto: 56/15, 15, 22, ZW: 268, DW: 1684, 7. Rennen: Pikante (G. Ording) vor Septime und Bombafu, Toto: 20/15, 20, 19, ZW: 132, DW: 944, 8. Rennen: Corsar (P. Alafi) vor Lederstrumpf und Aarkaiser, Toto: 28/13, 30, 16, ZW: 240, DW: 1264, 9. Rennen: Hexer (E. Harzheim) vor Bernadette und Nachtgraf, Toto: 168/46, 46, 34, ZW: 1948, DW: 11 972, 10. Rennen: Bergpanther (M. Werning) vor Mamboro und Tullio, Toto: 56/19, 12, 12, ZW: 156, DW: 568.

ARD | ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info Verbraucher
Übergangszeit – Vorratszeit
10.00 heute
10.03 Der Weibertausch
11.35 Der Sport-Spiegel
12.10 Wie würden Sie entscheiden?
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.00 Fury
15.25 Jim Knopf und die Wilde 13
2. Teil: Vom Magnetberg in die Wüste
15.55 Wolff und Rüffel
16.00 Tagesschau
16.10 Frauengeschichten
Grete Weil, Schriftstellerin
Ausgerechnet im Fach Deutsch rasselte die Schriftstellerin Grete Weil durch das Abitur. Der Grund: sie sei nicht nationalistisch genug. Trotzdem gelang ihr – wenn auch viele Jahre später – der Durchbruch. Carin Braun porträtiert die 79jährige Künstlerin, die unter anderem „Meine Schwester Antigone" verfaßte.
16.55 Spaß am Dienstag
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Was bin ich?
Mit Robert Lembke
21.00 Report
Ein Spiel ist aus – Die bundesdeutsche Spionageabwehr / Aufwärts oder abwärts? – Vorerst „Vorwärts" / Hans Jochen Vogel: Ein Oberlehrer mit Manieren? / Naturkatastrophen – hausgemacht
Moderation: Günther von Lojewski
21.45 Magnum
Schule der Schnüffler
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt Film
Internationale Filmfestspiele Venedig '85
Bericht von Wolf Donner
0.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Computer-Corner
Für Computer-Freaks und solche, die es werden wollen
16.20 John gehört zu uns
Kanadischer Jugendfilm (1979)
Da sich in ihrem Heimatstädtchen kein geeigneter Theaterplatz findet, ziehen die Websters mit ihrem mongoloiden Sohn John und ihren gesunden Kindern in die Großstadt Toronto.
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Unternehmen Kokosnuß
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Treffpunkt Leipzig
Fernsehfilm von Claus Legal
Mit Hansjoachim Krietsch, Heike Schroetter u. a.
Regie: Jürgen Klauß
21.12 Mach mit – der Umwelt zuliebe
21.15 WISO
Internationale Automobilausstellung – Boom nach der Flaute / Vorruhestand: Teure Ruhe vor der Rente / Wohnungsmarkt: Ist der Mieter schon König? / Tip: Freifahrt für Schwerbehinderte – Abwarten genügt
Moderation: Hans-Ulrich Spree
21.45 heute-journal
22.05 Live aus München:
Das kleine Fernsehspiel
Spielraum: Doppelgänger
Der Spielraum beschäftigt sich heute mit Zwillingen – ihre Erfahrungen, Probleme und Besonderheiten im Umgang mit anderen
Anschl. heute

SAT 1

15.00 Black Beauty
15.30 Musicbox
16.30 Mork vom Ork
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
18.00 Alle meine Lieben
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Gentlemen-Killers
Englischer Spielfilm (1962)
Mit Peter Sellers u. a.
20.30 Kulturmagazin
Der Autor Sten Nadolny
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Die Verdammten der blauen Berge
Englischer Spielfilm (1964)
23.40 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

19.00 heute
19.30 Shenzhen – Chinas Experiment mit dem Kapitalismus
20.30 Ringstraßenpalais
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

19.18 Karlchen
19.22 RTL-Spiel
19.30 Knight Rider
20.20 RTL-Spiel
20.30 Identifikation einer Frau
Ital.-franz. Spielfilm (1982)
22.45 Wie geht's?
22.53 Zeichentrick für Erwachsene
23.05 Horoskop
23.10 Betthupferl

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
20.45 Rückblende
Vor 50 Jahren: Sven Hedins letzte Expedition
21.00 Formel Eins
21.45 Leben ohne Leiden
Ein Dorf für Behinderte
22.15 Deutschlandbilder
Jo Leinen – Vom Bürgerschreck zum Minister
23.00 Auslandsmagazin
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Penkoflitz Nr. 5
19.00 Rockpalast

HESSEN
18.30 Penkoflitz Nr. 5
19.05 Formel Eins
Die ARD-Hitparade mit Ingolf Lück
Gemeinschaftsprogramm

NORD / HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Dialog
Neue Reihe mit Fritz J. Raddatz
Gast: Der Wiener Bildhauer Alfred Hrdlicka.
21.15 Ich und Du
Schweigen trennt – Streiten verbindet
22.15 Gefühls-Sachen
23.00 Schach dem Weltmeister
23.30 Nachrichten

SÜDWEST
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Hilfe bei Akne
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Von der Seele geschrieben
20.45 Bericht aus Stuttgart
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Talkshow
Nur für das Saarland:
20.15 Magazin Saar 3
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Bankraub des Jahrhunderts
Englischer Spielfilm (1959)
22.40 Avanti! (14)
23.10 Nachrichten

BAYERN
19.00 Hokuspokus
Deutscher Spielfilm (1953)
20.30 Damals in Berlin
20.40 Z. E. N.
20.45 Die Sprechstunde
Hilfe bei Akne
21.30 Rundschau
21.45 Spiegelbilder
22.30 Der Sport-Stammtisch
23.15 Rundschau

Ihre Schnellverbindung nach Fernost.



Der beste Service auf Langstrecken sind kürzere Flugzeiten. Denn ein Flug kann noch so bequem sein, der Service noch so perfekt, nach Stunden an Bord zählt jede Minute, die man früher ankommt. Mit Lufthansa ist man auf vielen Strecken schneller am Ziel als mit anderen Fluggesellschaften. Durch weniger Zwischenlandungen hat Lufthansa auf den meisten Fernost-Routen die Flugzeiten erheblich verkürzt: Bombay, Delhi und Karachi nonstop, Bangkok, Hong Kong (in Zusammenarbeit mit Cathay Pacific), Kuala Lumpur, Peking, Seoul (in Zusammenarbeit mit Korean Air), Singapur und Tokyo mit nur einem Stop. Nutzen Sie unsere guten Verbindungen. Dann kommen Sie schneller ans Ziel.



Buchung und Beratung in Ihrem Reisebüro mit Lufthansa Agentur.

Niedersachsen will eigene Smog-Verordnung

Erfahrungen aus Nordrhein-Westfalen ausgewertet

MICHAEL JACH, Hannover

Einem doppelten Ziel will die niedersächsische Landesregierung mit ihrer Smog-Verordnung genügen, die im Herbst dieses Jahres in Kraft treten soll: Gesundheitsschäden von der Bevölkerung abzuwenden, „Überreaktionen" in der Bevölkerung aber zu vermeiden. Entsprechende Erfahrungen mit dem Smog-Alarm vom Januar dieses Jahres in Nordrhein-Westfalen spielten dabei offenbar eine maßgebende Rolle. Dies ergibt sich aus dem jetzt fertiggestellten, der WELT vorliegenden Verordnungsentwurf.

Anwendung finden wird die Verordnung in den hauptsächlich Smog-gefährdeten Gebieten der Landeshauptstadt Hannover, der Nachbarstädte Braunschweig und Wolfenbüttel, der Schwerindustriezone Peine/Ilsede und dem nördlichen Vorharz mit Goslar (Stadtteil Oker) sowie Bad Harzburg (Stadtteil Harlingerode).

In Göttingen wurde soeben ein einjähriges Meßprogramm abgeschlossen, das über den Gefährdungsgrad der in der Luft enthaltenen Schadstoffe Aufschluß geben soll. Das Netz der derzeit 32 ständigen Meßstationen des „Lufthygienischen Überwachungssystems Niedersachsen" (LÜN) erstreckt sich über die ausgewiesenen Gefahrengebiete hinaus auch auf die meeresnahen Industrie- und Metallhütten-Standorte Emden, Nordenham und Wilhelmshaven.

Der Entwurf aus Hannover übernimmt – ähnlich wie schon Nordrhein-Westfalen und Hessen – im wesentlichen die Empfehlungen der Länder-Umweltminister vom Herbst 1984, in denen Grenzwerte der zulässigen Schadstoffmengen angegeben worden sind. Zugleich zeigt sich aber das Land bestrebt, gewisse zwangsläufige psychologische Folgen des „Gefährdungs"-Begriffs einzugrenzen. „Wir kehren nicht ‚Handlungsfähigkeit' heraus, wo es objektiv nicht nötig ist", heißt es dazu.

Künftig werden die Industrie- und Handwerksbetriebe, deren Anlagen unter die Bestimmungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes fallen, vor Smog-Gefahr gewarnt, sobald die Wetterentwicklung mangelnden Luftschichten-Austausch („Inversion") erwarten läßt. In diesem Stadium sollen sie freiwillig den Energieverbrauch drosseln und schwefelärmste Brennstoffe einsetzen.

Lehren ziehen will Niedersachsen auch aus der Tatsache, daß der jüngste Januar-Smog ein Schwefeldioxid-Smog war, verursacht mithin von Industrie- und Kraftwerken. Kohlen- und Stickoxide, wie sie von Kraftfahrzeugen ausgestoßen werden, waren daran nahezu unbeteiligt. Demgemäß beschränkt der niedersächsische Verordnungsentwurf die vorgesehenen Verkehrseinschränkungen auf die Kernstädte von Hannover und Braunschweig, sobald die erste Alarmstufe ausgerufen werden muß. Da erfahrungsgemäß meist Schwefeldioxid der auslösende „Signalschadstoff" ist, sollen Autoräder in der Regel erst dann stillstehen, wenn zugleich bedenkliche Stickoxidwerte gemessen werden.

Insgesamt demonstriert die Regierung Albrecht, was die Smog-Vorbeugung angeht, ein reines Gewissen. Über die bevorstehende Entschwefelung der Kraftwerke hinaus sollen bis 1989 alle Energieanlagen im Lande mit Entstickungsfiltern ausgerüstet sein. „Nahezu machtlos sind wir" – dies wird unermüdlich betont – „gegen die Emissionen, die über unsere Grenzen kommen."

Dozentin äußerte sich gegen die Abtreibung – Vertrag nicht verlängert

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Die Musikprofessorin Adelgunde Mertensacker sagte ihren Studenten Sätze, die sich auch in einer Broschüre des Bundesfamilienministeriums wiederfinden: „Das menschliche Leben beginnt mit der Zeugung." Und: „Abtreibung ist Tötung eines Menschen in der Entwicklung." Die Reaktion des Dortmunder Instituts der Musikhochschule Westfalen-Lippe: Der Lehrauftrag der Dozentin wurde nicht mehr erneuert. Frau Mertensacker hatte die offensichtlich als anstößig gewerteten Bemerkungen im Rahmen eines von ihr betreuten Seminars für 220 künftige Musiklehrer gemacht.

Anhörung in der Institutskonferenz

Am 17. September wird sich die 38. Institutskonferenz der Dortmunder Hochschule unter Anhörung der Professorin mit der Sache beschäftigen. Doch die seit 20 Jahren an der Musikhochschule als Dozentin, als hauptamtliche Professorin und Lehrbeauftragte wirkende 45jährige Frau Mertensacker, Mutter von drei Adoptivkindern, weiß: „Die Studenten werden ihren Sieg nicht aus der Hand geben wollen – sie haben eine ‚andere Ausrichtung' gefordert und damit meine Abberufung durchgesetzt."

Im Kündigungsbrief für sie hatte Dekan Professor Wolfgang Benfer geschrieben: „Es gibt keine absolute Wahrheit, es gibt keine absolute Moral". Persönliche Meinungen könnten nicht Gegenstand von Lehrveranstaltungen sein.

In dem vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit in großer Auflage verbreiteten Heft zur Diskussion um den Paragraphen 218 unter dem Tiel „Das Leben vor der Geburt" heißt es zur Frage „Wann beginnt der Mensch Mensch zu sein?": „Das Leben vor der Geburt beginnt, wenn die reife weibliche Eizelle mit einer männlichen Samenzelle verschmilzt. Von diesem Tag an fängt eine Entwicklung an, die erst mit dem Tod endet".

Der Kölner Rechtsanwalt Georg Meinecke, der Frau Mertensacker für die bevorstehenden Auseinandersetzungen berät, ist der Ansicht, daß seine Mandatin „die Wahrheit gelehrt hatte, von der ein Großteil unserer Bevölkerung heute absolut nichts mehr wissen will". Und die Betroffene selber, die weiß, daß sie nach dem Verlust ihres Lehrstuhls angesichts 80 Bewerber, die sich für eine Dozentur in ihrer Hochschule bewerben, aus dem Beruf „raus" ist, hat eine zusätzliche Erklärung. Die von den Studenten gewünschte „andere Ausrichtung" im Fach Erziehungswissenschaft solle die „nicht-christliche" sein.

„Ein Mensch ist Mensch von Anfang an"

Dazu schrieb ihr der Leiter der Schule, Professor Friedrich Wilhelm Schnurr: „Grundsätzlich steht Ihnen selbstverständlich das grundgesetzlich geschützte Recht zu, Ihre Lehrmeinung in Wort und Schrift frei zu äußern. Ebenso selbstverständlich kann aber daraus nicht ein Recht folgen, daß ein Lehrauftrag immer wieder erneuert wird. Ein Alternativangebot kann im Gegenteil sinnvoll und wünschenswert sein – wenn nicht gleichzeitig, dann eben notgedrungen nacheinander".

Der Humanembryologe Professor Blechschmidt aus Freiburg/Breisgau hat in die Diskussion mit einem „Offenen Brief" an den Dekan der Hochschule eingegriffen. Er schrieb: „Ebensowenig wie ein Musikwerk von Beethoven oder Mozart … seinem Wesen nach erst allmählich ‚ein Beethoven' oder ‚ein Mozart' wird, sondern von Anfang an und als Ganzes ein Wert des jeweiligen Komponisten, ebensowenig wird der Mensch erst Mensch, sondern ist es von Anfang an". Für einen eventuellen Prozeß im Fall Mertensacker stellt Blechschmidt sich als Sachverständiger zur Verfügung.

Unterstützung von der Bundesärztekammer

Für die Bundesärztekammer hat deren Präsident Karsten Vilmar in einem Brief an Frau Mertensacker geschrieben: „Mit Ihrer Definition haben Sie (in der Vorlesung d.R.) das wiedergegeben, was nach der Berufsordnung der deutschen Ärzte als Neufassung des Hippokratischen Eides zum Beginn des menschlichen Lebens ausgesagt wird. Diese Meinung habe ich für die Ärzteschaft als deren Präsident noch kürzlich öffentlich und bei vielen Gelegenheiten betont: sie ist auch unstrittig in den entsprechenden, mit diesen Fragen befaßten wissenschaftlichen Disziplinen und Gremien".

Unter Übersendung solcher Texte hat Rechtsanwalt Meinecke die für den 17. September zusammentretende Institutskonferenz grundsätzlich und in unmißverständlicher Form auf die Pflichten von Dozenten an Hochschulen hingewiesen: „Aufgabe aller Hochschullehrer ist es …, die Wahrheit zu lehren und die verfassungsmäßige Ordnung zu wahren."

Gravierende Fehler im Hamburger Strafvollzug

Senatorin Leithäuser rückt ins Zentrum der Kritik

UWE BAHNSEN, Hamburg

Der Tod eines 51jährigen Justizbeamten, dessen Leiche am vergangenen Freitag abend in seiner Wohnung im Hamburger Stadtteil Uhlenhorst gefunden wurde, hat die Zustände im skandalumwitterten Strafvollzug der Hansestadt und die politische Verantwortung der Justizsenatorin Eva Leithäuser (SPD) erneut in den Brennpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Als Täter – sie haben inzwischen gestanden – nahm die Kriminalpolizei am Wochenende zwei Männer im Alter von 30 und 21 Jahren fest. Der ältere der beiden war seit drei Monaten zur Fahndung ausgeschrieben, nachdem er von einem Ausgang nicht in die Fuhlsbüttler Haftanstalt zurückgekehrt war. Er hatte noch bis Juni 1986 eine Haftstrafe wegen Diebstahls zu verbüßen. Vor elf Jahren war er wegen Mordes zu einer Jugendstrafe verurteilt worden.

Dies ist der jüngste Fall eines Kapitalverbrechens, das von einem nach einer Vollzugslockerung nicht zurückgekehrten Häftling verübt wurde. Im Januar 1983 hatte sich ein in etwa vergleichbarer Vorgang ereignet, als eine 72jährige Rentnerin von einem allerdings regulär beurlaubten Strafgefangenen vergewaltigt und ermordet wurde. Die Liste der Strafgefangenen, die bei Ausführungen entweichen konnten oder einen Urlaub zum Abtauchen benutzten, hat mittlerweile so gravierende Ausmaße angenommen, daß der Rechtsausschuß der Hamburger Bürgerschaft sich mit den Zuständen in „Santa Fu" zu beschäftigen hatte. Parallel dazu durchleuchtet eine unabhängige Kommission den Strafvollzug der Hansestadt, um Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten.

Inzwischen liegt der Bericht des Rechtsausschusses vor. Er enthält Tatbestände, die auch vor dem Hintergrund des von allen Parteien bejahten Resozialisierungsvollzuges die Bewertung „Schlamperei" verdienen. Ein Räuber, der zu sieben Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden war, von seinem ersten Ausgang nicht zurückkehrte und dann von der Anstaltsleitung schriftlich zur Fahndung an die Polizei gemeldet wurde, wobei dieses Ersuchen dort drei Tage später einging – dieser Fall zählt zu den eher noch leichteren Vorgängen aus dem Sammelsurium von Unbegreiflichkeiten, das die Parlamentarier zusammentrugen.

Schwerer wiegt schon, was der Bericht unter dem Stichwort „Sachverhalt Kempski" mitzuteilen hat: Der Mörder Jürgen-Siegfried Kempski war am 11. September vergangenen Jahres nach einem Arztbesuch im Allgemeinen Krankenhaus Barmbek von einem Komplizen, der Urlaub aus der Haftanstalt Fuhlsbüttel erhalten hatte, gewaltsam befreit worden. Zuvor hatte sich im Krankenhaus „eine Person" erkundigt, wann denn „der Herr Kempski" zur Behandlung komme. Dieses auffällige Interesse teilte das Krankenhaus der Haftanstalt mit. Im Bericht heißt es dazu: „Der Vollzugsleiter hat den Anstaltsleiter informiert. Die Anstalt hat den Vorfall so eingeschätzt, daß nichts weiter zu veranlassen sei."

Die vom Rechtsausschuß untersuchten Fälle haben alle eines gemeinsam: Sie zeigen, daß der Strafvollzug in der Hansestadt dringend der Reform bedarf, und sie lassen peinlich deutlich werden, daß die Justizsenatorin Eva Leithäuser dieser Aufgabe nicht gewachsen ist. Das wird auch von gut informierten Sozialdemokraten nicht mehr bestritten.

Kompromiß für deutsch-deutsches Kulturabkommen

● Fortsetzung von Seite 1

teiligung wünschenswert wäre, Stücke aus ihrem von Ost-Berlin begehrten sogenannten „Altbestand" zur Verfügung stellt. Dies bezieht sich auf Sujets, die bis 1947 – dem formalen Ende Preußens durch alliierten Kontrollratsbeschluß – vorhanden waren. Nach diesem Jahr von der Stiftung erworbene Stücke, also neuer Bestand, wird abweichend von der grundsätzlichen Antihaltung mitunter geduldet.

● Als Beispiele für diese flexible Haltung können die Luther-Ausstellung in Nürnberg (1983) und zwei Ausstellungen aus diesem Jahr dienen: „Ornamenta Ecclesiae" (Köln) und „Stadt im Wandel" (Braunschweig).

● Bisher hielt die politische Museums-Einheit von Bund und Berlin – beide gehören zu den Trägern der Stiftung – allen „DDR"-Verführungen stand: In jüngerer Zeit waren nur die Organisatoren der Ludwig-Richter-Ausstellung in Hannover bereit, den „DDR"-Alleinvertretungsanspruch auf den Meister heimeliger Genre-Bilder häuslichen Friedens hinzunehmen. Die Bilder und Gaben, die man an der Leine ausstellte, stammten aus Dresden.

● Besonders in ihrer effektvollen Auslandsarbeit zeigt sich die „DDR" der jeweiligen Lage angepaßt: Kann Ost-Berlin im vielfach umworbenen Ausland – vor allem in den NATO-Ländern Italien, Großbritannien, Benelux oder in Frankreich – durch Ausstellungen einen politisch ummünzbaren Imagegewinn erwarten, dann dürfen von Fall zu Fall auch angeblich widerrechtlich vorenthaltene Preußen-Pretiosen neben Glanzstücken aus mitteldeutschen Schatzkammern stehen.

● Mit zwei Gesetzestexten betreibt Ost-Berlin sogar eine Art „Annexionspolitik" gegenüber deutschem Kulturgut. So bezieht beispielsweise die „Verordnung über den staatlichen Museumsfonds der Deutschen Demokratischen Republik" von 1978 und das „Kulturschutzgesetz" von 1980 ausdrücklich alles an Werten ein, was sich bis 1945 auf dem heutigen Boden der „DDR" befand.

Besonders kurios, ja makaber, stellen sich Boykott und Argumentation Ost-Berlins gegenüber der Stiftung auf juristischem Feld dar. Bonn müsse die vereinnahmten Gegenstände schon deshalb herausrücken, weil dies der Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten entspreche. Als ob die Bundesrepublik Deutschland und die „DDR" Kriegsgegner gewesen seien …

Abseits der zähen Verhandlungen über das Kulturabkommen gibt es noch genügend Material für deutsch-deutsche Kunst-Tauschaktionen: Bei der Stiftung lagern noch immer kleinere Bestände aus Heimatarchiven, Münzsammlungen oder anderen Miniatur-Konvoluten aus heutigen „DDR"-Städten wie Magdeburg, Dresden, Greifswald, Schwerin oder Weimar.

Auf der anderen Seite liegen in den Magazinen mitteldeutscher Museen Stücke, die während des Krieges ins heutige Bundesgebiet verschlagen wurden und hier im Fundus lagern.

Neue Kabel-Strategie

Hauseigentümer kritisieren „drastische Anhebung"

PETER JENTSCH, Bonn

Mit einer neuen Strategie, die eine veränderte Gebührenstruktur und mehr private Initiativen vorsieht, will die Bundespost die Rentabilität der Verkabelung durch höhere Anschlußdichten und niedrigere Investitionen verbessern. Wie Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling gestern erklärte, erfolgt die neue Gebührenstruktur in Anlehnung an den „überaus erfolgreichen" Betriebsversuch „Wohnanlagen". Durch diese Kampagne konnten in elf Monaten 5733 Verträge mit 136 000 Wohnungen abgeschlossen werden.

So sieht die Bundespost eine Anhebung der einmaligen Anschlußgebühren für Einzelhäuser vor. Bei Wohnanlagen werden sie jedoch zunehmend degressiv gestaltet. So soll die Gebühr für den Anschluß eines Einzelhauses ab Januar 1986 von bisher 500 Mark auf 750 Mark steigen. Für Häuser mit zwei bis vier Wohnungen soll der Anschluß nur noch 450 Mark kosten; er ermäßigt sich schließlich bei elf bis 100 angeschlossenen Wohnungen auf 25 Mark.

Je mehr Wohnungen jedoch an einem Übergabepunkt angeschlossen seien, desto geringer werde die laufende monatliche Gebühr: Bei 100 Wohnungen sinke sie von neun auf 6,26 Mark. Im Laufe des Jahres 1987 soll für die Einspeisung der TV-Satelliten-Programme in die Kabelnetze eine Gebühr von 2,40 Mark je Wohneinheit erhoben werden.

Diese Strategie, so betonte Schwarz-Schilling, werde den Bestand an verkabelten Wohnungen erhöhen. Während die Einnahmen der Post aus der Verkabelung 1984 noch bei 97 Millionen Mark lagen, erreichten sie 1985 rund 150 Millionen, 1986 erwartet die Post 250 Millionen Mark.

Schließlich sollen verstärkt private Initiativen im Bereich des Ausbaus der Kabelfernsehnetze gefördert werden. So sollen u. a. private Netze künftig auch auf öffentlichem Grund und Boden zugelassen und Programme an private Antennenbetreiber „herangeführt" werden.

Dieser Schritt sowie die Senkung der Anschlußgebühren für größere Wohnanlagen wurde vom „Bundesverband Kabel und Satellit" (BKS), der die Interessenten aus der Industrie und der privaten Kabelnetzbetreiber vertritt, begrüßt. Kritik übte dagegen der Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer an der „drastischen Anhebung" der Gebühren für Einfamilienhäuser. Er wandte sich vor allem dagegen, daß der Mengenrabatt erst in Gebäuden mit mehr als zehn Wohnungen wirksam werde.

Streit um Streikrecht?

FDP will Neutralitätspflicht der Bundesanstalt gesetzlich regeln

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Freien Demokraten streben in der Arbeits- und Sozialpolitik eine stärkere Profilierung gegenüber der CDU/CSU an. Sie wollen sich dabei unterschiedliche Auffassungen innerhalb der Reihen des Koalitionspartner zu Nutzen machen. So forderte gestern das FDP-Präsidium, noch in diesem Jahr die Neutralitätspflicht der Bundesanstalt für Arbeit bei Streiks gesetzlich neu zu regeln – ein für die Union schwieriges Problem.

Die Neuregelung soll zusammen mit der Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes, mit der die Arbeitslosengeldzahlungen an ältere Erwerbslose verlängert und Maßnahmen zur Qualifikation verbessert werden sollen, vorgenommen werden. Darüber hinaus wollen die Liberalen in der nächsten Legislaturperiode gesetzliche Regeln zum gesamten Streikrecht durchsetzen. Nach der Beratung und einem Treffen mit Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) bekräftigte Generalsekretär Helmut Haussmann den Willen zur Beitragsreduzierung in der Arbeitslosenversicherung als „Einstieg in die Abgabensenkung".

Die FDP wird, so Haussmann, jetzt „als Steuersenkungs- und Sozialsicherungspartei" die Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften „offensiv" führen: „Wir sind es leid, uns als Partei des Sozialabbaus diffamieren zu lassen." Weiter meinte er, der Rücktritt von SPD-Schatzmeister Hans-Jürgen Wischnewski zeige eine „strukturelle Richtungsänderung" bei den Sozialdemokraten. Dadurch habe die FDP „auch ein Angebot für die Wähler der Mitte". Gleichzeitig begrüßte er, daß an den Gesprächen der Tarifparteien mit Bundeskanzler Helmut Kohl künftig auch die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) teilnimmt. Weil die Dreier-Runde nicht die politische Verantwortung des Parlaments ersetze, sollten die Koalitionsfraktionen im Vorfeld stärker beteiligt werden.

Der Vorsitzende der FDP-Kommission Arbeitskampfrecht, der bayerische Parteichef Manfred Brunner, begründete die Notwendigkeit eines Gesetzes über die Neutralitätspflicht der Nürnberger Anstalt mit den letzten Arbeitskämpfen: Wenn wegen 60 000 Streikender die Behörde 600 000 zumindest zu Kurzarbeit gezwungene Arbeitnehmer unterstützen müsse, sei das „ein Eingriff in die Waffengleichheit". Der Staat würde so „unfreiwillig" für eine Tarifpartei tätig. Die FDP werde das Verschieben einer Regelung nicht zu lassen. Die CDU/CSU sei im „Irrtum", daß der Staat nur dann handeln müsse, wenn Gewerkschaften und Arbeitgeber sich nicht einigen könnten.

Auch wegen des Streikrechts kritisierte Brunner die Union, die „offensichtlich den Eindruck" habe, „es nützt ihr, wenn sie das Problem etwas vernebelt". Es dürften aber nicht Arbeitnehmer- und Funktionärsinteressen verwechselt werden. Der „Respekt" der Gewerkschaften sei nicht durch „Anpassung, sondern durch Klarheit in den Positionen" zu gewinnen. So solle es künftig eine gesetzliche Pflicht zur Urabstimmung geben. Damit würde verhindert, daß Gewerkschaften die Abstimmung unterlaufen könnten. Festgelegt werden müßten auch die Grenzen zwischen Warn- und Erzwingungsstreik, die Zulässigkeit von Streiks und Aussperrung sowie die Friedenspflicht.

Noch kein Kurswechsel

Mk. – Daß der Bauernverband sich für seine Klientel stark macht, gehört zum Ritual. Beachtenswert sind jedoch diesmal die Form und der Inhalt. Zum einen schlägt der Verband gegenüber der Bundesregierung sehr viel moderatere Töne an, was wohl zeigt, daß er mit der Politik zufrieden ist. Zum anderen fordert er direkte Einkommensübertragungen und keine Hilfen, die beim Preis oder Umsatz anknüpfen.

Bedeutet dies schon einen Kurswechsel? Leider nicht. Vielmehr dürfte die Einsicht überwiegen, daß anderes gegenwärtig kaum durchsetzbar ist, und es sich leichter auf ein Gesetz, das noch beraten wird, draufsatteln läßt. Wäre die Bereitschaft vorhanden, grundsätzlich umzudenken, also anzuerkennen, daß über höhere Preise angesichts der vorhandenen Überschüsse den Landwirten nicht in dem Maße geholfen wird, wie die Kosten steigen, dann hätte die Forderung ein ganz anderes Gewicht.

Aber der Bauernverband fährt zweigleisig. Er plädiert für höhere Preise und für höhere Subventionen. Allerdings mehren sich die Stimmen, die angesichts der gewaltig steigenden Belastung für die Überschußverwaltung für die direkte Einkommenshilfe eintreten. Dieses Instrument ist nicht nur zielgenauer, es kommt auch bei den Landwirten an. Und es werden Anreize zur Produktionsausdehnung vermieden.

Schwieriger Fischfang

Von DOMINIK SCHMIDT

Die Regierungschefs der vier norddeutschen Küstenländer treffen sich regelmäßig, um ein Mehr an länderübergreifenden Gemeinsamkeiten zu schaffen. Auch die Wirtschaftsminister und -senatoren und ihre Kollegen aus anderen Ressorts konferieren mehrmals im Jahr. Gegen die Institutionalisierung dieser Gespräche ist nichts einzuwenden. Miteinander reden ist wichtig und oft auch nützlich, etwa wenn es darum geht, gegenüber Bonn mit nur einer Stimme zu sprechen. Gelegentlich aber kommen Zweifel an der Ernsthaftigkeit einer Zusammenarbeit.

Ein Beispiel sind die Querelen zwischen den Ländern Niedersachsen und Bremen um die Gründung einer Einheitsreederei für die deutsche Hochseefischerei. Handfeste regionale Interessen haben das Projekt scheitern lassen, noch bevor es ernsthaft verhandelt wurde. Das jetzt gefundene Modell, das die Gründung einer Fangunion GmbH im niedersächsischen Cuxhaven und parallel dazu einer „Bremerhavener Hochseefischerei-Gesellschaft" vorsieht, ist allenfalls die zweitbeste Lösung. Müßig ist es, jetzt noch der Frage nach den Gründen für das Nichtzustandekommen des ursprünglichen Plans nachzugehen – die Würfel sind gefallen.

Inzwischen sitzen die Kontrahenten wieder an einem Tisch. Es geht ums Geld, und zwar um solches aus Bonn. Die Bundesregierung hat deutlich gemacht, daß finanzielle Hilfen für die Neukonstruktion der deutschen Hochseefischerei nur dann zu erwarten sind, wenn ein gemeinsames Konzept vorliegt. Ohnehin müssen gegenüber früheren Forderungen Abstriche gemacht werden. Wurde noch zur Jahresmitte von 80 Millionen DM gesprochen, so dürfte der Rahmen jetzt bei 30 Millionen liegen.

Um die Verteilung dieses Kuchens geht es bei den andauernden Gesprächen zwischen Niedersachsen und Bremen. Die Zeit drängt. Am 17. September nämlich will das Bundeskabinett über die endgültige Höhe und die Form des Engagements entscheiden. Dies setzt voraus, daß die beiden Länder sich noch in dieser Woche einigen. Grundsätzlich scheinen die Positionen geklärt zu sein, wenngleich zu den bisher erzielten Ergebnissen Stillschweigen bewahrt wird. Offensichtlich geht es noch um Einzelfragen.

Die Ausgangslage für die beiden künftigen Gesellschaften ist klar: Die niedersächsische Fangunion verfügt über fünf Fangfabrikschiffe und vier Frischfischfänger. Inzwischen hat Hannover der landeseigenen Seefischmarkt Cuxhaven GmbH eine Bürgschaft von zwölf Millionen DM für die Gründung der Fangunion avisiert. Davon sind fünf Millionen für den Ankauf von zwei Schiffen der Hochseefischerei Nordstern AG, Bremerhaven vorgesehen. Der Seefischmarkt soll sich mit 41 Prozent an der Fangunion beteiligen.

Die Bremerhavener Gesellschaft setzt sich aus nur einem Fangfabrikschiff und drei Frischfischfängern, die das Land Bremen erworben hat, zusammen. Bereedert werden sollen die Schiffe durch die Hamburger Reederei Pickenpack, die ihren Sitz nach Bremerhaven verlagert.

Bremens Wirtschaftssenator Werner Lenz geht davon aus, daß jeweils die Hälfte der Bonner Mittel nach Bremerhaven und nach Cuxhaven fließen, weil beiden Standorten die gleichen Voraussetzungen für den Fortbestand geboten werden müssen. Niedersachsen dagegen stellt sich auf den Standpunkt, daß die Flottenstärke das entscheidende Merkmal für den Förderschlüssel ist.

Fest steht mittlerweile, daß keine der beiden Seiten sich finanziell an der jeweils anderen Gesellschaft beteiligen wird. Denkbar allerdings wäre ein Modell, das die Gründung einer Dachgesellschaft für die beiden Hochseefischereien vorsieht. Dabei spielt auch Bremens Entscheidung eine Rolle, den Landbetrieb in Bremerhaven nicht fortzuführen.

Mit dem verbleibenden Rest der deutschen Hochseefischerei-Flotte werden sich die Probleme der Branche entschärfen. Derzeit hat die Bundesrepublik Anspruch auf eine Quote von 214 000 Tonnen Hochseefisch. Gut die Hälfte davon, nämlich 124 000 Tonnen, stammen aus Quoten außerhalb der EG-Gewässer (Grönland, Kanada). Die daraus erwachsenden politischen Risiken sollen, wenn sie akut werden, letztlich durch die Bundesregierung gedeckt werden – einer der wenigen Punkte, die Niedersachsen und Bremen auf einen gemeinsamen Nenner bringen.

AGRARPOLITIK / „Den Landwirten drohen erhebliche Einkommenseinbußen"

Bauernverband fordert von Bonn neue Subventionen von 400 Millionen

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Weitere Subventionen von 350 bis 400 Millionen Mark für die Altershilfe der Landwirte hat gestern das Präsidium des Deutschen Bauernverbandes gefordert, obwohl die Hilfen in diesem Jahr ohnehin aufgestockt werden sollen. Der Parlamentarische Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, Georg Gallus, hat deutlich gemacht, daß man um weitere direkte Einkommensübertragungen nicht herumkommen werde.

„Mit Getreidepreisen, die bis zu zehn Prozent unter denen des Vorjahres liegen, und Bullenpreisen, die nicht einmal mehr drei Viertel des angestrebten Marktordnungsniveaus erreichen, müssen die bäuerlichen Familien in der Bundesrepublik erneut große Erlöseinbußen in Milliardenhöhe hinnehmen", hat das Präsidium des Bauernverbandes auf seiner gestrigen Sitzung festgestellt. Das Bonner Landwirtschaftsministerium hat bisher noch keinen Überblick. Allerdings weisen selbst Experten des Bauernverbandes darauf hin, daß auch die Anhebung der Vorsteuerpauschale um fünf Prozentpunkte in der Mehrwertsteuer berücksichtigt werden müsse. Sie trat bereits zum 1. Juli vergangenen Jahres in Kraft, obwohl der Abbau des Grenzausgleichs, der zu entsprechenden Preissenkungen führte und durch die höhere Vorsteuerpauschale kompensiert werden soll, erst zum 1. Januar umgesetzt wurde.

Jedenfalls sieht der Verband die Regierung „gefordert, zumindest in der nationalen Agrarpolitik weiteren Schaden von den bäuerlichen Familien fernzuhalten". In der Altershilfe drohten allgemeine Beitragssteigerungen von mehr als 30 Prozent, obwohl die Bundesmittel von 75 auf 79 Prozent der Geldleistungen der Alterskassen angehoben werden sollen. Der Entwurf der Bundesregierung befindet sich in der parlamentarischen Beratung.

Nach Angaben des Landwirtschaftsministeriums ist die genannte Beitragserhöhung allenfalls die Obergrenze. Genaue Angaben fehlten noch. Eine Anhebung des bisherigen Einheitsbeitrages von 129 Mark monatlich gilt trotz der höheren Bundesleistungen als notwendig, weil immer weniger aktive Bauern für immer mehr Rentner aufkommen müßten, die Bundesleistungen jedoch plafondiert sind.

Der Bauernverband fordert nun die unverzügliche Heraufsetzung der Bundesmittel auf 79 Prozent der Gesamtaufwendungen der Alterskassen. Diese Änderung der Bemessungsgrundlage, denn auch die Kosten für Verwaltung und Rehabilitation beispielsweise sollten bezuschußt werden, würde 350 bis 400 Millionen Mark erfordern. Der bayerische Bauernverband hatte als Vorreiter 300 Millionen verlangt. Nur so ist nach Meinung der Verbände die zusätzliche Entlastung einkommensschwächerer Betriebe tatsächlich fühlbar.

Die Bundesregierung will durchsetzen, daß die Landwirte je nach ihrer Wirtschaftskraft Beitragsnachlässe von 25, 50 und 75 Mark im Monat erhalten. Würde der Vorschlag des Bauernverbandes umgesetzt, dann würde jeder Betrieb um den gleichen Betrag zusätzlich entlastet, was sich bei kleineren Höfen prozentual stärker auswirken würde.

Der Parlamentarische Staatssekretär Georg Gallus hat in diesen Tagen darauf hingewiesen, daß die preispolitischen Möglichkeiten zur Sicherung der bäuerlichen Einkommen begrenzt seien. Jede Preisanhebung bedeute höhere Ausgaben für die EG-Kasse. Auch dürften von Agrarpreisen keine Anreize zur Produktionssteigerung ausgehen. Er erinnerte daran, daß direkte Einkommensübertragungen bereits an mehreren Stellen angewendet würden. So erhielten die Landwirte in den benachteiligten Gebieten eine Ausgleichszulage.

Auch in der Milchrente sieht er ein Instrument, um die Reduzierung der Kapazitäten zu erreichen. In der zweiten Aktion, die am 12. September anläuft, können auch Teile der Referenzmenge zum Aufkauf durch den Staat angeboten werden. Je 1000 Kilogramm Milch besteht die Wahl zwischen einer einmaligen Zahlung von 700 Mark oder fünf gleichen Jahresraten über insgesamt 800 Mark. Die aufgekauften Mengen werden stillgelegt.

FRANKREICH

Raffinerien sterben langsamer als in den Nachbarländern

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Später als die meisten anderen westlichen Industriestaaten hat Frankreich mit der Anpassung seiner Raffinerie-Kapazitäten an den Mineralölverbrauch begonnen. Obwohl dieser auch hier seit dem ersten Ölschock von 1974/75 fast kontinuierlich zurückgegangen ist, wurden die Kapazitäten zunächst noch ausgeweitet und erreichten 1982 mit 140 Mill. Tonnen Rohöldurchsatz einen historischen Rekord. Seitdem wurden sie durch die Stillegung von acht Raffinerien auf 110 Mill. Tonnen reduziert.

Dadurch konnte die von 80 Prozent 1981 auf 65 Prozent 1983 geschrumpfte Kapazitätsausnutzung 1984 stabilisiert werden. Sie droht jetzt aber erneut zurückzugehen, da der zwischen Mitte 1983 und Mitte 1984 leicht gestiegene Mineralölverbrauch erneut schrumpft. Deshalb will jetzt Shell seine Raffinerie von Pauillac schließen, während Elf in Ambès und Esso in Fos-sur-Mer begrenzte Stillegungen planen. Voll aufrecht erhalten haben bisher nur Total und Mobil ihre Kapazitäten. Total, die über besonders moderne Anlagen verfügt, rückte schon letztes Jahr an die erste Stelle mit einer Kapazität von 27,9 Mill. Tonnen, gefolgt von Elf (23,3), Esso (16,0), Mobil (8,8), BP (8,5) und der Shell-Elf-Mobil-Tochter Reichstett (4,2) Mill. Tonnen.

Beim französischen Mineralölverband hält man weitere Stillegungen nicht für erforderlich, obwohl noch bedeutende Atomkraftwerke entstehen. Bis dahin könnte aber der Ölverbrauch, vor allem bei weiter sinkenden Preisen und besserer Konjunktur, wieder steigen. Allerdings wird auf Drittmärkten eine zunehmende Konkurrenz der in den Ölproduzentenländern entstehenden neuen Raffinerien erwartet. Schon im letzten Jahr schrumpfte deshalb die französische Ölproduktenausfuhr auf 13 (13,5) Mill. Tonnen.

Demgegenüber importierte Frankreich 70 (69) Mill. Tonnen Rohöl und 20 (23) Mill. Tonnen Ölprodukte im Rahmen von Einfuhrkontingenten, die die Regierung festsetzt. Die Produktenimporteure müssen sich verpflichten, 80 Prozent der Produkte aus EG-Ländern auf Grund von Terminverträgen – also ohne Spotmarkt Rotterdam – zu beziehen.

Auf diese Weise sollen die französischen Ölproduktbezüge von erratischen Preisschwankungen unabhängiger gemacht werden. Indirekt werden dadurch allerdings auch die Raffinerien begünstigt. Sie sind im Inland einem geringeren Wettbewerb von billigen Spot- und Opecprodukten ausgesetzt.

Gleichwohl häufen sich ihre Verluste. Nach 7,6 Mrd. Franc 1984 erreichten sie in der 1. Hälfte dieses Jahres vier Mrd. Franc. Aber die Regierung glaubt jedenfalls den beiden staatlich kontrollierten Mineralölkonzernen Elf und Total ein „Sicherheitsopfer" angesichts ihrer hohen Gewinne in anderen Geschäftszweigen (Ölförderung) zumuten zu können.

AUF EIN WORT

» Die Themen Qualität und gesunde Ernährung haben für die Verbraucher einen ebenso hohen Stellenwert wie Genuß und Bequemlichkeit. Der intensive Wettbewerb innerhalb der Industrie und der weiterhin zunehmende Druck des Handels, in dem die Fusionswelle unvermindert anhält, geben dabei jedoch wenig preispolitischen Spielraum. «

August Oetker, persönlich haftender Gesellschafter der Oetker-Gruppe, Bielefeld FOTO: TEUTO PRESS

BENZINPREISE

Tanken wird wieder teurer

dpa/VWD, Hamburg

Die Benzinpreise in der Bundesrepublik, die infolge eines erbitterten Kampfes um Marktanteile in den letzten 14 Tagen um bis zu 14 Pfennig zurückgangen waren, ziehen wieder an. Vorreiter war am Montag mit Preiserhöhungen bis zu 11 Pfennig je Liter Benzin und Super die Agip, Tochter des italienischen ENI-Konzerns.

Drastische Erhöhungen waren jedoch in Hamburg auch bei Tankstellen an Supermärkten zu beobachten. Ziel ist offensichtlich die Wiederherstellung des alten Preisniveaus vor dem ersten Preissturz am 27. August.

Die großen Markengesellschaften Aral, Esso, BP, Shell und Texaco hatten zwar – wie eine dpa/VWD-Umfrage ergab – am Montag bei Benzin und Super noch nicht nachgezogen, doch will die BP die Preise noch in dieser Woche erhöhen. Termin und Ausmaß stünden aber noch nicht fest.

Texaco und Shell ließen ebenfalls keinen Zweifel daran, daß eine Anhebung notwendig sei, und der größte Tankstellenbetreiber Aral hat zwar noch nichts beschlossen, wies aber darauf hin, daß sich die Verkaufspreise immer weiter von den Einstandspreisen entfernt hätten. Gestiegen ist bereits der Dieselpreis. Diesel war am Montag stellenweise teurer als Superbenzin.

VERSCHULDUNG

Blockfreie: Lage ist unerträglich

AFP, Luanda

Die Konferenz der Blockfreien Staaten in Luanda hat in einer gesonderten Stellungnahme die Verschuldung der Dritten Welt als „unerträglich" bezeichnet, gleichzeitig aber die grundsätzliche Bereitschaft der betroffenen Länder zur Rückzahlung ihrer Verbindlichkeiten angekündigt.

Die am Wochendende verabschiedete Entschließung stellt einen Kompromiß dar. Kuba hatte einen totalen Schuldenerlaß gefordert. Der Gastgeber Angola hatte einen Entwurf vorgelegt, in dem die Verschuldung „unter moralischen, politischen und wirtschaftlichen Aspekten" als „nicht bezahlbar" bezeichnet wurde. Solchen harten Erklärungen widersetzen sich die gemäßigten Delegationen, allen voran Saudi-Arabien.

In dem verabschiedeten Text wird die Mitverantwortung der Gläubigerländer bei der Entstehung des Schuldenberges der Dritten Welt betont, welcher inzwischen an eintausend Milliarden Dollar herangekommen ist. Es werden „dringende Maßnahmen" zugunsten jener Staaten gefordert, die durch die Rückzahlungen überfordert sind.

Die Kosten für die wirtschaftliche Anpassung der Entwicklungsländer, heißt es ferner, müßten auf beide Lager verteilt und die Bedingungen der Kreditvergabe revidiert werden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Neue Wertpapierpensionen

Frankfurt (VWD) – Die Deutsche Bundesbank gewährt der Kreditwirtschaft eine neue, zeitlich begrenzte Liquiditätshilfe zu einem Festzins von 4,60 Prozent (Mengentender). Wie die Bundesbank mitteilte, beträgt die Laufzeit für die neuen Wertpapierpensionen 28 Tage (11. September bis 9. Oktober 1985). Diese Ausschreibung von neuen Wertpapierpensionen ist vor dem Hintergrund von 4,3 Mrd. DM Fälligkeiten alter Wertpapierpensionen am 11. September zu sehen, die zu einem Zins von 4,80 Prozent gewährt worden waren.

Ölverbrauch geht zurück

Paris (dpa/VWD) – Der Ölverbrauch in den OECD-Ländern im 2. Vierteljahr 1985 ist nach ersten Schätzungen der Internationalen Energieagentur (IEA) im Vergleich zum selben Vorjahreszeitraum um 3,5 Prozent zurückgegangen. Im 3. Quartal werden die westlichen Industrieländer nach Schätzung der IEA drei Prozent weniger Energie verbrauchen als ein Jahr zuvor.

Kredit für Tunesien

Luxemburg (dpa/VWD) – Die Europäische Investitionsbank (EIB) hat sieben Mill. Ecu (15,75 Mill. DM) für Investitionen in landwirtschaftlichen Genossenschaften Tunesiens bereitgestellt. Mit dem zu 5,75 Prozent verzinsten Darlehen sollen vor allem die Infrastruktur sowie Viehzucht und Obstplantagen in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften gefördert werden.

Wärme aus Kraftwerken

Frankfurt (dpa/VWD) – Zwölf Prozent der 1984 in der Bundesrepublik genehmigten 310 000 Wohnungsneubauten erhalten Heizenergie aus Kraftwerken. Wie die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) mitteilte, war für 17 600 Wohnungen Fernwärme vorgesehen und für 19 300 Wohnungen ein Elektroheizsystem. 1979 wählten die Bauherren nur für acht Prozent ihrer Wohnungen Wärme aus Kraftwerken.

Dollar klettert weiter

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Kurs des US-Dollar kletterte gestern weiter. Sein amtlicher Mittelkurs wurde in Frankfurt mit 2,9455 Mark um dreieinhalb Pfennig höher notiert als am Freitag (2,9105 Mark). Die Deutsche Bundesbank griff nicht offiziell in die Kursfindung ein. Die Feinunze Gold wurde am Vormittag in London mit 320,20 (317,40) Dollar fixiert; der Kilobarren kostete in Frankfurt 30 220 (29 870) Mark.

Jugend-Arbeitslosigkeit nimmt ab

Arbeitslose Jugendliche unter 20 Jahren (jeweils Durchschnitt Januar-Juli)

1980: 66720 · 81: 95490 · 82: 149230 · 83: 190620 · 84: 165290 · 85: 152910

Zu den Lichtblicken auf dem Arbeitsmarkt gehört die sinkende Zahl arbeitsloser Jugendlicher unter 20 Jahren. In den ersten sieben Monaten des Jahres lag sie bei durchschnittlich 152 910. Das waren fast 38 000 weniger als im gleichen Zeitraum 1983. Die Jugendarbeitslosenquote sank von neun auf annähernd sieben Prozent. QUELLE: GLOBUS

Hohes Wachstum

Peking (dpa/VWD) – China erwartet für 1985 eine Steigerung des Bruttosozialprodukts um mehr als 13 Prozent. Wie die Wirtschaftszeitung „Jingij Ribao" unter Berufung auf das Statistische Amt in Peking berichtet, dürfte die wertmäßige Zuwachsrate für die Agrar- und Industrieproduktion während des Ende dieses Jahres auslaufenden Fünfjahresplans bei durchschnittlich 10,2 beziehungsweise elf Prozent im Jahr liegen.

Industriestaaten kritisiert

Seoul (AP) – Zum Abschluß ihrer fünftägigen Konferenz in Seoul haben 24 bedeutende Textilexport-Staaten die Abschafffung der Beschränkungen und Regulierungen des internationalen Textilhandels gefordert. In einer einstimmig angenommenen Entschließung sprachen sie sich dafür aus, das 1986 auslaufende Welttextilabkommen nicht mehr zu verlängern. Die Exportländer äußerten ihre Sorge über die Tendenz der Industriestaaten, insbesondere der USA, zum Schutz der eigenen Produzenten die Textileinfuhren zu beschränken. Die im US-Kongreß eingebrahten Schutzgesetze ständen im Widerspruch zu den Regeln des Welthandelsabkommens Gatt.

EXPORTE

Die Niederlande wurden zweitgrößter Handelspartner

adh. Frankfurt

Der Handel zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden wird in diesem Jahr erstmals die 100-Milliarden-Mark-Grenze überschreiten. Damit rücken die Niederlande hinter Frankreich zum zweitstärksten Handelspartner auf. Mit gut 23 Mrd. DM setzten die deutschen Exporteure im ersten Halbjahr knapp 14 Prozent mehr in den Niederlanden ab als in der entsprechenden Vorjahreszeit und erreichten damit einen Anteil von 21 Prozent an den gesamten holländischen Einfuhren.

Die deutschen Lieferanten haben besonders die steigende Investitionsgüternachfrage in den Niederlanden gut genutzt, meint die Deutsch-Niederländische Handelskammer und verweist auf ein Plus von 43 Prozent bei den Maschinenbauexporten. Die stark gestiegene Importnachfrage in den Niederlanden sorgte nach Angaben der Kammer erstmals für ein sinkendes Defizit im Handel mit dem Nachbarland; es macht im ersten Halbjahr noch 66,5 Mrd. DM aus und ist damit 4,6 Prozent kleiner als im Vorjahr.

Die deutschen Importe aus den Niederlanden sind im ersten Halbjahr mit plus neun Prozent auf 25,6 Mrd. DM langsamer gestiegen als die deutschen Ausfuhren. Überdurchschnittlich stiegen dabei wiederum die Bezüge an Rohöl, Mineralölprodukten und Erdgas (plus 13 Prozent auf 10,75 Mrd. DM).

Den weiteren Schwerpunkt der niederländischen Lieferungen in die Bundesrepublik bilden traditionell Nahrungsmittel wie Fleischwaren und Molkereiprodukte sowie Salat und Gemüse.

LEBENSHALTUNG / Eine Untersuchung der Schweizerischen Bankgesellschaft

In Lagos und Tokio ist es am teuersten

JAN BRECH, Hamburg

Lagos, Tokio, New York und Abu Dhabi sind gegenwärtig die teuersten Städte der Welt. Dies geht aus einer Untersuchung der Schweizerischen Bankgesellschaft hervor, die 49 internationale Großstädte umfaßt. Unter den deutschen Städten ist Nordrhein-Westfalens Metropole Düsseldorf ausgesucht worden.

Die Gesamtkosten für einen Warenkorb mit 119 Gütern und Dienstleistungen (ohne Mieten), dessen Gewichtung der Ausgabestruktur mitteleuropäischer Haushalte nahekommt, liegen in Lagos 109 Punkte über dem Durchschnitt aller internationalen Städte (Zürich = 100). Ihre absolute Spitzenposition dürfte die nigerianische Metropole den rigorosen Importrestriktionen des Landes verdanken.

In Tokio ist das Leben um 85 Prozent teurer als in Zürich, in New York um 66 Prozent und in Abu Dhabi um 64 Prozent. Auf den Spitzenpositionen liegen ferner die US-Großstädte Chicago, Houston und Los Angeles sowie Manama (Bahrain), Dschidda und Oslo.

Düsseldorf liegt 15 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt und gehört damit erstaunlicherweise zu den 15 billigsten der 49 untersuchten Städte. Am wenigsten kostet der Warenkorb in Lissabon, Rio de Janeiro, Istanbul und Bangkok.

Nicht überall, wo das Leben teuer ist, wird auch viel verdient. Die Höchstverdiener der Welt sind die Nordamerikaner und die Schweizer. Bei einem gewichteten Stundenlohn von zwölf verschiedenen Berufen liegen vor Zürich (= 100) Genf (103), Toronto (106), Montreal (109), Houston (113), Chicago (129), Los Angeles (136) und der Spitzenreiter New York mit 142 Prozent. Die niedrigsten Löhne werden in Bangkok, Kairo, Jakarta, Manila und Bombay gezahlt.

Das Lohnniveau in diesen Städten erreicht nur zwölf bis 16 Prozent des Durchschnitts aller 49 Städte. In Düsseldorf wird gut ein Viertel weniger als in Zürich verdient. In Lagos, dem teuersten Pflaster der Welt, liegt das Lohnniveau sogar um stattliche 77 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt.

Am meisten leisten mit dem verdienten Geld kann man sich in Genf und in Los Angeles. Bezogen auf den Preis des gesamten Warenkorbs liegt der Kaufkraftindex der dort erzielten Bruttolöhne um vier und sieben Prozent über dem von Zürich. Es folgen Luxemburg (100), Amsterdam und Montreal (je 96), Chicago (93) und Toronto (92). Gemessen an der Kaufkraft ist Düsseldorf mit 87 Indexpunkten noch vor New York (85). Am Schluß rangieren Madrid, Athen und Lissabon.

BRASILIEN / Hohe Inflationsrate bereitet Sorgen

Harte IWF-Verhandlungen

dpa/VWD, Rio de Janeiro

Brasilien – mit über 100 Mrd. Dollar das höchstverschuldete Land der Welt – wird seit knapp sechs Monaten von zivilen Politikern regiert. Doch bisher ist nicht erkennbar geworden, wie die von Präsident José Sarney geführte Regierung mit der katastrophalen wirtschaftlichen Erblast fertig werden könnte, die ein 21jähriges Militärregime dem größten lateinamerikanischen Volk hinterlassen hat.

Nachdem Ende August die höchste Inflationsrate der brasilianischen Geschichte errechnet wurde (14 Prozent in einem Monat), befürchten Bankiers, daß die Geldentwertung ein Ausmaß wie in Argentinien erreichen könnte. Brasiliens Regierung hat die Inflatioin als Hauptfeind der Wirtschaftsentwicklung ausgemacht. Doch zu durchgreifenden Maßnahmen hat sie sich bisher nicht verstanden. Sie versucht die Sanierung mit einer Vielzahl von kleineren Eingriffen in den Wirtschaftsprozeß und verfolgt damit etwa die gleiche Linie wie das abgedankte Militärregime.

Die Inflation wird besonders durch das weiter wuchernde Defizit der öffentlichen Haushalte angefacht. In den ersten sieben Monaten 1985 wurde das Defizit mit 35,6 Billionen Cruzeiros kalkuliert (rund 14 Mrd. DM). Regierungskreise in Brasilia schließen nicht aus, daß es bis Jahresende auf 100 Billionen Cruzeiros (rund 40 Mrd. DM) anwachsen könnte. Diese Ausgabenexplosion wird befürchtet, obwohl die Regierung Sarney erst im Juli eine Kürzung des damals erwarteten Defizits 1985 von 108 Billionen Cruzeiros auf 69 Billionen Cruzeiros beschlossen hatte.

Das steigende Defizit der öffentlichen Haushalte ist der kritische Punkt bei den Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF). Der Währungsfonds hatte die Brasilianer aufgefordert, als Voraussetzung für ein neues Abkommen über die Wirtschaftssanierung das Defizit bis Ende dieses Jahres auf Null zurückzufahren.

Ohne ein solches Abkommen sind die internationalen Banken nicht bereit, mit Brasilien eine längerfristige Regelung für die Bedienung der Auslandsschulden auszuhandeln. Schon jetzt sind die Banken entgegengekommen, indem sie die Abmachung aus dem vergangenen Jahr bis Anfang 1986 verlängert haben. Bis dahin wird weiterhin Brasilien nur Schuldzinsen bezahlen, aber keine Tilgungen leisten.

Das Wirtschaftswirrwarr stürzte Brasiliens „neue Republik" in ihre erste Regierungskrise. Als sich der Inflationsrekord des Monats Juli abzeichnete, traten Finanzminister Francisco Dornellés sowie das gesamte Direktorium der Zentralbank zurück. Dornelles und Lemgruber wollten von Anfang an einen strikten Sparkurs bei den öffentlichen Haushalten fahren, konnten sich damit bei Staatspräsident José Sarney aber nicht durchsetzen.

Brasiliens neuer Finanzminister Dilson Funaro sowie der mächtige Planungsminister Joao Sayad – ein Wachstumsbefürworter – wollen jetzt das Wunder vollbringen: Wachstum bei gleichzeitiger Drosselung der Inflation ohne zu starke Kürzungen im Staatshaushalt. Für das kommende Jahr wollen sie zu diesem Zweck einen nationalen Entwicklungsplan ausarbeiten. Auf dem Programm stehen Steuererhöhungen, Zinssenkungen, Drosselung der Staatsausgaben, Verminderung der Inflation.

GROSSBRITANNIEN / Ausländer eroberten fast 60 Prozent vom Pkw-Markt

Rekordabsatz von deutschen Autos

PETER BAUER, London

Der deutsche Autoabsatz in Großbritannien rollt immer schneller. Der August 1985 hat den Autokonzernen der Bundesrepublik einen Rekordabsatz von knapp 75 000 Personenwagen gebracht. Damit konnten sie ihre Verkäufe vom August 1984 um nicht weniger als 20 000 Fahrzeuge oder um rund 36 Prozent übertreffen. Ihr Anteil am britischen Gesamtmarkt beträgt damit bereits 20 Prozent. Insgesamt lieferten die in- und ausländischen Hersteller im August 1985 in Großbritannien 373 253 Personenwagen (plus 23 Prozent) aus. Die Importmarken hatten daran einen Anteil von 219 280 (August 1984: 184 533) Wagen.

Durch den hervorragenden August-Absatz stieg der Verkauf der deutschen Firmen in den ersten acht Monaten dieses Jahres um 10,2 Prozent auf insgesamt 280 823 Pkw. Der britische Gesamtmarkt ist hingegen nur um 5,31 auf 1,36 Millionen Fahrzeuge gewachsen. Die ausländischen Hersteller brachten 797 828 (737 044) Pkw unter und hatten damit einen Marktanteil von nicht weniger als 58,7 Prozent.

Unter den deutschen Firmen hat die VW-Audi-Gruppe im Berichtsmonat den Absatz um fast 50 Prozent auf 21 097 (14 559) Pkw erhöht. In den ersten acht Monaten 1985 wurden damit in Großbritannien 80 413 (70 561) VW- und Audi-Modelle verkauft. BMW verdoppelte den eigenen Absatz im August auf 7333 (3709) Stück und verkaufte im Januar-August-Zeitraum 25 874 (17 698) Pkw. Ford (Köln) fand im Berichtsmonat 26 031 (27 048) britische Kunden. Die Gesellschaft hat seit Januar 105 410 (98 892) Pkw in Großbritannien ausgeliefert.

Aus deutschen Opel-Werken lieferte General Motors im August 16 680 (9414) Pkw nach Großbritannien und seit Jahresanfang 54 763 (55 396) Stück. Daimler Benz konnte das August-Ergebnis ebenfalls deutlich verbessern und verkaufte 3637 (2037) Einheiten. In den ersten acht Monaten haben die Stuttgarter 13 663 (10 614) ihrer Wagen im Vereinigten Königreich an den Mann gebracht. Porsche macht keine monatlichen Angaben.

Um zu verstehen, wie wichtig der britische Markt für die deutsche Automobilindustrie geworden ist, muß man sich vor Augen halten, daß die deutschen Hersteller dort inzwischen mehr Autos verkaufen als die drei rein britischen Automobilkonzerne British Leyland, Jaguar und Rolls-Royce zusammengenommen und doppelt so viele wie alle japanischen Konkurrenten. Unter Einschluß von Ford (Köln) und Opel, die die großen britischen Ford- und General Motors-Töchter aus der Bundesrepublik mitbeliefern, ist der britische Exportmarkt damit für die deutschen Automobilwerke insgesamt gesehen fast genau so wichtig geworden wie der amerikanische, obwohl VW, Audi, BMW, Mercedes und Porsche in den USA jeweils erheblich größere Absatzzahlen als in Großbritannien erreichen. (dpa/VWD)

HANDEL / „EG-Zuschüsse haben für die USA keine Nachteile gebracht"

Japan wehrt Reagans Vorwürfe ab

dpa/VWD, Brüssel/Tokio

Die EG-Kommission wehrt sich gegen die Anklagen des US-Präsidenten. Reagan hatte am Wochenende die Europäische Gemeinschaft, Japan, Brasilien und Südkorea aufgefordert – unter Androhung von Sanktionen – angeblich unfaire Handelspraktiken abzustellen. Die EG-Kommission und die japanische Regierung haben die Vorwürfe gestern zurückgewiesen.

Die EG-Kommission betonte, daß die Hilfen zur Umwandlung von Obsterzeugnissen vor allem an Betriebe in den Mittelmeerländern (Italien, Frankreich, Griechenland) gezahlt würden. Dort sollten sie auch dazu beitragen, die Einkommen der Kleinerzeuger zu erhalten. Die Hilfen seien überdies in den vergangenen Jahren drastisch abgebaut worden. Für Pfirsiche seien die Hilfen 1984 (im Vergleich zu 1983) um 20 Prozent und 1985 erneut um zwölf Prozent eingeschränkt worden. Bei Birnen habe der Rückgang 1983 (im Vergleich zu 1982) 25 Prozent, 1984 (zu 1983) zehn Prozent und 1985 (zu 1984) sieben Prozent betragen.

Die EG-Zuwendungen für die Konservierung von Pfirsichen und Birnen haben sich nach Angaben der Brüsseler Behörde nicht zum Nachteil für den US-Handel ausgewirkt. Die USA hätten ihre traditionellen Exportmärkte nicht eingebüßt, und ihr Obstkonserven-Export in die EG sei in den vergangenen acht Jahren relativ stabil geblieben.

Der Kommissionssprecher verwies darauf, daß sich bereits ein Gatt-Ausschuß mit diesen Hilfen beschäftigt habe. Ob sie zu Wettbewerbsverzerrungen führen, werde derzeit noch diskutiert.

Reagan hatte im Handelskonflikt mit der EG am Wochenende eine neue Runde eingeläutet, als er ankündigte, daß Washington zu Gegenmaßnahmen greifen werde, falls die EG ihre Handelsschranken nicht bis zum 1. Dezember dieses Jahres abbaue.

Im „Spaghetti-Streit" hatten Brüssel und Washington im Juli einen viermonatigen Waffenstillstand vereinbart. Die von den USA angedrohten Zollerhöhungen auf EG-Teigwaren und die von der EG angedrohten Zollerhöhungen auf US-Nüsse und Zitronen wurden für diesen Zeitraum ausgesetzt.

Ende August hatte Reagan darauf verzichtet, höhere Zölle auf ausländische Schuhimporte zu erheben.Das japanische Handelsministerium äußerte Unverständnis darfür, daß das Thema der Lederimporte jetzt und in dieser Form angeschnitten werde. Japan hatte auf einem Treffen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) im Juli angekündigt, es werde seine Importpolitik auf diesem Gebiet überprüfen. Es wies außerdem darauf hin, daß die Importzölle für amerikanische Tabakprodukte inzwischen auf gleicher Höhe lägen wie die US-Importzölle.

Mit der Privatisierung des japanischen Tabakmonopols im April dieses Jahres seien auch die Verteilungs- und Verkaufsbeschränkungen für ausländische Zigaretten aufgehoben worden.

RENAULT / Finanzielle Lage weiter angespannt

Einige Projekte gestrichen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die finanzielle Lage von Renault ist nach wie vor schlecht, stellt Konzernchef Georges Besse nach der teilweisen Bereinigung der 1984 entstandenen Verluste von 12,5 Mrd. Francs in einem an jeden einzelnen Mitarbeiter persönlich gerichteten Schreiben fest. Um den staatlichen Automobilkonzern aus den roten Zahlen zu bringen, müsse er seine Kapazitäten in bessere Übereinstimmung mit der Nachfrage bringen.

Nachdem Besse bereits verschiedene Konzerninteressen, vor allem des Landmaschinensektors, abgestoßen hat, will er jetzt auch auf eine Reihe von größeren Projekten verzichten, ohne sie allerdings zu benennen. Dies sei der Preis für die Herbeiführung einer neuen Dynamik und einer besseren Effizienz. Es komme vor allem darauf an, daß Renault qualitativ hochwertige Autos baut, die gefallen und daß damit Geld verdient wird. Für die Schwierigkeiten des Konzerns machte Besse nicht zuletzt den Umstand verantwortlich, daß der langjährige Erfolg des R5 die Probleme bei den anderen Modellen verschleiert habe. Daß Renault eine unterdurchschnittliche Arbeitsproduktivität aufweist und überdies zu hohe Löhne zahlt, ließ der Präsident in seinem Schreiben unerwähnt.

Bekanntlich plant die Renault-Verwaltung, die Belegschaft der Automobilwerke von zur Zeit 91 000 bis Ende 1986 auf 70 000 zu reduzieren, davon noch in diesem Jahr um 12 000. Dazu versicherte jetzt Besse, daß es keine „trockenen Entlassungen" geben würde. Noch ungeklärt ist allerdings, was mit den rund 3000 Mitarbeitern geschehen soll die nicht vorzeitig pensioniert werden oder die freiwillig das Unternehmen (Abfindung von Gastarbeitern) verlassen.

AUSTRALIEN / Schuldenberg ist kräftig gestiegen

Starkes Wachstum erwartet

VWD, Canberra

Das Kabinett des Premierministers Robert Hawke – seit drei Jahren im Amt – hat sich für das neue Finanzjahr 1985/86 (ab 1. Juli) hohe Ziele gesetzt. Darunter ein anhaltendes Wirtschaftswachstum von etwa 4,5 Prozent, den Abbau der Arbeitslosenrate von 8,2 auf etwa 7,5 Prozent und massive Unterstützungsprogramme für die Bedürftigen, vor allem die Jugendlichen ohne Beschäftigung.

Diese Aspirationen finden sich im neuen Staatshaushaltsplan, den Schatzminister Paul Keating dem Parlament in Canberra vorlegte. Selbst die notorischen Kritiker der Regierung haben wenig am neuen Budget auszusetzen. Ohne Erhöhung der Steuern, sondern durch die Rationalisierung ihrer Ausgabenprogramme hat die Regierung das Defizit weiter auf 4,9 Mrd. australische Dollar (1 australischer Dollar entspricht etwa 1,90 DM) gesenkt. Dieses Manko soll im angelaufenen 1985/86 nur 2,1 Prozent des Bruttosozialprodukts ausmachen. Im davorgehenden Finanzjahr betrug der Anteil noch 3,3 Prozent.

Die Regierung hat das in früheren Jahren rapide Anwachsen der öffentlichen Ausgaben kräftig gebremst. Sie sollen sich 1985/86 nur um real 1,3 Prozent auf 69,1 Mrd. australische Dollar erhöhen, der geringste Anstieg in den letzten sechs Jahren. Damit fällt der Anteil der öffentlichen Ausgaben am Bruttosozialprodukt von einem Jahr zum andern um ein Prozent auf 29,8 Prozent. Das hatten die Wirtschaftskreise gefordert.

Beunruhigend ist allerdings der Schuldendienst. Im neuen Finanzjahr steigt er um 19 Prozent auf 6,8 Mrd. australische Dollar und wird damit zum drittgrößten Ausgabenansatz nach dem Sozialetat und den Steuerausgleichszahlungen an die Bundesstaaten. Zwischen 1980 und 1985 sind die Schulden von 7,3 auf 52 Mrd. australische Dollar gestiegen.

Ein weiterer Makel auf dem sonst günstigen Wirtschaftsbild ist der erwartete Anstieg der Inflationsrate von 6,7 Prozent im vergangenen Finanzjahr auf mindestens acht Prozent in diesem. Der Grund dafür ist die nach der Freigabe des Wechselkurses eingetretene Abwertung des australischen Dollar, die die Einfuhren stark verteuert hat. Die Strategie der Labor-Regierung – ein vom privatwirtschaftlichen Sektor getragener Aufschwung – hängt jetzt davon ab, ob sie die Gewerkschaften auf extreme Lohnforderungen verzichten.

R+V VERSICHERUNGEN / Über Branchendurchschnitt

Erfolge der Bestandspflege

JOACHIM WEBER, Frankfurt

„Unsere Gruppe hat 1984 und im ersten Halbjahr 1985 wieder mit allen wichtigen Kenndaten über dem Branchendurchschnitt gelegen", freut sich Peter C. von Harder, Vorstandsvorsitzender der R+V Versicherungen, Wiesbaden, der Versicherungsorganisation der Genossenschaftsbanken.

Bei der R+V Allgemeine sind die Beitragseinnahmen im ersten Halbjahr um knapp elf Prozent gestiegen; für das Gesamtjahr wird ein Zuwachs von 8,5 Prozent erwartet. Allerdings haben die witterungsbedingten Schäden der ersten beiden Monate auch zu einer Steigerung der Schadenzahlungen um knapp zwölf Prozent geführt. Vorausgesetzt, daß sich auch die Kapitalerträge weiterhin positiv entwikkeln, erwartet der Sachversicherer dennoch ein Gesamtergebnis „mindestens auf Vorjahreshöhe".

Im vergangenen Jahr hatten vor allem mehrere Bestandsaktionen (also die „Pflege" bestehender Verträge) dazu geführt, daß die Beitragseinnahmen überdurchschnittlich um knapp acht (Branche: fünf) Prozent auf 1,48 (1,38) Mrd. DM gestiegen waren. Entlastung kam dagegen von Sanierungsmaßnahmen in einzelnen Sparten und vom allgemeinen Rückgang der Großschäden im Feuer- und Kfz-Geschäft.

So nahm der Schadenaufwand nur um gut 6 Prozent auf 1,15 (1,09) Mrd. DM zu – die Brutto-Schadenquote des Gesamtgeschäfts ging um zwei Prozentpunkte auf 79,7 Prozent zurück. Der Aufwand für den Versicherungsbetrieb hielt sich mit 275 (252) Mill. DM bei 18 Prozent der Beitragseinnahmen. Nach Schwankungsrückstellungen von 10 (11) Mill. DM bleibt ein versicherungstechnischer Überschuß von 3 (7) Mill. DM.

Der Rückgang wurde durch 167 (151) Mill. DM Erträge aus 2 (1,8) Mrd. DM Kapitalanlagen wieder wettgemacht, so daß ein Jahresüberschuß von 25 (23) Mill. DM ausgewiesen wird.

Die R+V Lebensversicherung AG kam 1984 über die 50-Milliarden-Schwelle: Ihr Versicherungsbestand wuchs um acht Prozent auf 52 (48) Mrd. DM. Dabei erreichte allerdings der Neuzugang mit 7,3 Mrd. DM das Vorjahresergebnis von 7,6 Mrd. DM nicht mehr ganz, eine Folge der Bauflaute, die auch auf die Risiko-Lebensversicherungen durchschlägt.

Die Beitragseinnahmen wuchsen um sechs Prozent auf 1,32 (1,25) Mrd. DM. Gleichzeitig nahmen die Aufwendungen für Versicherungsfälle um knapp sieben Prozent auf 409 (384) Mill. DM zu. Die Stornoquote ging auf 2,6 (3,2) Prozent zurück.

Die Kapitalanlagen wurden um beachtliche 14 Prozent auf 8,8 (7,7) Mrd. DM aufgestockt. Mit der gleichen Geschwindigkeit stiegen auch die Kapitalerträge auf 658 (580) Mill. DM. Die Durchschnittsverzinsung nach Verbandsformel hielt sich damit auf 7,5 Prozent.

LENTJES / Auftragsbestand auf Rekordhöhe

Schub bei Umwelttechnik

S. SCHUCHARDT, Düsseldorf

Eine hohe Nachfrage im Bereich Umwelttechnik sorgt bei der Unternehmensgruppe Ferdinand Lentjes Dampfkessel- und Maschinenbau, Düsseldorf, für gut gefüllte Auftragsbücher. Der Auftragsbestand, der zu Beginn vergangenen Jahres auf 1,1 Mrd. DM abgesackt war, kletterte Anfang 1985 auf 1,56 Mrd. DM und liegt inzwischen bei der Rekordmarke von rund 2,4 Mrd. DM. Der Bereich Umwelttechnik ermögliche eine weitere Steigerung des Auftragsbestandes, heißt es im Geschäftsbericht.

Dagegen geht die Geschäftstätigkeit im industriellen Rohrleitungsbau weiter zurück. Hier seien 1984 wesentliche Großprojekte fertiggestellt worden, die nicht durch neue Objekte in entsprechender Größenordnung ersetzt werden können.

Zur Abrundung der Produktionspalette im Kessel-Bereich hat die Lentjes-Gruppe rückwirkend zum 1. Januar dieses Jahres eine 50prozentige Beteiligung an der Standard-Kessel-Gesellschaft Gebr. Fasel GmbH und Co. KG, Duisburg, erworben. Das bisher ausschließlich im Familienbesitz befindliche Unternehmen erzielte 1984 mit 700 Mitarbeitern einen Umsatz von 150 Mill. DM.

Die Lentjes-Gruppe konnte 1984 nach eigenen Angaben alle Planziele verwirklichen. Nach Abdeckung aller erkennbaren Risiken sei ein positives Ergebnis erwirtschaftet worden. Der Umsatz sank abrechnungsbedingt auf 598 (825) Mill. DM, soll aber 1985 wieder auf über 700 Mill. DM steigen. Vor allem wegen des Abbaus von Arbeitsplätzen im Bereich Rohrleitungsbau sank die Mitarbeiterzahl auf 4058 (4385). Das Planziel für 1985 und 1986 werde in den Bereichen Kesselbau und Umwelttechnik sicherlich erreicht, so der Geschäftsbericht. Auch sei in beiden Jahren mit positiven Ergebnissen zu rechnen.

HOECHST / Mehr Ausbildungsplätze bereitgestellt

Facharbeiter sind knapp

INGE ADHAM, Frankfurt

Für „schlicht falsch" hält Erhard Bouillon, Personalvorstand der Hoechst AG, „Horrorzahlen" von 100 000 bis 200 000 unversorgten Lehrstellenanwärtern. Mit rund 740 000 Ausbildungsplätzen werde die deutsche Industrie in diesem Jahr nochmals rund zwei Prozent mehr Plätze zur Verfügung stellen als im Vorjahr, dem stehen nach vorliegenden Schätzungen rund 765 000 Ausbildungsplatz-Bewerber gegenüber.

Hoechst selbst hat die Anzahl der Ausbildungsplätze in diesem Jahr nochmals um drei Prozent auf 2296 erhöht; insgesamt sind derzeit 6439 junge Leute in einer Ausbildung, oder 7,5 Prozent der Gesamtbelegschaft. Die Übernahmequoten liegen regelmäßig bei über 90 Prozent. Rund 30 Prozent der Auszubildenden kommen aus Wohnorten, die weiter als 45 Kilometer vom Ausbildungsort entfernt sind, 1980 waren das erst zwölf Prozent.

Im Durchschnitt kamen bei Hoechst acht Bewerber auf eine Ausbildungsstelle. Deren Ausbildungswünsche konzentrierten sich aber immer noch auf einen vergleichsweise kleinen Teil des gesamten Berufsspektrums, bedauert Bouillon, der neben dem „berechtigten Anliegen nach einem Ausbildungsberuf entsprechend der individuellen Neigung", eine „realistische Einschätzung der vom Arbeitsmarkt geforderten Berufe und Qualifikationen" für notwendig hält. Das würde für viele Jugendliche bedeuten, daß sie schneller zu einer gesicherten wirtschaftlichen Existenz kommen.

Ein solches Verhalten würde auch Probleme vermeiden, die die Wirtschaft schon heute auf sich zukommen sieht. So seien in einigen Bereichen bereits die Facharbeiter knapp. Auch Hoechst registriert, daß es in einzelnen für die Chemie sehr wichtigen Ausbildungsberufen schwierig wird, alle angebotenen Ausbildungsplätze zu besetzen. Das gelte besonders für den Beruf des Chemikanten sowie für Instandhaltungs- und Wartungsberufe.

TESCO / Expansion und Kooperation im britischen Lebensmittel-Einzelhandel

Eigenmarken tragen das Geschäft

H. HILDEBRANDT, London

Bei einem um fast 16 Prozent auf drei (2,6) Mrd. Pfund gestiegenen Nettoumsatz im Geschäftsjahr 1984/85 (28. 2.) spricht die Tesco plc, Großbritanniens zweitgrößter Filialist, von einem „Jahr des guten Fortschritts". Rund die Hälfte dieses Zuwachses wurde mit der vorhandenen Fläche erzielt, der Rest entfällt überwiegend auf Preissteigerungen und in einem geringeren Teil auf Flächenausweitung. Beachtlich fällt der Gewinn vor Steuern mit 81,3 (67,1) Mill. Pfund aus, immerhin 2,71 Prozent vom Umsatz und damit wesentlich über den entsprechenden deutschen Sätzen liegend.

Mit rund zwölf Prozent Marktanteil liegt die Tesco knapp hinter dem Wettbewerber Sainsbury, aber noch vor der ASDA. Zusammen werden sie als die Großen Drei des britischen Lebensmittel-Einzelhandels bezeichnet. „Diese Drei werden auch in den kommenden Jahren noch weiter wachsen und ihre Leistungen verbessern", prophezeit Ian MacLaurin, Tescos Vorstandsvorsitzender. Für die sonstigen Unternehmen im Handel sagt er ein weiteres Fortschreiben der Konzentration voraus.

Die Tesco verfügt derzeit über eine Kette von rund 350 Märkten in England und Wales sowie über weitere 30 Märkte einer Tochtergesellschaft in Irland. Von den britischen Märkten sind 43 sogenannten Victor-Value-Märkte in den Großräumen London und Manchester, in denen jeweils nur bis zu 1300 Artikel zu ausgesprochenen Discountpreisen angeboten werden. Von den insgesamt 20 000 Artikel im Tesco-Sortiment entfallen etwa 1200 auf Eigenmarken, mit denen nahezu die Hälfte des Gesamtumsatzes erzielt wird.

Derzeit wird bei dem Unternehmen vor allem die Superstore-Linie ausgebaut. Es handelt sich dabei um einstöckige Märkte mit einer Verkaufsfläche ab 2500 Quadratmeter und großen Parkflächen, zumeist an den Ortsrändern gelegen. In Zukunft wird sich hier ein Kooperations-Abkommen mit dem Kaufhausunternehmen Marks & Spencer auswirken, das den gemeinsamen Ausbau solcher Standorte zu ganzen Einkaufszentren vorsieht.

Kooperiert wird auch im Bankenbereich und zwar mit der Midland Bank, die in Tesco-Märkten Filialen installiert. Sollte die Freigabe der Ladenschlußzeiten kommen, beabsichtigt das Unternehmen zunächst in den größeren Superstores die Sonntagsöffnungszeit, wobei man sich auf entsprechende positive Erfahrungen in Schottland beruft. Dort wird diese Liberalisierung bereits praktiziert. Den insgesamt rund 42 000 Tesco-Mitarbeitern sollen dabei keine Nachteile entstehen. Im Gegenteil, man erwartet zusätzliche Arbeitsplätze vor allem für Teilzeitbeschäftigte.

Tesco-Vorstandsvorsitzender MacLaurin hat klare Vorstellungen über die Zukunft: „Bis zum Ende des Jahrzehntes wird unsere Superstore-Kette noch expandieren können. Dann aber müssen wir uns nach Neuland umsehen. Dazu können Diversifikationen gehören, nicht unbedingt nur im Lebensmittel-Bereich, sondern auch in dem der Freizeit, möglicherweise jedoch auch Vorstöße über unsere bisherigen Grenzen hinaus, in die USA oder auf den europäischen Kontinent."

MESSER GRIESHEIM / Der Weltumsatz wächst auf die Zwei-Milliarden-Schwelle zu

Schweißtechnik macht Überstunden

JOACHIM GEHLHOFF, Essen

Auch für das von der Stahlverarbeitung bestimmte Schweißtechnik-Geschäft sei die hier mehrjährige Rezessionsphase verläßlich zu Ende. Der 1984 auf Heimatmarkt und Weltmärkten begonnene Aufschwung halte 1985 an. Der auf diesem Feld größte deutsche Produzent, die Frankfurter Messer Griesheim GmbH, würzt diese Aussage zum Auftakt der weltgrößten 11. Internationalen Fachmesse „Schweißen & Schneiden" (11. bis 18. September in Essen) mit schon nach Boom klingenden Hinweisen auf die eigene Lage: Die sechs Schweißtechnik-Inlandswerke der Firma seien nicht nur wieder vollbeschäftigt.

Das große Auftragsvolumen, zu zwei Dritteln von Auslandskunden, führe bereits zur Verlängerung der Lieferfristen und sei ohnehin nur mit Überstunden zu bewältigen. Dabei handele es sich um Facharbeiter-Überstunden, die wegen der Knappheit an Fachkräften nicht aus dem Arbeitsmarkt ersetzt werden könnten. Nach mehrjähriger, 1984 auch durch Konzentration von acht auf sechs deutsche Produktionsstätten bereits deutlich abgemilderter Verlustperiode werde die Sparte „Schweißen und Schneiden" 1985 erstmals wieder ein positives Ergebnis bringen.

Die Prognose reiht sich würdig in den insgesamt eher noch positiveren Ausblick der Geschäftsführung auf 1985 ein. Die zum Hoechst-Chemiekonzern gehörende Firma (ein Drittel des Kapitals bei Gründerfamilie Messer), die weltweit 7500 Mitarbeiter (davon 2500 im Ausland) beschäftigt, rechnet bei ihrem 1984 um 8,4 Prozent auf 1,77 Mrd. DM gesteigerten Weltumsatz für 1985 mit Vormarsch an die Zweimilliardenschwelle.

Das beschleunigte Wachstumstempo gilt gleichermaßen für die zweite Sparte Industriegase, die weiterhin 70 Prozent des Weltumsatzes stellt und in der Messer Griesheim ebenfalls größter deutscher Produzent ist.

Der Auslandsanteil am Weltumsatz, 1984 auf 43 (42) Prozent gestiegen, hat sich im ersten Halbjahr 1985 beträchtlich auf 48 Prozent erhöht. Das meiste dazu trugen bei einem um 7,5 Prozent gewachsenen Export der Inlandswerke die besonders in der Industriegase-Sparte zahlreichen Auslandswerke bei. Größtes Land auch in der eigenen Auslandsproduktion sind die USA. „Beachtlich" wachse im Export das China-Geschäft.

Für das Gesamtunternehmen erwarte man 1985 einen wiederum „guten" Abschluß. Für 1984 hatte der Inlandskonzern bei 1,16 (1,1) Mrd. DM Umsatz und 191 (176) Mill. DM Netto-Cash-flow einen Jahresüberschuß von 55 (40) Mill. DM ausgewiesen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Übernahmeangebot

Rotterdam (dpa/VWD) – Unilever United States Inc., eine 100prozentige Tochtergesellschaft des britisch-niederländischen Unilever-Konzerns, hat dem Körperpflegemittel-Hersteller Richardson-Vicks, Wilton/Connecticut, ein Fusionsangebot in Höhe von 1,3 Mrd. US-Dollar (3,8 Mrd. DM) gemacht. Richardson-Vicks erzielte im letzten Geschäftsjahr einen Umsatz von 1,2 Mrd. und einen Gewinn vor Steuern von 102 Mill. Dollar.

Auftrag aus der UdSSR

Northeim (dpa/VWD) – Die Maschinenfabrik Bowe KG, Moringen/Kreis Northeim, wird der Sowjetunion bis Mitte 1986 zwei automatische Anlagen zur Herstellung von Kelchgläsern und Preßglasartikeln im Wert von 18 Mill. DM liefern. Wie die Firma weiter mitteilt, laufen derzeit auch Verhandlungen über ein mehrere Millionen DM umfassendes Projekt mit China. Bowe hat sich auf die Produktion von Industrierobotern und computergesteuerten Maschinen vor allem für die Glasindustrie spezialisiert.

Rechtsschutz wächst

Düsseldorf (Py.) – Die ADAC-Rechtsschutz-Versicherungs-AG, München, ist weiter auf Expansionskurs. Im letzten Jahr wurde der Vertragsbestand um 9,3 Prozent auf rund 525 000 Verkehrsrechtsschutz-Verträge gesteigert. Die Beitragseinnahmen wuchsen um 7,7 Prozent auf 44 Mill. DM. Für 1985 wird ein Vertragsbestand von 600 000 erwartet. In ihrem 7. Geschäftsjahr erzielte die Gesellschaft einen Jahresüberschuß von 4 (3) Mill. DM, von denen 2,1 Mill. DM den Rücklagen zugeführt und 1,9 Mill. DM an den Aktionär (ADAC) ausgeschüttet werden. Auch die Schutzbrief-Versicherung hat mit einem Absatz von 2,6 Mill. Schutzbriefen an ADAC-Mitglieder den Verkauf um rund 25 Prozent gesteigert. Der Jahresüberschuß betrug 2,3 Mill. DM.

Service ausgebaut

Düsseldorf (Py.) – Die Pasit GmbH, Erkrath bei Düsseldorf, eines der führenden Unternehmen der Zeitpersonalbranche, besteht zehn Jahre. Das Unternehmen, das sich auf Aushilfs-Service für Industrie und Technik spezialisiert hat, hat inzwischen über 20 Filialen in wichtigen Städten eingerichtet. Vor zwei Jahren wurde die Geschäftstätigkeit im internationalen Anlagenbau aufgenommen. Der Pasit-Gesamtumsatz liegt bei 30 Mill. DM. Beschäftigt werden über 1000 Zeitarbeitskräfte.

Atlas Copco hat kräftig zugelegt

dpa/VWD, Essen

Die vor allem im Druckluftbereich international tätige schwedische Atlas-Copco-Gruppe will in diesem Jahr den Umsatz von 9,1 Mrd. (1984) auf über 10 Mrd. Schwedenkronen (3,45 Mrd. DM) steigern. Wie die deutsche Tochter, Atlas Copco Deutschland GmbH, Essen, berichtete, betrug die Zunahme in den ersten sechs Monaten 18 Prozent auf gut 5 Mrd. skr (1,73 Mrd. DM). Zugleich erhöhte sich der Gruppengewinn um über 42 Prozent auf 422 Mill. skr (145,6 Mill. DM). Beim Auftragseingang ergab sich ein Plus von 13 Prozent auf 5,3 Mrd. skr (1,8 Mrd. DM).

Für die deutsche Vertriebsgesellschaft, die im Vorjahr knapp 130 Mill. DM umsetzte, werden keine aktuellen Zahlen genannt. Es heißt lediglich, das Unternehmen liege nach dem ersten Halbjahr 1985 „gut im Trend" der Gruppe. Eine „Erholung" habe es insbesondere bei größeren Industriekompressoren gegeben.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Arnsberg: Joh. Wiebelhaus & Co. GmbH, Werkzeugfabrik, Meschede; **Bonn:** Kurpraxis und Gesundheits-Centrum für Medizin und Naturheilverfahren GmbH; **Düsseldorf:** MM Monitoring Medizintechnik-GmbH; **Essen:** Frohnhauser Hof Hotel und Gaststättenbetriebe GmbH; **Gelsenkirchen:** Aloys Kampferhoff Stahlbau u. Bergbauhydraulik GmbH & Co. KG; Markus Moden GmbH & Co. KG, Bottrop; **Lüdenscheid:** Josef Nölke oHG, Neuenrade.

Vergleich eröffnet: Aschaffenburg: Lothring Bauconsult GmbH, Johannesberg.

Vergleich beantragt: Albstadt: Bitzer & Schöller GmbH & Co. KG, Wirk- und Strickwarenfabrik, Tailfingen; **Hamburg:** Andreas Pluskat.

BLEYLE / Verluste bei der Produktionsgesellschaft

Werk Colmar geschlossen

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Seit Mitte Juli dieses Jahres halten die rund 190 Arbeiterinnen der französischen Bleyle-Produktionstochter Soproco S. A., Colmar/Elsaß, den Betrieb, dessen Maschinen seit jenem Zeitpunkt stillstehen, besetzt. Sie wollen sich nicht damit abfinden, daß ihre Arbeitsplätze in diesem Werk, für das Konkurs angemeldet und eröffnet wurde, verlorengehen sollen. Bemühungen des Konkursverwalters und anderer Stellen, Interessenten für das Werksareal und die Kapazitäten zu finden, blieben bisher ergebnislos.

Bleyle-Generalbevollmächtigter Adolf Meier, der die Schließung des Colmarer Werks als unabwendbar bezeichnet, verweist darauf, daß bei dieser französischen Produktionsgesellschaft in den letzten Jahren ständig Verluste entstanden seien. Diese hätten sich, obwohl die Holding der im Strick- und Wirkwarenbereich renommierten Firmengruppe erhebliche Mittel bereitgestellt habe, bis Ende Juni 1985 auf 1,8 Mill. Franc kumuliert. Insofern sei für diese Produktionsstätte, die im Rahmen der Bleyle-Firmengruppe mit Teilen für Hosen und Röcke beliefert wurde, die dann dort zu konfektionieren waren, keine wirtschaftliche Basis mehr gegeben gewesen.

Dies um so mehr, als sich die Bleyle-Gruppe nach Worten Meiers wie die ganze Bekleidungsbranche einem starken, durch die Niedriglohnländer ausgelösten Anpassungsdruck ausgesetzt sieht. Hinzu komme die Schwäche insbesondere des Inlandsmarktes und das veränderte und zögernde Orderverhalten des Handels. Seit Beginn des Jahres werde in der Bleyle-Gruppe kurzgearbeitet. Insofern bestehe die Notwendigkeit zur Reduzierung der Kapazitäten, doch habe man keine weiteren Werksstillegungen ins Auge gefaßt.

Gleichwohl tendiere der Umsatz der Bleyle-Gruppe nach oben, da die neuen Kollektionen eine gute Resonanz gefunden hätten und auch kräftige Impulse vom Exportgeschäft ausgingen. Im Jahr 1984 war der Umsatz der Bleyle-Gruppe, die insgesamt gut 2000 Mitarbeiter beschäftigt, um knapp sieben Prozent auf 260 Mill. DM angestiegen. Dieser Anstieg wurde von der positiven Entwicklung der Exportmärkte – vor allem in den USA, wo Bleyle auch produziert – und der im Inland gut aufgenommenen Warenbereiche Herrenartikel und Damenwäsche getragen.

Im Zusammenhang mit der Schließung des Colmarer Werks hat der Stuttgarter SPD-Europaabgeordnete Rolf Linkohr auf die Notwendigkeit einer europäischen Mitbestimmungsregelung hingewiesen. Den Ministerrat der EG forderte er auf, die seit fünf Jahren vorliegende „Vredeling-Richtlinie" endlich zu verabschieden.

Autoaktien weiter gesucht

Aufwärtsbewegung aber auf einigen Sektoren gebremst

DW. – Auch wenn von der Aufwärtsbewegung an der Montagbörse nicht mehr alle Marktgebiete erfaßt worden sind, so blieb die Tendenz insgesamt freundlich. Die Schwäche des Rentenmarktes machte sich allein in den zinsabhängigen Papieren bemerkbar. Im Mittelpunkt des zeitweise sehr lebhaften Geschäftes standen erneut Autoaktien, wo Daimler wieder einmal die 1000-DM-Marke überspringen konnten. Die hervorragende Autokonjunktur rückte auch die Aktien der Autozulieferer nach vorn. Sie erzielten ebenfalls Kursgewinne.

Nicht weiter voran kamen am Wochenbeginn die am Freitag deutlich heraufgesetzten Kurse der Großchemie. Hier dürften die gestiegenen Renditen am Rentenmarkt abschreckend gewirkt haben, denn die Titel der Großchemie waren in letzter Zeit vorzugsweise unter Hinweis auf die bei ihnen erzielbare hohe „Verzinsung" verkauft worden. Bankaktien traten ebenfalls auf der Stelle. Konjunkturbedingt bevorzugt wurden dagegen Maschinenbauaktien, auch wenn sich bei ihnen die Tagesgewinne meist im engen Rahmen bewegten. Immerhin konnten aber die bisher dividendenlosen MAN-Aktien deutlich zulegen. Von den Autozulieferern erreichten Kolbenschmidt einen neuen Jahreshöchststand.

Frankfurt: Braun AG rückten um 18 DM, Rheinelektra um 13 DM und Linde um 10,50 DM vor. Jeweils 10 DM gewannen EVA und Riedel de Haën. Hutschenreuther zogen um 5,50 DM an. Degussa verloren 8 DM.

Düsseldorf: AEG Tel. Kabel und Dyckerhoff St. zogen um 3 DM und Dahlbusch um 9 DM an. Aigner verbesserten sich um 4 DM und Audi NSU um 11 DM. Fester waren Köln. Rück um 30 DM. Nachgegeben haben Aachener Rück um 120 DM.

Hamburg: Phoenix Gummi erhöhten um 1,50 DM. Beiersdorf konnten sich mit 469,50 DM (plus 0,50 DM) gut behaupten. HEW waren um 0,60 DM nachgebend und NWK-Vz. blieben mit 230 DM unverändert. Um je 0,50 DM gaben Hapag Lloyd und Bremer Vulkan nach.

Berlin: Bergmann zogen um 13 DM, Orenstein um 12 DM und Tempelhofer Feld um 10 DM an. Herlitz St. lagen um 6,50 DM, Lehmann um 2,50 DM und DeTeWe um je 2 DM fester. Dt. Hypobank Berlin ermäßigten sich um 5 DM und Rheinmetall um 2 DM.

München: Ackermann stockten um 0,90 DM auf. Bay. Hartstein verbesserten sich um 20 DM. Dekkel AG erhöhten um 2 DM und Krones 5 DM. Paulaner schlossen um 30 DM fester. Nachgegeben haben Audi um 5 DM und Dywidag um 3 DM. Flachglas verminderten um 7 DM.

Stuttgart: Fuchspetrolub zogen nach Doppelplus-Ankündigung um 27 DM an. Kolbenschmidt legten 8 DM zu. In Audi stockten um 20 DM auf. Müller Weingarten wurden 11,50 DM besser bezahlt.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 211,79 (211,51)
WELT-Umsatzindex: 4344 (2595)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München – Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Inland

		9.9.	6.9.
H	Aach M Berl. 10	1670bB	1655
H	Aach. M. Vers. 7	753	765
D	Aach. Rück. 9	2350	2470
D	Aseag *4	460T	460T
M	Ack-Gögg. 6	122	121,1
H	Adca 5	140	138G
D	Adler 9	305G	295G
F	Adt 0	34,6	33bB
F	AEG-Telef. 0	141	140
D	AEG-Kabel 9	275	272G
S	Aesculap 9	438	427

		9.9.	6.9.
H	Br.H.Hypo 10+1	380	385
Hn	Brech.Jute *0	–G	100G
H	Breitenb.-C. *28	620G	620G
H	Br. Straßb. *0	435bB	455G
H	Br. Vulkan 0	76	76
H	Br. Wollk. 7	171	172
F	BBC 6	265,6	264,4
S	BSU Textil 0	1320G	1320G
D	Buckau-W. 4,1	128,5	129
D	Buderus *12,6	385G	385
M	Bgl.Br.Ing. *12+1	980G	980G
S	Bgl.Brh.Rav. *0	560G	560G

		9.9.	6.9.
M	En. Oberfr. 6	275G	275B
M	En. Ostb. 6	217,5	215,2
H	Elkraft 0	88	86
B	Engelhardt 7	215	214B
D	Enka 7,5	358	360
M	Erlus 10	330bB	325G
M	Erste Kulmb. 9	1260G	1260G
S	esbl *0	8B	7,4G
S	Essl. Masch. *6	435G	435G
M	Esterer **10	565TG	565TG
D	Farb. Liqu.*RM 0	7,7	7,75
F	Flachglas 9	269bB	260bB
D	Ford *19,36	850T	850T
B	Forst. Ebn. *4 %	4100T	4000T

		9.9.	6.9.
S	Hohner *6	165bG	165bG
H	Holsten-Br. 6	235bG	236
F	Holzmann 10	492	490
D	Horten 4	196	194,5
B	Hw. Kayser *12	279G	279G
D	Hussel 8	370	370
M	Hutschenr. 9+1	276	270
H	Hypo Hbg. 10+2,5	509,5	509,5
D	IKB 7,5	240	234
S	IWKA 3	308	309,5
M	Isar-Amper 7,5	355bG	355bG
D	Isenbeck 4,75	170bB	170bB

Freiverkehr

Ungeregelter Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Amsterdam

Tokio

Zürich

Madrid

Paris

Mailand

Toronto

London

Wien

Hongkong

Sydney

Brüssel

Singapur

Kopenhagen

Optionshandel

Goldmünzen

Euro-Geldmarktsätze

Devisen und Sorten

Devisenmärkte

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze



Was kostet mehr?

Kein Geschäftsmann fragt sich heute noch: „Kann ich mir ein Telefon leisten?" Er kann gar nicht ohne auskommen. Bei einem Personal Computer dagegen halten sich viele Betriebe noch zurück – aus Kostengründen, wie sie sagen. Warum eigentlich? Mit dem IBM PC zu arbeiten ist nämlich inzwischen nicht nur so selbstverständlich wie telefonieren. Es würde Sie sicher auch nicht mehr kosten. Vergleichen Sie mal:

Wieviel bezahlen Sie denn jährlich für Ihr Telefon im Büro? Installation, Miete und Gebühren zusammengenommen? Ein IBM PC mit den Programmen, die Sie brauchen, kostet Sie vielleicht zwei Jahre lang dasselbe wie Ihr Telefon, dann ist er aber bezahlt. (Die Telefonrechnungen laufen übrigens weiter.) Und jetzt überlegen Sie mal, was Sie mit einem IBM PC so sparen können.

Nehmen Sie z. B. mal die Lagerbestandskontrolle. Unser PC XT wacht über 100 000 Artikel – mehr als Sie sich je in Ihrem Lager wünschen würden.

Er sagt Ihnen, wieviel Sie von jedem Artikel haben, was Sie dafür bezahlt haben, für welchen Preis Sie ihn im Schnitt verkaufen, wie rasch er sich umschlägt. Was Ihnen beim Bestellen hilft, den Zahlungseingang günstig beeinflußt und die Rentabilität erhöht.

Wenn vom Sparen die Rede ist – wieviel Büromiete zahlen Sie pro Quadratmeter? Denken Sie mal an den Platzbedarf Ihrer Aktenschränke. Dieselben Akten auf Disketten brauchen wesentlich weniger Platz.

Oder nehmen Sie unser neues Textprogramm. Das macht aus dem PC eine Superschreib- und Druckmaschine, ideal für Aussendungen, die Neugeschäfte ankurbeln. Damit sparen Sie nicht nur Geld, Sie verdienen sogar welches.

Die Frage ist also nicht, ob Sie sich einen IBM PC leisten können, sondern wie lange Sie sich leisten können, ohne ihn auszukommen. Wählen Sie einfach unter den IBM Personal Computern einen aus, und kombinieren Sie den mit den zahlreichen IBM PC Programmen. Da gibt es genug problemlose Programme für Einsteiger und ausgeklügelte, aber ebenso problemlose für Profis. Und sogar spezielle Branchenlösungen.

Wenn Sie die IBM Personal Computer Familie und die zahlreichen IBM PC Programme kennenlernen möchten, gehen Sie doch einfach mal zu einem Vertragshändler für IBM Personal Computer oder in einen IBM Laden. Und fragen Sie auch gleich nach den IBM PC Seminaren. Die genauen Adressen erfahren Sie telefonisch zum Ortstarif von Hallo IBM: 0130-4567.

IBM

Bundesanleihen

F 7½ dgl. 84 S.49	10/89 104,9	105,05	
F 7½ dgl. 84 S.50	11/89 104	104,15	
F 7 dgl. 84 S.51	12/89 103,05bG	103,2	
F 6¾ dgl. 84 S.52	2/89 102,25	102,35	
F 7¼ dgl. 85 S.53	3/90 103,65	103,9bG	
F 7 dgl. 85 S.54	4/90 102,75	103	

Bundesbahn

F 7 dgl. 77	2/87	102,45G	102,55

Renten gaben nach

Auf dem Rentenmarkt fand das größer werdende Angebot nur zu weichenden Notierungen Aufnahme. Der Stimmungsumschwung geht auf den am Wochenende erfolgten Renditeanstieg in New York zurück. Rentenhändler zeigten sich in diesem Zusammenhang enttäuscht darüber, daß der deutsche Markt immer noch von der Zinsentwicklung in den USA abhängig ist. Langlaufende öffentliche Anleihen wurden bis zu einem halben Punkt zurückgenommen, im mittleren Laufzeitbereich erreichten die Abschläge 0,20 bis 0,30 Prozentpunkte. Im kurzen Bereich waren es noch weniger.

M 6½ dgl. Pf 3	96,5G	96,5G
M 6½ dgl. Pf 12	96G	96G
M 7 dgl. Pf 20	102,75G	102,75G
B 5 Berl.Pfandb. Pf 7	105,5G	105,5G
B 7 dgl. Pf 31	101,5G	101,5G
B 6 dgl. Pf 34	100G	100G
B 6½ dgl. Pf 37	100,6G	100,6G
Ha 5 BrHam. Hypo. Pf 1	118G	118G
Ha 7 dgl. Pf 80	100,75G	100,75G
Hn 7½ dgl. Pf 87	106G	106G
Hn 6 dgl. KS 29	90,75G	90,75G
Hn 7 dgl. KS 30	102,2G	102,2G

D 4 dgl. Pf 18	107G	107G
D 6 dgl. Pf 28	100,75G	100,75bG
D 6½ dgl. Pf 67	93TG	93TG
D 5½ dgl. KO 3+E	128G	128G
D 7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 Dt.Hyp.Mannh.Pf59	110G	110G
S 5½ dgl. Pf 109	80,5G	81,5G
S 7 dgl. Pf 125	105G	105G
S 7 dgl. Pf 128	99G	99G
S 8 dgl. Pf 177	100G	100G
S 6 dgl. KS 77	89G	89G
Br 5 St.Kr.Ol-Br Pf17	124,25G	124,25G
Br 5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G

F 7½ dgl. 71/86	100,6G	100,5G
F 7½ dgl. 76/87	101,75G	101,75G
F 7½ Klöckner W. 71/86	100,5G	100,5G
F 8 dgl. 72/87	101,6bG	101,6G
F 6 NWK 61/86	100,1G	100,1G
F 6 dgl. 62/87	100,7G	100,7G
F 6 Ob.Don.Krwk. 64/89	99T	98,75
F 6 Rh.Braw. 63/89	99,1G	99,1G
F 6 dgl. 65/90	98,9T	98,9T
F 6 RWE 63/88	99,5G	99,4G
F 6 dgl. 65/90	99,25	99,25T
F 7½ dgl. 71/96	100,75	100,65G
F 7 dgl. 72/87	101G	101,25

M 5 Bayer.Hypo Pf 33	132,25G	132,25G
M 5½ dgl. Pf 11	136,5G	136,5G
M 6 dgl. Pf 34	86,25G	86,25G
M 6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
M 6½ dgl. Pf 10	93,5G	93,5G
M 6 dgl. KS 1	99,9G	99,9G
M 6 Lda. Aufb. IS 15	100,75G	100,75G
M 6 dgl. IS 16	100,95G	100,95G
M 6 dgl. IS 17	100,9bG	100,9G
M 8½ dgl. KO 49	100G	100G
M 8½ dgl. KO 48	100,1G	100,1G
M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 103	102,5G	102,5G
M 5 Bayer.Verbk. Pf 11	125G	125G
M 6 dgl. Pf 4	99,5G	99,5G

H 6½ dgl. Pf 42	100,75G	100,75G
Hn 7 Nord. Lbk. Pf 1	103,3G	103,3G
Hn 7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
Hn 8 dgl. Pf 10	100,1G	100,1G
Hn 9 dgl. KO 53	100,1G	100,1G
Hn 7½ dgl. IS 6	-Zhg	101,3G
Hn 10 dgl. IS 57	100,3G	100,3G
F 5 Pfälz. Hypo. Pf 48	116G	116G
F 6 dgl. Pf 58	94,4G	94,4G
F 6 dgl. Pf 95	86G	86G
F 7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr.Pf C	129G	129G
D 5½ dgl. K	107G	107G

D 7 dgl. 79	102,2	102,3

Industrieanleihen

F 6 Badenwk. 78/90	100,2G	100,2
F 8 Chem. Hüls 71/86	101G	101G
F 7½ Conti Gummi 71/86	101G	101G
F 4½ Harpen 59	2380G	2380G
F 7½ Hoesch 71/86	100,55G	100,55G
F 7½ Karstadt 71/86	100,5G	100,5G
F 7½ Kaufhof 71/86	100,5	100,5G

F 6½ dgl. 83 o. O.	85,5	86,25G
F 3½ dgl. 83 m. O.	172	168
F 3½ dgl. 83 o. O.	91,5	91,5
F 4 Dresdn.Bk. 85 m. O	131,1G	131,1G
F 4 dgl. o. O.	93,5	94
F 8 dgl. 84 m. O	155,1G	155,1
F 8 dgl. 84 o. O.	106,25	107
F 3½ Fuji 84 m. O.	110,75	110,75G
F 3½ dgl. 84 o. O.	90,65	90,65T
F 3½ Hanwa 84 m. O.	110,5G	110,5
F 3½ dgl. 84 o. O.	92,5	92,5G
F 7½ Jap. Synth. 82 m.O.	100G	100G
F 7½ dgl. 82 o. O.	102G	102G

D 8½ Queensl. A. 78/85	100G	100G
D 7 RENFE 79/87	101T	101,25bG
D 10 dgl. 82/92	114,25bG	114,5bG
D 8¼ dgl. 83/91	104,6bG	105,25G
D 7½ Sumito F. 82/90	102,8G	103bG
D 7½ Sun Int. 73/88	101,75G	101,75bG
D 7¼ Svenska C. 73/88	100,4	100,1G
D 10¼ dgl. E. 81/91	110,25G	110,25G
D 9½ Svensk. Ex. 82/87	106G	106,45
D 5½ Tauernaut. 78/93	97G	97bG
D 9½ dgl. 82/94	115,5G	115,5G
D 6 TVO-Kraftw. 78/88	99,65G	99,65G

Ausländische Aktien in DM

M Fed. Nat. Mortg.	59,1	60,6
D Fiat St.	6,35bG	6,4bB
D dgl. Vz.	5,45T	5,5bB
F Finsider	0,1G	–
D Fisons	14G	14G
M Fluor	47,8	48
D Ford	132,5	127G
F Fujitsu	10,9	10,8
F *General Electric*	181	175,5
F General Food	235G	232T
F General Mining	30	31
D General Motors	205	196,9

F Oak v. d. Grint	325	310T
F Olivetti St.	10,4	10,4
F Olivetti Vz.	8,5	8,4
F Olympus Optical	11,4	10,9
H v. Ommeren	24,5	24,8
F Onoda Tateisi	15,8G	15,1
F *Pacific Telesis*	217,8	217G
F Pakhoed	58,5	58,7
F *PanAm*	21,8	20,6
D Parker Drilling	14,1	14
F *Parker Hannifin*	87G	95G
F *Peko Wallsend*	9,4	9,15

F Volvo A	78bB	77G
F dgl. Nom B	83,5T	80G
M Wang Labor	49,2	47,7
F Warner Commun.	86,1	87
F Warner Lambert	116	114
F Wells Fargo	162,5	158G
M Western Deep L.	93,5	97,5
M *Western Mining*	7,7	7,7
M Westinghouse E.	112,3	109,2
F Westl.-Utrecht H.	88,8	88,8
M Weyerhaeuser	84,2	83
D Xerox Corp.	157,5	154

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Unverändert in den vorderen und abgeschwächt in den folgenden Sichten notierte Kupfer. Fester ging Kaffee aus dem Markt, schwächer Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

	6.9.	5.9.
Weizen Chicago (c/bush)		
Sept.	282,75	279,00
Dez.	293,00	292,25
März	295,00	299,75
Weizen Winnipeg(can.$/t)		
Wheat Board of St. Lawrence 1 CW	248,95	245,85
Amber Durum	245,19	242,79
Roggen Winnip.(can.$/t)		
Okt.	120,50	119,30
Dez.	123,50	122,80
März	128,10	127,80
Hafer Winnip.(can. $/t)		
Okt.	90,50	90,10
Dez.	93,50	93,00
März	97,50	97,30
Hafer Chicago (c/bush)	6.9.	5.9.
Sept.	118,25	117,75
Dez.	124,75	125,75
März	128,75	129,75
Mais Chicago (c/bush)		
Sept.	226,25	230,25
Dez.	216,75	221,00
März	226,50	230,75
Gerste Winnipeg (can.$/t)	6.9.	5.9.
Okt.	105,70	104,70
Dez.	109,50	108,70
März	112,40	112,30

Genußmittel

	6.9.	5.9.
Kaffee New York (c/lb)		
Terminkontr. Sept.	134,00	133,80
Dez.	136,85	136,75
März	138,00	138,00
Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. Sept.	2115	2163
Dez.	2181	2230
März	2230	2278
Umsatz	3689	2602
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Okt.	5,16	5,27
Jan.	5,25	5,40
März	5,59	5,67
Mai	5,77	5,84
Juli	5,97	6,05
Umsatz	10397	8616
Isa-Preis fob karibische Häfen US-c/lb)	6.9. 5,11	5.9. 5,23
Kaffee London (£/t) Robusta	6.9.	5.9.
Kontrakt Sept.	1640-1645	1599-1601
Nov.	1685-1686	1638-1639
Jan.	1720-1725	1672-1674
Umsatz	2621	1471
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	1752-1755	1747-1748
Dez.	1785-1788	1782-1783
März	1803-1805	1800-1802
Umsatz	5288	7203
Zucker London (£/t) Nr. 6	6.9.	5.9.
Okt.	136,80-137,00	137,80-138,00
Dez.	139,40-140,00	141,60-142,00
März	147,40-147,60	149,00-149,40
Umsatz	3080	2321
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100kg)	9.9.	6.9.
schw. Sarawak spez.	762,50	755,00
weißer Sarawak	907,50	877,50
weißer Muntok	917,50	887,50
Orangensaft New York (c/lb)	6.9.	5.9.
Sept.	134,40	134,60
Nov.	128,00	129,90
Jan.	124,90	125,60
März	123,50	123,90
Mai	122,50	122,55
Umsatz	450	250

Öle, Fette, Tierprodukte

	6.9.	5.9.
Erdnußöl New York (c/lb)		
Südstaaten fob Werk	36,00	35,50
Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk.	23,25	22,75
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Sept.	21,85	22,27
Okt.	21,58	22,03
Dez.	21,25	21,70
Jan.	21,45	21,85
März	21,75	22,10
Mai	22,05	22,25
Juli	22,25	22,60
Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk.	21,25	21,25
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	16,50	16,50
Choise white hog 4 % fr. F.	13,00	13,00
Talg New York (c/lb)		
top white	14,75	14,75
fancy	14,00	14,00
bleichfähig	13,50	13,50
yellow max. 10%fr.F	10,25	10,25
Schweine Chicago (c/lb)		
Okt.	35,45	35,55
Dez.	37,50	37,85
Feb.	39,45	39,50
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Feb.	58,15	57,80
März	58,30	57,90
Mai	59,40	59,10
Häute Chicago (c/lb)	6.9.	5.9.
Ochsen einh. schwere River Northern	58,00	60,00
Kühe einh. schwere River Northern	45,00	45,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Sept.	513,00	520,00
Nov.	509,75	515,50
Jan.	519,50	526,50
März	531,25	537,00
Mai	540,25	547,00
Juli	547,00	552,00
Aug.	545,00	551,00
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Sept.	128,20	126,90
Okt.	128,80	128,80
Dez.	132,80	132,50
Jan.	134,80	134,30
März	137,80	138,50
Mai	140,00	140,50
Juli	141,50	142,20
Leinsaat Winnipeg (can. $/t)	6.9.	5.9.
Okt.	306,70	306,70
Dez.	308,30	309,50
März	319,60	319,80
Kokosöl New York (c/lb)	6.9.	5.9.
Westküste fob Werk	23,00	22,00
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	9.9.	6.9.
jegl. Herk. cif	800,00	825,00
Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	555,00	555,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	352,50	362,50
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl.fob Werk	151,00	156,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	425,00	425,00
Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	245,00	245,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	6.9.	5.9.
Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:		
Okt.	58,25	58,35
Dez.	58,22	58,35
März	59,27	59,45
Mai	59,80	60,00
Juli	59,40	59,90
Okt.	54,42	54,95
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS-1	43,75	44,00
Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz.:	9.9.	6.9.
Okt.	487-492	487-492
Jan.	501-503	500-501
März	511-512	–
Umsatz	23	40
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	6.9.	5.9.
Okt.	50,00	50,00
Dez.	54,70	54,70
März	54,80	54,80
Mai	54,90	54,90
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standardtype	6.9.	5.9.
Okt.	605,00-612,00	606,00-610,00
Dez.	612,00-615,00	–
März	–	–
Umsatz	2	0
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	9.9.	6.9.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded:	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA ab Lager	6.9.	5.9.
Sept.	12527	12560
Okt.	12544	12572
Kautschuk London (p/kg)	6.9.	5.9.
Nr. 1 RSS loco	62,00-64,00	61,25-63,25
Okt.	–65,00	–65,00
Nov.	–65,00	–65,00
Dez.	–65,00	–65,00
Tendenz: ruhig		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	6.9.	5.9.
Sept.	180,00-181,00	
Okt.	181,00-182,00	
Nr. 2 RSS Sept.	167,50-168,50	geschl.
Nr. 3 RSS Sept.	165,00-166,00	
Nr. 4 RSS Sept.	160,50-161,50	
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	9.9.	6.9.
BWC	520	520
BWD	495	495
BTC	525	525
BTD	500	500

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengenang.: 1 troyounce (Feinunze) 31,1035 g; 1lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	9.9.	6.9.
Aluminium: Bas.Lond.		
laufend. Monat	291,60-291,80	289,38-289,58
drittfolg. Monat	300,26-300,45	297,96-298,16
Blei: Bas. London		
laufend. Monat	114,64-114,83	116,81-117,00
drittfolg. Monat	114,85-115,05	117,00-117,20
Nickel: Bas. London		
laufend. Monat	1373,23-1381,07	1366,95-1367,34
drittfolg. Monat	1394,54-1396,46	1375,92-1377,48
Zink: Bas. London		
laufend. Monat	201,20-201,58	203,97-204,75
Produz.-Preis	244,81	241,90
Reinzinn 99,9 %	3764-3801	3841-3879

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	9.9.	6.9.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	410,47-413,74	408,92-412,24
Blei in Kabeln	122,25-123,25	124,50-125,50
Aluminium f. Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorziehdraht	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	9.9.	6.9.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	365-367	363-365
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	403-405	402-403
MS 63	394-398	393-397

Zinn-Preis Penang

	9.9.	6.9.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,75	30,34

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	9.9.	6.9.
Leg. 225	350-355	350-355
Leg. 226	352-357	352-357
Leg. 231	387-390	387-390
Leg. 233	397-400	397-400

Preise für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

Platin (DM je g)	31,70	31,35
Gold (DM/kg Feing.)		
Banken-Vkfpr.	30770	30510
Rücknahmepr.	30020	29560
Gold (DM/kg Feing.) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	30920	30400
Rücknahmepr.	30140	29620
verarbeitet	32440	31890
Gold (Frankf. Börsenkurs) (DM je kg)	30220	29870
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	589,00	576,50
Rücknahmepr.	571,70	559,50
verarbeitet	614,90	601,80

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	9.9.	6.9.
London 10.30	320,20	318,75
15.00	319,35	317,40
Zürich mittags	318,75-319,25	318,60-319,10
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	92400	91380
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	464,55	448,60
3 Monate	477,35	460,80
6 Monate	489,80	472,90
12 Monate	515,15	497,45
Platin (£/Feinunze) London	6.9.	5.9.
fr. Markt	230,50	229,05
Palladium (£/Feinunze) London	6.9.	5.9.
f. Händlerpreis	72,25	75,45

New Yorker Metallbörse

	6.9.	5.9.
Gold H & H Ankauf	317,65	326,00
Silber H & H Ankauf	609,00	604,00
Platin fr. Händlerpr.	311,00-314,00	311,00-314,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	95,00-96,00	103,00-104,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Sept.	611,00	604,00
Okt.	615,70	608,70
Dez.	622,00	616,00
Jan.	628,50	621,40
März	637,00	629,00
Mai	645,00	638,60
Juli	656,00	648,20
Umsatz	15000	15000
Kupfer (c/lb)	6.9.	5.9.
Sept.	60,80	60,85
Okt.	61,20	61,20
Dez.	61,65	61,75
Jan.	61,95	62,00
März	62,35	62,45
Mai	62,65	62,80
Juli	63,95	63,15
Umsatz	7780	8680

Londoner Metallbörse

	9.9.	6.9.
Aluminium (c/lb)		
mittags Kasse	758,00-758,50	749,50-750,50
3 Monate	780,50-781,00	771,50-772,00
Blei (£/t) mittags	298,00-298,50	301,00-302,00
3 Monate	298,50-299,00	302,00-302,50
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1046,50-1047,00	1028,00-1028,50
3 Monate	1072,00-1073,00	1053,00-1053,50
abends Kasse	–	1037,00-1038,00
3 Monate	–	1060,50-1061,00
(Kupfer-Standard) mittags Kasse	1022,00-1024,00	1010,00-1012,00
3 Monate	1050,00-1051,00	1037,00-1039,00
Zink (£/t) mittags	523,00-524,00	518,00-520,00
Zinn (£/t) mittags	9215-9220	9150-9155
3 Monate	9172-9175	9115-9118
Quecksilber ($/Fl.)	–	275-285
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	67-72

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Gunter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, *Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo*, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: *Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M.* Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714 Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09 Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449 Fernkopierer (0 69) 72 79 17 Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Der arme Heinrich

GCR – Heinrich Heine bewegt noch immer die Phantasie der Zeitgenossen. Nicht Literaten allein, sondern auch bildende Künstler, zumal wenn sie Düsseldorfer sind, das Herz auf dem linken Fleck haben und sich folglich zur „kritischen Intelligenz" zählen, beanspruchen gern ein Stückchen Heine-Erbe für sich. Der Berufsverband Bildender Künstler Düsseldorf, der schon verschiedene Male Kontakt zu niederländischen Kollegen hatte, stellt jetzt (bis 29. Sept.) im Kunstpalast im Ehrenhof zu Düsseldorf das Ergebnis grenzüberschreitender Erbepflege vor: „Heinrich Heine – eine Begegnung."

Wer da wem begegnet, wird nicht ganz klar. Der Heine zugeschriebene Spruch über Malerei, „Cacatum non est pictum", wirkt hier jedoch sehr zeitgemäß. Daß 1835 seine Bücher verboten wurden, wird 150 Jahre später zum Anlaß genommen, Heine, den „Rädelsführer" des literarischen Vormärz, als Revolutionsheiligen für die Gegenwart zu benutzen. Denn, so wird hier ausgemalt, seit Heines Zeiten hat sich nichts geändert. In solch schlimmen Zeiten leben wir – nur schade, daß wir keine Heines mehr haben, sondern uns von BBK-Künstlern den Spiegel vorhalten lassen müssen. Und leider ist das ein ideologiegetrübter Zerrspiegel, in dem man groteske Vorurteile, nicht aber unsere Welt erkennen kann.

„Liberté, Fraternité, Egalité", und das in deutscher Schrift, steht auf einer Art Grabstein mit Heine-Profil. Auf diesem Niveau bewegt sich die Künstlerschaft mit ihrem Anspruch, Heine, und damit Vergangenheit und Gegenwart, gleichzeitig zu bewältigen. Eine Ausnahme machen nur einige der niederländischen Künstler. Es scheint, Heine wird um so besser verstanden, je weiter man den Rhein herunterfährt. Oft hat aber auch dort Heine-Kunst nicht viel mit Heine zu tun.

Es ist eben so bei thematischen Ausstellungen, daß da kaum ein Künstler über seinen Schatten springen kann. Im Falle Heine müßte er zum großen Meister einen großen Einfall haben. Und daran mangelt's – getreu dem Heine-Wort: „Da und da hatte ich einen großen Gedanken, hab' ihn aber vergessen. Was mag es wohl sein? Ich plage mich mit Erraten."

Wo und wie deutsche Archäologen graben dürfen

Geteilt wird nur noch in Ägypten

Wenn die Touristenscharen allmählich aus Olympia abziehen, dann schlägt die Stunde der Archäologen. Gut 110 Jahre ist es her, daß deutsche Forscher auf dem Gebiet des großen griechischen Heiligtums erstmals den Spaten ansetzten. Und heute sind es noch immer deutsche Wissenschaftler, die Jahr um Jahr nach neuen Erkenntnissen über die wechselvolle Geschichte Olympias suchen. Deutsche Archäologen aber graben auch auf Samos und in Tyrins, auf Zypern und in Italien, in der Türkei, wo die Forscher in Bogazköy zu Beginn dieses Jahrhunderts die alte Hethiterhauptstadt Hattusa entdeckten, in Irak, in Syrien und in Algerien.

Zum Teil sind diese Grabungen eine alte Tradition wie etwa in Pergamon, wo seit 1879 deutsche Wissenschaftler die alte Stadt freilegen, oder in Babylon, wo R. Koldewey 1899 mit den Grabungen begann. Viele dieser Forschungen wurden durch die Weltkriege oder andere politische Konflikte zeitweilig unterbrochen, dann aber spätestens in den fünfziger Jahren wiederaufgenommen. Nur in Babylon graben seit einigen Jahren die Iraker selbst.

Dazu kommen neue Projekte, die deutsche Archäologen ins Ausland führen, z. B. die Untersuchung numidischer Königsgräber in Algerien oder der Stadt Ramses' II. in Nordägypten, die Arne Eggebrecht, der Direktor des Hildesheimer Pelizaeus-Museums, leitet. Millionen von Mark kosten all diese Grabungen Jahr um Jahr, Gelder, die das Deutsche Archäologische Institut, die Deutsche Forschungsgemeinschaft, Universitäten, Stiftungen und Städte aufbringen.

Im vorigen Jahrhundert lag der Lohn für diese guten Taten alsbald auf der Hand. Was man fand, das nahm man mit. Privatsammler, Museen und Universitäten der jeweiligen Länder – vor allem Großbritanniens – profitierten davon. Den Archäologen umgab die Aura eines Schatzsuchers. Beladen mit Mumien und Vasen, Schmuck und Statuen, Waffen und Gestein kehrte er nach erfolgreicher Recherche heim. Da die Grabungsmethoden jener Zeit noch eher grob und rauh waren, man mit dem Spaten und dem Meißel herumfuchtelte, ging an der Fundstelle noch mancher Schatz zu Bruch. Aber gefragt waren auch eher die rein äußerlich schon kostbareren Gegenstände, nicht so sehr Scherben und Steine. Allerdings darf man nicht vergessen, daß die heutige Wissenschaft gerade diesen Forschern eine Fülle ihrer Erkenntnisse verdankt, daß die Hieroglyphen und die Keilschrift vor mehr als 100 Jahren aufgrund damaliger Funde entziffert wurden.

Seither aber hat sich manches geändert. Vorbei sind in den allermeisten Ländern die Zeiten, da man wie in einem Selbstbedienungsladen die Funde – oder zumindest einen Gutteil davon – einfach mitnehmen durfte. Es weht längst ein anderer Wind – nicht nur in Griechenland, dessen streitbare Kultusministerin Melina Mercouri nicht müde wird, die Briten aufzufordern, die „Elgin Marbles", den Parthenonfries und anderes zurückzugeben. Aus Griechenland kommt heutzutage kein Fundstück mehr in deutsche Museen – es sei denn im Zuge einer Ausstellung oder eines Kaufes.

Doch auch die übrigen Länder lassen zwar noch graben, aber außer in Ägypten tut man sich schwer zu teilen. Ägypten allerdings kennt das alte Prinzip der Fundteilung noch, wobei natürlich die einzigartigen Stücke auch hier im Lande verbleiben. Wer aber glaubt, der Archäologe sei darauf aus, mit Schätzen bedeckt von Grabungen heimzukehren, der sieht die Archäologie noch immer im falschen, im romantischen Licht. Das dürfen sich allenfalls Filmregisseure wie Steven Spielberg erlauben, dessen Held Indiana Jones einer jener Archäologen ist, die mal die Bundeslade aus dem ägyptischen Wüstensand heim in die USA bringen, mal halbe Inkagräber abschleppen.

Was aber reizt deutsche Archäologen immer noch, im Ausland zu forschen? Profan könnte man meinen, das sei eine Art von Arbeitsplatzbeschaffung. Wer hier keine Stelle an Instituten oder Museen findet, der versucht sein Glück als Gräber und Forscher „draußen". Aber das kann nicht der Hauptgrund sein, vor allem, da es ja vorrangig Professoren und Museumsleiter sind, die Grabungen beaufsichtigen.

„Wir stellen die wissenschaftliche Forschung in den Vordergrund, die Suche nach Erkenntnissen über historische Zusammenhänge. Es genügt nicht, daß wir unsere Geschichte kennen. Gerade die weltweiten Bewegungen, die Einflüsse fremder Kulturen sind es, die heute Archäologen in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen", heißt es im Deutschen Archäologischen Institut. Schließlich seien die Museen heute allesamt so gut bestückt, daß es eigentlich nutzlos sei, noch einen Kopf und noch eine Münze in die Depots zu legen.

Wie stets jedoch, wenn Menschen ihre Hände im Spiel haben, sind Aspekte wie der Ruhm als Motiv durchaus wichtig. Welcher Forscher ist nicht entzückt, wenn es gerade ihm gelingt, einen lange verschollenen Kuros, einen versunkenen Tempel, einen Altar oder eine ganze Bibliothek der Erde und damit der Vergessenheit zu entreißen? Und natürlich spielen Forscher-Neugierde und wissenschaftlicher Ehrgeiz eine große Rolle. Eine Wissenschaft, die immer nur daheim zwischen den eigenen vier Wänden betrieben wird, verarmt, eröffnet keine Perspektiven mehr. Vor allem aber darf man nicht vergessen, daß bei uns die Archäologie eine große Tradition hat. Die klassische Archäologie entsprang der Initiative deutscher Wissenschaftler, die im vorigen Jahrhundert erkannten, daß man Erkenntnisse über die Vergangenheit nicht dem Zufall überlassen dürfe, sondern systematisch erforschen und ergraben müsse.

Jene deutschen Archäologen, die heute in Südamerika und in Kleinasien, in Nordafrika und in Griechenland nach den Wurzeln der Zivilisation und nach historischen Denkmälern forschen, sehen sich dieser Tradition verpflichtet. Und wer ganz ehrlich ist, der gibt zu, daß die Archäologie durchaus ein Abenteuer sein kann, eine Herausforderung an Geist und Körper, und daß natürlich auch die Hoffnung auf einen großen Fund, einen „Schatz" für die Wissenschaft, mitspielt – selbst wenn man die gefundenen Außerordentlichkeiten brav jenem Land überläßt, auf dessen Grund und Boden man für viel Geld den Spuren alter Zeiten nachgeht. Der Ruhm fällt auf den Forscher und die, die ihn in die Fremde ziehen ließen.

MARGARETE von SCHWARZKOPF



Verspottete nach seiner Entlarvung die Fachwelt mit Travestien: „Vincent van Gogh malt seine Sonnenblumen" von Tom Keating, dem Meisterfälscher unserer Tage FOTO: CHRISTIE'S

Große Fälschungen in Kunst und Literatur (Schluß): „Faker" Tom Keating

Nur echt mit einem Löffel Nescafé

Bei dem Begriff des „Fälschers" macht die englische Sprache einen feinen Unterschied. Der „Forger" ist ein Krimineller, der allein des schnöden Geldes wegen krumme Sachen macht. Der „Faker" aber mag ein Kauz sein oder auch ein Spaßmacher. Für diese Sorte hatten die Briten schon immer eine Schwäche.

Der klassische Fall eines „Fakers" ist Tom Keating. Daß er eine kräftige Portion Mutterwitz in das Geschäft des Malens einbrachte, hat ihn nicht reich, aber ungeheuer populär gemacht. Dafür, daß er jahrelang die Kunstelite zum Narren hielt, wurde er auf den Sockel eines Volkshelden gehievt.

Das Malergewerbe wurde ihm, der im Februar 1984 mit 66 Jahren starb, in die Wiege gelegt. Als Sohn eines Hausmalers schwang auch bald der junge Tom den Pinsel. Doch drängte es ihn bald zu feinerer Arbeit. In Abendkursen informierte er sich über künstlerische Techniken. In der Kunst der Überlistung mögen ihn seine Kriegsjahre im Geheimdienst der Marine trainiert haben.

Nach dem Krieg unterrichtete er zuweilen selbst Studenten an einer renommierten Londoner Akademie. Seine Brötchen verdiente er sich tagsüber als gesuchter Restaurator. Des Abends malte er zu Hause fleißig im Stile alter Meister. Da kam ihm eines Nachts die Idee, seine oft in Armut gestorbenen Malbrüder an der ausbeuterischen Händler-Gilde zu rächen. Also begann er, Zeichnungen und Bilder im Stile der berühmten Kollegen zu fabrizieren – ob die arm oder reich gestorben waren, verlor er bald aus den Augen – und in der Provinz zu verscherbeln.

Von Kunstbüchern und Postkarten inspiriert, malte er sich durch die englischen Romantiker, die Holländer des 17., 18. und 19. Jahrhunderts bis hin zu den französischen Im- und den deutschen Expressionisten. Die Deutschen gingen ihm im übrigen so flink von der Hand, daß er an einem guten Wochenende ohne große Mühe deren 21 hinbekam.

Insgesamt verließen rund 2000 Werke von 150 Malern seine Atelier. Ehrgeiz investierte er durchaus in sie. Er wollte seine Sache gut machen. Er besorgte alte Materialien und streute des öfteren einen gehäuften Löffel Nescafé über die noch feuchte Leinwand, um sie mit Patina zu versehen. Auch Inspiration von oben fehlte ihm nicht: Hin und wieder – so behauptete er – soll ihn der Geist seines Vorbilds nächtlich besucht haben.

Tom Keating hat jedoch, und das rückt ihn in die Kategorie der „Faker", nie mit falschen Namen signiert. Das besorgten Zwischenhändler. Für aufmerksame Experten – doch die drückten anscheinend beide Augen zu – hatte der Meister sogar Hinweise in die erste Grundierung gemalt wie „Dies ist eine Fälschung" oder „Mister Palmer wird dies Donnerstag um 16.00 Uhr abholen".

Dieser Mister Palmer brachte im übrigen Keatings private Späße an die Öffentlichkeit. Samuel Palmer (1805–1881), einer der höchstdotierten und beliebtesten englischen Romantiker, hatte, so stellte sich im Jahre 1976 heraus, 13 seiner Zeichnungen nicht selbst gezeichnet. Als Keatings wurden sie von der Londoner Zeitung „Times" entlarvt. Im Gerichtssaal des ehrwürdigen Londoner Old Bailey berichtete Tom Keating, verfolgt von der entzückten Nation, wie er die Experten zum Narren gehalten habe. Ein kriminelles Vergehen konnte man ihm nicht nachweisen, und so verließ der Meister hocherhobenen Hauptes und als neu gekürter Volksheld das Gericht.

Hatte er vorher im stillen Kämmerlein gewirkt, so operierte er nun vor aller Augen. Seiner wohlwollenden Entlarverin, der Auktionsreporterin der „Times", diktierte er seinen Werdegang als Fälscher in die Feder. In zwei Fernsehserien demonstrierte er routiniert, wie die alten Meister und Impressionisten ihr Handwerk ausübten. Er führte vor, wie Degas seine Pastellstifte selbst fabrizierte, und auch, wie Constable seinen berühmten „Heuwagen" malte, nur machte er das der Abwechslung halber seitenverkehrt.

Dabei blieb Keating durchaus auf dem Teppich: „Wenn du ins Museum nach Cambridge gehst und diesen goldenen Apfelbaum ansieht, da hast du einen Palmer. Da rieseln Schauer über deinen Rücken. Die Sachen aber, die ich mache, die sind kaum wert, daß man sie weggibt. Ich bin in der beunruhigenden Position sagen zu können, ich hätte die Sixtinische Kapelle gemalt, und man würde mir wohl glauben."

Daß Keating nicht nur eine amüsierte Gefolgschaft besaß, sondern auch eine, die bereit war, nicht wenige Pfunde in sie zu investieren, wurde erstmals im Dezember 1983 klar. Da wurde – wohl einzigartiger Fall in der Geschichte der Auktionen – einem Fälscher wissentlich eine ganze Versteigerung gewidmet. Christie's, in der Vergangenheit nicht von Keating-Kuckuckseiern verschont, rief einen Abend lang vor voll gedrängtem Saal seine „Renoirs", „Monets" oder „Rembrandts" auf. Diesmal alle mit „Keating" signiert.

Nicht mehr so pflichtbewußt, war der Maler hier in die Haut seiner Vorbilder geschlüpft: Spiegelblank blendeten die zuckersüßen Acrylfarben, ungehemmt hatte er berühmte Themen variiert. Und alle fanden sie ihre Käufer, Privatsammler, die Händler hielten sich fern: Das Degas-Pastell für 320 Pfund, die frei nach Tizian arrangierte antike Liebesszene für 650 Pfund und Constables vor der Fernsehkamera geschwind gepinselter Heuwagen gar für 5500 Pfund.

Nach bester Bürgersitte wollte Keating mit diesen ehrlich ermalten 72 000 Pfund ein Häuschen auf dem Lande kaufen. Drei Monate später starb er. Daß die Briten ihren Till Eulenspiegel aber immer höher schätzen, testeste Christie's mit einer zweiten Auktion aus seinem Nachlaß. Im vergangenen September kletterten seine Bilder auf Preishöhen, die besseres Öl verdient hätten: Des Malers Mutter mit einem Schoppen Guinness-Bier prostend „im Stile Rubens" erzielte 1200 Pfund. Ein Selbstportrait, im Studio bei der Arbeit, auf 200 bis 400 Pfund geschätzt, kletterte auf 6000 Pfund. Und zwei Bilder wurden von entschlossenen Keating-Fans gar auf 16 000 Pfund hochgetrieben: ein „Monet", der mit seiner Familie auf seinem Hausboot schaukelt, und ein Van Goghscher leicht vertrocknet aussehender Sonnenblumenstrauß.

Fast, so mag Keating amüsiert im Himmel sinnieren, könnte es sich jetzt lohnen, Keatings zu fälschen.

HEIDI BÜRKLIN

JOURNAL

Bömmels und Dokoupil zur São-Paulo-Biennale

DW. São Paulo

Peter Bömmels und Jiři Dokoupil sind die offiziellen deutschen Vertreter bei der 19. Biennale in São Paulo, die vom 4. Oktober bis 15. Dezember stattfindet. Außerdem sind Werke von Bernd Koberling, Helmut Middendorf, Salomé und Hella Santarossa zu sehen. Die Hauptausstellung umfaßt zeitgenössische Kunst. Daneben wird ein Rückblick auf die klassische Moderne gezeigt, bei der besonders der Anteil lateinamerikanischer Künstler hervortritt. In einer Sonderschau, die vom Goethe-Institut zusammengestellt wurde, werden Videos aus Deutschland vorgeführt.

„Gruppen" als Thema der Musik der Zeit

DW. Köln

Das erste „Musik der Zeit"-Fest dieser Saison beim WDR in Köln findet vom 12. bis 15. September statt und ist dem Thema „Gruppen" gewidmet. Mitwirkende sind das Trio Basso, das Ensemble Modern, das Ensemble Köln und die „Gruppe Neue Musik Hanns Eisler" aus Leipzig. In fünf Konzerten finden 14 Uraufführungen statt, darunter Werke von Walter Zimmermann und Iannis Xenakis.

Westerwald-Schatz auf Schloß Hachenburg

DW. Montabaur

Vor einem Jahr entdeckten vier Kinder beim Spielen in Friedewald 131 alte Münzen. Dieser sogenannte „Westerwald-Schatz", der nach der wissenschaftlichen Auswertung wahrscheinlich während des Dreißigjährigen Krieges vergraben wurde, ist nun im Landschaftsmuseum Westerwald auf Schloß Hachenberg im Rahmen der Ausstellung „Geld im Westerwald – Münzprägung und Geldumlauf" zu sehen. Die Ausstellung dauert bis 17. November. Der Katalog kostet 30 Mark.

Die Illustrationen der Grimmschen Märchen

DW. Marburg

Märchen brauchen Bilder. Wie unterschiedlich Graphiker und Zeichner die Märchen der Brüder Grimm ausgeschmückt haben, beschreibt Annemarie Verweyen in der Studie „Die Illustrationen zu den Kinder- und Hausmärchen in deutschsprachigen Ausgaben der Jahre 1945–1984" (N. G. Elwert Verlag, Marburg, 50 S. u. 46 Abb., 12 Mark). Sie erfaßt sowohl die typischen Kinderbücher (z. B. von Klemke, Hans Fischer, Lilo Fromm) als auch Bebilderungen, die sich eher an Erwachsene richten (Kubin, Hegenbarth, Sendak), sowohl Kitschiges (wie Disney) als auch Ironisches (wie von Ungerer, Janosch oder Gorey).

„Edition Erpf" geht zum Neptun-Verlag

DW. Bern

Der Berner Kleinverlag Edition Erpf, der im Juni Konkurs anmelden mußte, wurde nun doch gerettet. Sein Programm mit zeitgenössischer Literatur, Cartoons, Text-Bild-Monographien und Büchern über Bern wird künftig im Kreuzlinger Neptun-Verlag, der Kinder- und Jugendbücher, Hobbyliteratur und Helvetica herausgibt, als „Edition Erpf bei Neptun" weitergeführt.

Neue Funde bei Zagreb

Die beiden Zähne des Homo erectus

Die Liste der Fundorte in Europa mit Überresten des Frühmenschen Homo erectus (aufrecht gehender Mensch) muß jetzt um einen Namen erweitert werden: Im Sommer 1985 entdeckte Prof. Mirko Malez, Leiter des Instituts für Paläontologie der Universität Zagreb, in der jugoslawischen Höhle Vindija etwa 30 Kilometer nördlich von Zagreb zwei untere rechte Backenzähne aus 260 000 bis 320 000 Jahre alten Schichten der frühen Holstein-Warmzeit.

Zusammen mit den beiden Zähnen wurden Reste von Buchsbäumen, die für Warmzeiten des Eiszeitalters typisch sind, sowie Knochen von warmzeitlich orientierten Kleinsäugern und eines Vorfahren der Höhlenbären der Art Ursus deningeri gefunden. Ursus deningeri wurde vor einigen Jahrzehnten erstmals nach einem Fund aus den Mosbacher Sanden bei Wiesbaden beschrieben. Zwei bis drei Meter von den Zähnen entfernt konnten primitive Steinwerkzeuge geborgen werden.

Die beiden Zahnfunde aus der Höhle Vindija stammen nach Auskunft des Frankfurter Paläoanthropologen Prof. Reiner Protsch, der an den Ausgrabungen in der Höhle Vindija teilnimmt, eindeutig von Menschen. Backenzähne können im Gegensatz zu Schneidezähnen nicht fälschlicherweise anderen Tieren, wie zum Beispiel Bären, zugeschrieben werden, wie dies etwa bei einem Fund von Prezletice in der ČSSR einmal der Fall war. Die Zähne des Frühmenschen Homo erectus sind etwas größer als die von heutigen Menschen.

Der aufrecht gehende Homo erectus ist seit etwa 1,9 Millionen Jahren in Afrika und Asien nachgewiesen. In Europa kennt man Überreste von ihm zum Beispiel aus Mauer bei Heidelberg, aus der Arago-Höhle bei Tautavel in Frankreich, aus Vertesszöllös in Ungarn und aus Bilzingsleben in Thüringen. Ab etwa 250 000 Jahren findet man keine Spur mehr vom Homo erectus in Europa. Er wird vom Neandertaler abgelöst.

Der Homo erectus dürfte bis zu 1,60 Meter groß gewesen sein. Er erfand den Faustkeil und wußte das Feuer zu nutzen, wie eine mehr als 350 000 Jahre alte Feuerstelle in der Nähe von Choukoutien bei Peking beweist. Die ersten Funde von diesem Typ entdeckte 1890 der holländische Arzt Dr. Eugène Dubois auf Java.

DORIS BAUMBAUER

Premiere in Düsseldorf: „Fenn" von C. Churchill

Mit gebeugtem Rücken

Braune, feuchte, klebrige Erde, über die Nebelschwaden wallen. Über dieser Erde arbeiten sich die Frauen, und nur die Frauen, den Buckel krumm, klauben Kartoffeln aus dem torfigen Boden, jäten Unkraut, setzen Pflanzen. The Fen District heißt diese trostlose Gegend, in die sich wohl kaum ein England-Tourist verirren würde.

Nach „Cloud 9" und „Top Girls", das vor gut anderthalb Jahren in den Kölner Kammerspielen seine deutsche Erstaufführung erlebte, ist „Fenn" das dritte Stück der englischen Dramatikerin Caryl Churchill, die gerade dabei ist, eine der besten Gegenwartsautorinnen Großbritanniens zu werden. „Fenn" ist nicht nur eine Ortsbezeichnung, sondern auch ein Gemütszustand. Das Moor prägt die Menschen, die an seinen Rändern wohnen, und es prägt sie über die Arbeit hinaus. Dies verdeutlicht Annie Smarts Bühnenbild auf unaufdringliche Weise: einzige Spielfläche ist die torfbedeckte Bühne, die sowohl Acker als Wohnzimmer, Pub und Doppelbett darstellt.

Von diesen Dorfbewohnern wählt Miss Churchill einige, vorwiegend Frauen, exemplarisch aus, die auf dem windumtosten Flachland arbeiten. Fast alle haben sich abgefunden damit, daß es ständig so weitergehen wird. Nur eine, Nell, rebelliert gegen dieses trostlose Leben, aber auch sie kriecht immer wieder über die Felder.

Die von Generation zu Generation vererbte Frustration macht Caryl Churchill dramaturgisch geschickt sichtbar: 16 Rollen werden von vier Frauen übernommen, die von der Urgroßmutter bis hinunter zur (jedoch nur wenig überzeugenden) Sechsjährigen alle darstellen. Ein ewiger Kreislauf: Wenn die Urgroßmutter beim 90. Geburtstag über ihr Leben nachsinnt, so hören die Jüngsten gespannt zu, und die anderen Frauen wissen schon längst, daß auch diesen das gleiche Schicksal beschieden ist.

In kurzen, lakonischen, manchmal witzigen, meist deprimierenden, doch immer eindrucksvollen Szenen zeichnet Miss Churchill den Alltag als trostlose Skizze; einen Alltag, zu dem es keine Alternative gibt. Wenn da nicht Liz wäre, die sich mit diesem Schicksal nicht abfinden will. Sie hat ihren Mann und die beiden Töchter verlassen, und das nehmen ihr die anderen Frauen übel – vielleicht auch nur aus Mißgunst, weil sie den Mut zu einem solchen Schritt nicht haben.

Aber so mutig ist Liz überhaupt nicht; denn offen bekennen mag sie sich nicht zu ihrem Freund Frank, der ebenfalls seine Frau sitzengelassen hat. Liz möchte nach London, um mit Frank ein neues Leben zu beginnen, doch der klebt am Fenn fest, und schließlich bleibt für Liz nur der Ausweg in den Tod. Frank bringt sie, eher unbeabsichtigt, denn ihrem Wunsch entsprechend, mit der Axt um. Die Ordnung im Fenn ist wiederhergestellt.

Marianne Hoika als rebellische Nell



Finden keinen Ausweg: Bigi Fischer und Jan Eberwein in Caryl Churchills „Fenn" FOTO: L. BERMDACH

und Elisabeth Krejcir als bösartige Mutter, die ihre Tochter mit Wollust demütigt, ragen aus der neunzigminütigen Szenenfolge, ohne Pause gespielt, heraus. Bigi Fischers verhärmte Liz, die vom Leben mehr verlangt, als es ihr zubilligt, läßt ahnen, welche Gefühle von der allgegenwärtigen Erde zugedeckt werden. Jan Eberwein als einziger Mann in der Damenrunde schlägt sich redlich durch seine drei Rollen. Das einzige Manko dieser von Kitty Buchhammer mit wohltuender Zurückhaltung inszenierten Geschichte war das völlig unpassende Hochdeutsch. Wenn sich Feldarbeiterinnen wirklich so unterhalten, sollten sie schleunigst für den Rundfunk verpflichtet werden.

RAINER NOLDEN

Die „Frankfurt Feste": „Judas Maccabäus" mit didaktischem Zeigefinger

Jean Paul als Diener der Apokalypse

An die „Vergangenheit erinnern" wollen in diesem Jahr die „Frankfurt Feste", mit denen die Alte Oper alljährlich ihre Konzertsaison eröffnet. „Im Spannungsfeld von Ordnungen und deren Auflösungen!" sollte der geistige Ort dazu liegen. Doch die Programmgestaltung richtete sich eher an der verallgemeinernden Tendenz des Mottos aus. Es bedarf schließlich nur geringer Sophistik, um mit jeder Musik Vergangenheit zu erinnern. So muß zur Halbzeit eine Bilanz gezogen werden, die – nicht nur quantitativ – dürftig ausfällt.

Der rote Faden des Historisierens spannte sich über weite und strapaziöse Umwege. Er führte von zwei Veranstaltungen „Film und Musik" (mit dem Salonorchester des Deutschen Filmmuseums) über die viel beachteten Gastspiele des Wiener Serapionstheaters (in einem Zelt im Grüneburgpark) bis zum lustvollen Wirken der Pocket Opera Nürnberg (in der Musikhochschule)

Zu einem gelungenen Schwerpunkt entwickelt sich hingegen eine Werkschau: In insgesamt zehn Veranstaltungen breitet man das Schaffen des Komponisten Wolfgang Rihm exemplarisch aus. Dazu gibt es ein außerordentlich informatives und gut gemachtes Buch über ihn.

Weil Komponieren heute in besonderem Maße Auseinandersetzung mit der Tradition bedeutet, wurde die Uraufführung eines Kompositionsauftrages der Alten Oper dem Leitmotiv „Vergangenheit erinnern" noch am ehesten gerecht. Für „Andere Schatten", ein Stück, das Solisten, Chor und Orchester zu einem Klangkörper vereinigt, griff Rihm auf Jean Pauls „Rede des toten Christus vom Weltgebäude herab, daß kein Gott sei" zurück.

Rihm fragmentiert den Text, um neue Schichten zu gewinnen: „– erschrak über den giftigen Dampf – erstickend entgegenzieht – Schmerzen – mit Nebeln bedeckte Welt – das Universum zersprengt – zerschlagen", das sind kraftvolle und apokalyptische Bilder, die eine adäquate Tonsprache erzeugen, voller extremer Gefühlszustände, klanglichen Zerreißens, kompakter Sinnlichkeit.

Freilich ist zu fragen, ob nicht die technisch extremen Schwierigkeiten bei der Ausführung die exakten Notierungen in tonaler, rhythmischer und dynamischer Hinsicht einer gewissen Beliebigkeit unterwerfen. Die Ausführenden – Sonja Mancini, Mechthild Georg, Richard Salter, das Ensemble (Einstudierung Wolfgang Schäfer) unter Leitung von Ernest Bour – hatten das Stück jedoch ausreichend virtuos im Griff.

Zu einem weiteren Programmschwerpunkt entwickelt sich, verteilt über die Feste, eine Reihe, die man „Offenbach-Satie-Dada" überschrieben hat. Dabei dachte man offenbar an die Entwicklung eines – heute gleichwohl wieder „künstlichen" – Gegenkonzepts zur traditionsbezogenen Kunst. So konnte, wer wollte, sich einen Tag lang, von 6 Uhr morgens bis Mitternacht, mit Musik von Offenbach, Satie, Milhaud und Poulenc konfrontieren lassen – unter anderen durch das so pikant und pointiert musizierende „Koenig-Ensemble" aus London. Ungeachtet der Strapaze dieses Musikmarathons zeigte das Publikum beim Zuhören die traditionelle Andacht, über die sich insbesondere Satie einst mokierte: „Bitte hören Sie doch nicht hin!" Aber was soll man denn sonst tun?

„Vergangenheit erinnern" heißt in diesem Jahr unvermeidlich auch, der Jubiläen gedenken. So gab es im Eröffnungskonzert Händels „Judas Maccabäus" mit dem hervorragenden Stockholmer Kammerchor und der Jungen Deutschen Philharmonie unter Eric Ericsson (herausragend bei den Solisten: die Mezzosopranistin Anne-Sofie von Otter). Statt einer Aufführung erlebte man jedoch eine modernistisch bearbeitete Fassung. Zwischengeschaltete Texte (etwa von Ernst Bloch, Paul Celan, Martin Buber) sollten die alttestamentarische Geschichte der Juden, die das Oratorium erzählt, aktualisieren. Offenbar traute man den Ausführenden eine solche Vermittlung, dem Publikum selbst ein solches Nachdenken nicht zu. Der musikalischen Spannung tat das erheblich Abbruch. Es entstand schließlich eine Atmosphäre von Belanglosigkeit auf höchstem Niveau – symptomatisch für die diesjährigen „Frankfurt Feste"?

ANDREAS BOMBA

Mode-Trends '86 in Paris und Düsseldorf / Die Männer kommen bunt / Anleihen am indischen Sommer

Macho, Harlekin und Brummel



Nobel-lässig: Dior präsentierte Zweireiher und Anzug mit Weste aus Wolle FOTO: AP



Sportlich-lässig: Sweater und gestreifte Bermudas aus der Kollektion des Tennisstars Björn Borg FOTO: AP

CONSTANCE KNITTER, Paris

Männer ziehen an, was ihnen gefällt. Sie machen keine langen Schaufensterbummel und murren nicht, wenn sie Geld ausgeben. Sie wollen sich wohl in ihrer „zweiten Haut" fühlen. Das ist das Resultat einer Untersuchung der französischen Föderation für Herrenbekleidung. Anläßlich der Internationalen Messe für Herren- und Knaben-Bekleidung am vergangenen Wochenende in Paris veröffentlichte die Föderation für die Messeteilnehmer einen „Leitfaden", der Aufschuß über das modische Verhalten der Herren der Schöpfung gibt. Danach kann man die Männer in fünf Kategorien einteilen.

Da sind zunächst 25 Prozent der Herren, die sich für „Botschafter des guten Geschmacks" halten. Sie sind zwischen 45 und 60 Jahre alt und tragen klassische dunkle Anzüge aus feinsten Stoffen. Auf Krawatte und Bügelfalten wollen sie nicht verzichten. Sie finden ihre Garderobe bei den Nobelschneidern Dior, Lanvin oder Givenchy.

34 Prozent der Männerwelt fallen unter die Kategorie „Pantoffelhelden". Sie sind „Machos" und fühlen sich am wohlsten bei Muttern. Wenn sie ausgehen, tragen sie einen gutgeschnittenen Einreiher, damit man sieht, daß sie sich feingemacht haben.

17 Prozent der Männer werden als „Brummel" bezeichnet. Sie sind eitel und für alle modischen Neuheiten aufgeschlossen. Dann sind da die 14 Prozent „Männer, aus Holz geschnitzt". Sie sind anti-konformistisch, wollen um keinen Preis auffallen. Sie lieben lässige, locker geschnittene Sachen. Der modische Trend ist ihnen gleichgültig. Bequemlichkeit ist wichtig.

Als Motor der neuen Männermode gelten die „Harlekins". Sie machen zehn Prozent der Gattung aus, sind zwischen 18 und 25 Jahre und darauf erpicht, durch ihren „Look" ihre Persönlicheit zum Ausdruck zu bringen. Sie möchten David Bowie gleichen, tragen die verrücktesten Hosen, die wie Röcke aussehen, und scheuen sich nicht vor grellen Farben.

Traurig ist die in Paris gezeigte Männermode für den Sommer 1986 nicht. Anzüge, Hemden, Hosen (selbst Jeans) werden weiter, länger, lässiger. Man trägt Leinen, Baumwolle und Seide. Selbst Spitzenhemden sind „in". Im Zeitalter der Androgynen wird der Unterschied zwischen Männlein und Weiblein in der Mode immer kleiner. Zur Schau von Jean-Paul Gaultier, Trendleader unter den Pariser Avantgardisten, pilgerten Modefreaks wie zu einer Kultstätte. Er verkleidet Männer für den Abend mit Lurexwesten, Goldlurex-Minis über Strumpfhosen aus Spitze und transparenten Seidenblousons.

Weite Türkenhosen aus Seide, dekolletierte Sweat-Shirts, bunt gestreifte Liftboy-Jacken über gestreiften Hemden und Bermudas oder Sarong-Röcke um die Hüften geschlungen, sah man für die Freizeit bei dem Japaner Kenzo. Wie Dandys um 1900 tragen sie Hemden mit Vatermörderkragen, geblümte Westen und Kummerbund zum hellen Leinenanzug. Dazu die „Kreissäge".



Unterschiede der Geschlechter aufgehoben: androgyne Mode von Jean-Paul Gaultier

FOTO: MONIKA SCHENKL

Vom indischen Sommer ließ sich Bernard Sanz für seine elegante Hermes-Kollektion inspirieren. Der Mann trägt Maharadscha-Jacken aus Imprimé-Kaschmirseide zu weißen Leinen-Jodhpurs, College-Blazer oder Jeans-Anzüge aus weichem Wildleder. In der City zeigt sich der Mann in hellem Leinen oder leichten Gabardine-Anzügen. Die Jacken sind lang, die Hosen unten schmal. Grau ist verpönt. Im nächsten Sommer kommen uns die Männer so bunt wie Papageien vor. (SAD)

Korsagen in der Kathedrale

GABY HERLYN, Düsseldorf

Für die eine Mutter ist es business as usual – zwei andere durchbeten mit ihren Kindern Premierenfieber. Gemeinsam ist ihnen der Laufsteg auf der Igedo, der größten Modemesse der Welt in Düsseldorf – Trendanzeiger für die Saison Frühjahr/Sommer '86 in der Damenmode (Dessous eingeschlossen). Madam Shields kommandierte wie gehabt und stupst unauffällig Tochter Brooke in die fotogenste Position.

Daß sich mit solch einem weltbekannten Namen als Filmstar auch Mode vermarkten läßt, scheint nicht nur ein Promotiontrick zu sein. Denn das, was die Princeton-Studentin in Teamarbeit mit der Schweizerin Tina Vorsteher entwirft, kann sich durchaus messen mit den Kreationen bekannter Modemacher. So sauber und natürlich wie das Image der 20jährigen sind auch ihre Entwürfe: kombinierbar, fröhlich in den Farben und sportiv.

Ganz andere Gefühle dagegen bewegen die Mutter des Wahl-Berliners Reimer Claussen, die mit ihrem Sohn bangt, ob seine „Kreationen" Bestand haben vor den kritischen Augen internationaler Einkäufer. Claussen gilt als Durchstarter der Branche. „Er entwirft Mode für die modisch bewußte berufstätige Frau", urteilt die Chefeinkäuferin für Bally Schweiz, Heidi Dierauer.

Lust am Exotischen (nach Motiven des Films „Die Reise nach Indien") kennzeichnen Claussens Kollektion: weich-fließende Stoffe im Tunika-Stil, Röcke und Kleider über schmalen Hosen, dazu klassische Schnitte der englischen Kolonialzeit.

Sichtlich nervös begrüßte Nicole Dürr ihre Matinee-Gäste – darunter auch Mutter Heide. „Nique" galt als modisches Enfant terrible in New York, schneiderte witzige Kleider aus Tapeten und drapierte ihre Modelle mit Plüsch und Troddeln.

Jetzt, bei ihrer Europapremiere, gibt sich die 25jährige kontinental angepaßt: klassisches Dunkelblau mit fein abgestimmten Aperçus, Business-Look für die Frau. Nicole verschweigt, daß sie ältester Sproß des AEG-Sanierers Heinz Dürr ist – sie machte in der Tat Blitzkarriere ohne Vaters Protektion.

Ihren eigenen unverwechselbaren Stil hat ohne Zweifel die Mode „made in Germany" gefunden. Die internationalen Orderbücher füllen sich mit Designer-Namen wie Wolfgang Joop, Uta Raasch, Beatrice Hympendahl, Karen Pfleger, Manfred Schneider. Der Erfolg im Ausland trägt auch hierzulande Früchte – und steigerte das Selbstbewußtsein. „Ich schaffe Distanz zur übrigen Modegroßindustrie", entschied Uta Raasch, und zog aus der Messe mit Joop und Hympendahl in die neue Düsseldorfer Kunsthalle. In dem weißen, einer Kathedrale ähnlichen Raum präsentierten Top-Mannequins deutsche Avantgarde.



Abendkleid von Nicole Dürr (oben); Korsagen sind der große Renner: Tanzkleid von Ricarda Löcker (rechts)

FOTOS: AP/MARIETTA MEISTER/BILD

Figur wird gezeigt in glitzernden Korsagekleidern von Uta Raasch, transparenten Organzakostümen bei Joop, figurbetonter femininer Silhouette bei Beatrice Hympendahl. Nach der Vielfarbigkeit dieses Sommers geben Weiß, Schwarz, Blau und sanftes Braun die Farbtöne an. Es ist Staat zu machen mit deutscher Mode. Nur die Bastion Bonn muß noch gestürmt werden. „Dabei", so Wolfgang Joop, „haben die Bonner Damen es bitter nötig, daß ihnen geholfen wird."

Immerhin: Außenminister Hans-Dietrich Genscher besuchte mit Frau Barbara erstmals die Schau von Karen Pfleger. Und diese Woche steht in der Parlamentarischen Gesellschaft eine deutsche Modenschau auf dem Programm. Frische Brise für die Bonner Kleiderordnung?



Kleidung ohne Schnörkel, fröhlich und sportiv: Brooke Shields, Filmstar und Designerin eines Schweizer Modehauses, inmitten zweier Models

FOTO: HARTMUT REEH

Afrika: Trotz guter Ernten herrscht Hunger

AP, Nairobi

Die meisten der 1984 von Hungersnöten betroffenen 21 afrikanischen Staaten können 1985 nach einem Bericht der Welternährungsorganisation (FAO) mit im Grunde ausreichenden Ernten rechnen. Mängel bei der Verteilung von Hilfsgütern führten aber dazu, daß noch immer Menschen verhungern müßten, heißt es in dem in Nairobi veröffentlichten Bericht. Besonders in Sudan würden in den kommenden Monaten Menschen an Hunger sterben, obwohl sich Regierung und ausländische Hilfsorganisationen bemühten, die Lieferungen zu beschleunigen, berichtet die FAO. Engpässe im Versorgungswesen, verschlimmert durch schwere Regenfälle, verhinderten die Verteilung bereits eingetroffener Hilfsgüter. Sudan benötigt der FAO zufolge dieses Jahr 1,4 Millionen Tonnen an Nahrungsmittelhilfe. Es habe aber bis Ende August nur 1,1 Millionen Tonnen erhalten, von denen noch 350 000 Tonnen in Schiffen in oder vor verstopften Häfen lagerten. In oder vor den Häfen Äthiopiens lagerten noch 200 000 Tonnen. Von den 42 Millionen Äthiopiern sind laut FAO 7,9 Millionen von der Hungersnot betroffen.

Waldbrand-Opfer

dpa, Lissabon

14 Feuerwehrleute, die einen Waldbrand nahe der nordportugiesischen Ortschaft Armamar bekämpften, sind gestern verkohlt aufgefunden worden. Nach Aussage der Apothekerin des Ortes wurden die Feuerwehrmänner während eines über Armamar niedergehenden schweren Gewitters vom Blitz getroffen.

„Pizza Connection"

rtr, Lugano

Vor dem Geschworenen-Gericht in Lugano hat gestern der Prozeß gegen vier mutmaßliche Mitglieder der Mafia-Organisation „Pizza Connection" begonnen. Sie soll weltweit Heroin im Wert von rund 3,5 Milliarden Dollar verschoben und insbesondere in die USA geschmuggelt haben. Den Namen erhielt die italo-amerikanische Organisation, weil viele ihrer Mitglieder Pizza-Bäcker sind.

Dichtes Schneetreiben

AP, Garmisch-Partenkirchen

In den Hochlagen der bayerisch-österreichischen Alpen herrschte gestern dichtes Schneetreiben. Die Schneefälle reichten bis in Höhen von 2000 Meter herab.

20 000-Volt-Stoß überlebt

dpa, Euskirchen

Ein 16jähriger Junge aus dem Kreis Euskirchen (Nordrhein-Westfalen) hat die Berührung mit einer 20 000-Volt-Stromleitung überlebt. Der Junge war auf einen Hochspannungsmast geklettert und hatte dabei offenbar die Leitungen berührt.

„Keine Skandal-Republik"

dpa, Bonn

Der österreichische Bundeskanzler Fred Sinowatz hat ich gestern in Bonn dagegen verwahrt, bei der Beurteilung seines Landes immer nur echte oder vermeintliche Skandale in den Vordergrund zu stellen. „Wenn so leichtfertig von der Skandal-Republik geredet wird", dann müsse man darauf verweisen, was in vier Jahrzehnten aus Österreich geworden sei: Ein Land mit „voller Hinwendung zur Demokratie", das an sich glaube und Zukunft habe.

Wenn Schüler an Aids erkranken...

Kultusministerium Düsseldorf: „Das Problem kommt irgendwann sicher auf uns zu"

FLORIAN NEHM, Bonn

„Ich glaube nicht, daß ich Manns genug wäre, die Schulpflicht eines Aids-kranken Schülers zu erzwingen", erklärte Bremens Schulsenator Horst Werner Franke (SPD) der WELT. Damit spricht er das derzeit brennendste, auf alle Kultusminister zukommende, Problem an.

Noch ist in Deutschland offiziell kein Fall von Aids an Schulen bekannt. Nur so ist zu verstehen, daß bislang die Frage „Schüler isolieren oder in der Klasse belassen" nicht beraten worden ist. „Darüber haben wir noch gar nicht nachgedacht", war zumeist die erste Reaktion.

Alle Schulbehörden geben an, sich im Fall Aids an der gesetzlich vorgezeichneten Kompetenz der Gesundheitsbehörden orientieren zu wollen, die bei ansteckenden Krankheiten das erste und letzte Wort haben. Da es sich aber bei Schulen um einen besonders empfindlichen Bereich handelt und Aids keine im üblichen Sinne ansteckende Krankheit ist, rechnen Kultusminister und Schulsenatoren mit schwer kontrollierbaren Reaktionen von Mitschülern und Eltern. Wie werden sie sich verhalten, wenn ein Kind nur infiziert, aber nicht erkrankt ist?

In den Vereinigten Staaten gerieten Schulleiter seitens der Eltern von Mitschülern unter Druck, an Aids erkrankte Schüler nicht mehr zum Unterricht zuzulassen. „Das ist traurig. Ich würde ein Kind, das mit dem Virus infiziert ist, nicht isolieren. Denn es gibt keinen Hinweis auf eine Übertragung von Kind zu Kind", sagt Robert Gallo, der als einer der ersten das Aids-Virus isolierte.

Auch hierzulande rechnen Behörden mit einer jäh über sie hereinbrechenden, „aus Furcht und Unwissenheit geborenen" Hysterie. „Das Problem kommt irgendwann mit tödlicher Sicherheit auf unseren Tisch", heißt es im nordrhein-westfälischen Kultusministerium. Minister Hans Schwier will noch diesen Monat das Thema „dringend" vor die Kultusminister-Konferenz bringen.

Eine gezielte Aufklärungskampagne zum Thema Aids hält die Hamburger Schulbehörde zu diesem Zeitpunkt für wenig sinnvoll, da sie „einer Hysterisierung Vorschub leisten würde".

„Ob nur infiziert oder erkrankt, wir werden von Fall zu Fall entscheiden", meint das Kieler Kultusministerium. Dort geht man davon aus, daß die Krankheit nicht gehäuft auftritt.

Bremens Schulsenator glaubt, daß der Staat nicht das Recht habe, den Schulbesuch eines aidskranken Schülers gegen seine Umgebung durchzusetzen: „Wenn die Existenzangst überstark wird, muß ich die Eltern des erkrankten Kindes bitten, es von der Schule zu nehmen und für vollwertigen Unterricht daheim zu sorgen." Damit steht er im Gegensatz zu seinem saarländischen Kollegen Diether Breitenbach, dessen Ministerium sich vehement gegen die Einführung neuer „Leprakolonien" ausspricht. Dort ist man der Ansicht, daß „wir von nun an lernen müssen, mit Aids-Infizierten und -Kranken umzugehen". Dies gelte auch für Schulen.

LEUTE HEUTE

Star-Gagen

Nicht nur in Hollywood, sondern auch bei unseren Nachbarn stehen Film-Stars hoch im Kurs. **Alain Delon** und sein alter Kumpel **Jean-Paul Belmondo** sind immer noch die Großverdiener im französischen Filmgeschäft. Mit zwei Millionen Mark Gage pro Film führen sie die Liste der höchstbezahlten Filmstars in Frankreich an. An dritter Stelle steht **Gerard Depardieu**, in Venedig als bester Schauspieler gekrönt. Er gibt sich mit einer Million Mark pro Film zufrieden. Der Schauspieler, Sänger und Schriftsteller **Yves Montand** und Frankreichs Komik-Talent **Coluche** kassieren pro Film 700 000 Mark. **Lino Ventura**, der sich immer seltener auf der Leinwand zeigt, läßt sich eine Filmrolle mit 600 000 Mark honorieren. Die Damen sind da bescheidener. **Isabelle Adjani** tut es schon für 500 000 Mark. **Catherine Deneuve** läßt sich bereits für 430 000 Mark engagieren, und die neuen Starlets **Sophie Marceau**, **Valerie Kaprisky** oder **Juliette Binoche** liegen bei 300 000 Mark.

Revolte französischer Schiffer gegen Regierung ausgeweitet

A. GRAF KAGENECK, Paris

Frankreichs Binnenschiffer, die seit Wochen gegen ein zu niedriges Einkommen ihrer rund 50 000 Köpfe zählenden Zunft protestieren und mit der Sperrung mehrerer Wasserwege begonnen haben, sind jetzt in offenen Aufruhr gegen die Regierung getreten.

Schon am Wochenende hatten sie auf einem Verschiebebahnhof bei Paris eine Diesellok beschädigt. Gestern morgen übergossen sie bei Rouen vier leerstehende Eisenbahnwaggons mit Benzin und wurden nur durch das schnelle Eingreifen der Polizei daran gehindert, Feuer zu legen.

Ferner beschädigten sie ein Getreidesilo mit 5500 Tonnen für den Export bestimmten Getreides durch Lahmlegung des Verlademechanismus. Zehn Mann des Sabotagetrupps wurden festgenommen. Die Binnenschiffer verlangen ihre Freilassung binnen 24 Stunden, andernfalls sie die Seine – Hauptschlagader des Binnenschiffahrtverkehrs Frankreichs – total und nicht wie bisher, nur zeitweilig lahmlegen würden.

Der Zorn der Schiffer richtet sich hauptsächlich gegen die staatliche Eisenbahngesellschaft SNCF die – so behaupten sie – mit staatlichen Subventionen betrieben wird und so die Transportpreise aller Konkurrenten (Lastwagen, Schiffe) weit unterbieten kann. Hinzu kommt, daß die Regierung seit 30 Jahren nichts getan hat, um das veraltete Binnenschiffahrtnetz – hauptsächlich die Kanäle – zu verbessern. So wandert immer mehr Großlast vom Schiff an die Bahn ab.

Das Durchschnittseinkommen eines Binnenschiffers beträgt in Frankreich 2500 Franc im Monat, das sagt die Zunft, das ist mehr als 2000 Franc weniger als der von der Regierung garantierte Mindestlohn in der Industrie. Der Zorn der Schiffer wird von Presse und Fernsehen sehr ernst genommen. Beide warnen die Regierung, die Proteste nicht zu überhören, da diese soziale Kategorie das gesamte Wirtschaftsleben Frankreichs sehr nachhaltig stören könnte.

WETTER: Wechselhaft

Wetterlage: Ein Hochdruckkeil schwenkt von Nordwesten über Deutschland hinweg. Ihm folgt ein Tiefausläufer, der auf Norddeutschland übergreift.

Deutscher Wetterdienst 9. September 1985, nachm.

Vorhersage für Dienstag:
Im Norden aufgelockerte, im Tagesverlauf von Nordwesten her zunehmende Bewölkung und in der Nacht zum Mittwoch zeitweise Regen. Temperaturen 15 bis 18 Grad. Schwacher Wind um West bis Südwest. Im Süden nach Auflösung von Nebelfeldern heiter bis wolkig und niederschlagsfrei. Temperaturen 16 bis 19 Grad. Schwachwindig.

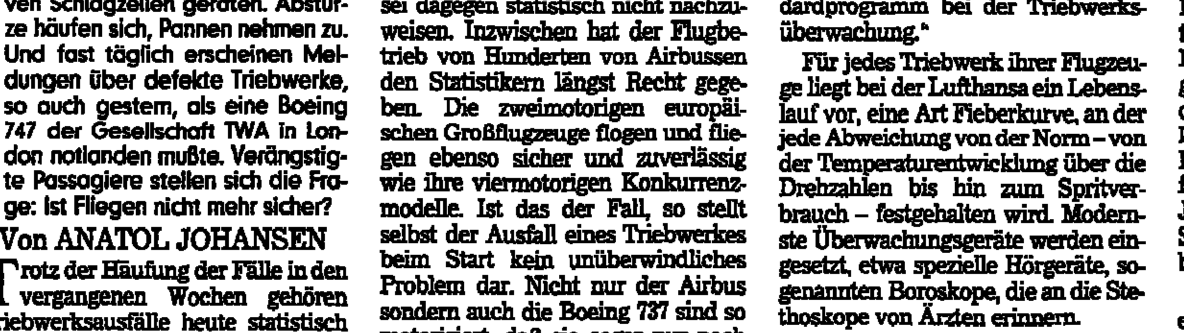
Weitere Aussichten:
Freundlich, trocken und wärmer.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	14°	Kairo	30°
Bonn	12°	Kopenh.	13°
Dresden	11°	Las Palmas	24°
Essen	13°	London	16°
Frankfurt	14°	Madrid	25°
Hamburg	15°	Mailand	21°
List/Sylt	14°	Mallorca	27°
München	10°	Moskau	10°
Stuttgart	13°	Nizza	23°
Algier	28°	Oslo	16°
Amsterdam	15°	Paris	16°
Athen	27°	Prag	10°
Barcelona	28°	Rom	25°
Brüssel	13°	Stockholm	14°
Budapest	14°	Tel Aviv	29°
Bukarest	15°	Tunis	29°
Helsinki	20°	Wien	12°
Istanbul	26°	Zürich	17°

Sonnenaufgang* **am Mittwoch**: 6.50 Uhr, Untergang: 19.46 Uhr; **Mondaufgang**: 1.45 Uhr, Untergang: 18.55 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Eine Fieberkurve zeigt Zustand des Triebwerks an



Der Flugverkehr ist in die negativen Schlagzeilen geraten. Abstürze häufen sich, Pannen nehmen zu. Und fast täglich erscheinen Meldungen über defekte Triebwerke, so auch gestern, als eine Boeing 747 der Gesellschaft TWA in London notlanden mußte. Verängstigte Passagiere stellen sich die Frage: Ist Fliegen nicht mehr sicher?

Von ANATOL JOHANSEN

Trotz der Häufung der Fälle in den vergangenen Wochen gehören Triebwerksausfälle heute statistisch gesehen nicht zu den wichtigsten Unfallursachen in der Weltluftfahrt. Als der europäische Airbus A 300 Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre konzipiert und dann gebaut wurde, warnten Kritiker: Ein zweimotoriges Großflugzeug sei ein zu großes Risiko für die Passagiere. Große Flugzeuge für mehr als 300 Fluggäste müßten aus Sicherheitsgründen mindestens drei, besser noch vier Motoren haben.

Die Statistiker verwiesen dagegen schon damals darauf, daß ihre Zahlenreihen zwar einen signifikanten Zuwachs an Sicherheit zwischen ein- und zweimotorigen Flugzeugen aufwiesen. Eine Differenz zwischen zwei- und viermotorigen Maschinen sei dagegen statistisch nicht nachzuweisen. Inzwischen hat der Flugbetrieb von Hunderten von Airbussen den Statistikern längst Recht gegeben. Die zweimotorigen europäischen Großflugzeuge flogen und fliegen ebenso sicher und zuverlässig wie ihre viermotorigen Konkurrenzmodelle. Ist das der Fall, so stellt selbst der Ausfall eines Triebwerkes beim Start kein unüberwindliches Problem dar. Nicht nur der Airbus sondern auch die Boeing 737 sind so motorisiert, daß sie sogar nur noch mit einem laufenden Triebwerk weiter im Steigflug bleiben können.

Wichtig ist jedoch, daß die Triebwerke laufend überwacht und sorgsam gewartet werden müssen. Das ist und bleibt der springende Punkt. Die Lufthansa jedenfalls reagierte sehr gelassen, als nach dem Unglück mit der brennenden Boeing 737 in Manchester, bei der ein Motor in Brand geraten war, der Triebwerkshersteller Pratt & Whitney die sehr genaue Einhaltung bestimmter Wartungsvorschriften für alle seine Flugmotoren verlangte. „Bei uns", so meinte man am Sitz der Lufthansa in Köln, „gehört das, was Pratt & Whitney jetzt anmahnt, schon längst zum Standardprogramm bei der Triebwerksüberwachung."

Für jedes Triebwerk ihrer Flugzeuge liegt bei der Lufthansa ein Lebenslauf vor, eine Art Fieberkurve, an der jede Abweichung von der Norm – von der Temperaturentwicklung über die Drehzahlen bis hin zum Spritverbrauch – festgehalten wird. Modernste Überwachungsgeräte werden eingesetzt, etwa spezielle Hörgeräte, sogenannten Boroskope, die an die Stethoskope von Ärzten erinnern.

Das gleiche gilt für Röntgenverfahren, Ultraschall- und andere Methoden, die heute nicht nur in der Humanmedizin, sondern – wenn auch in abgewandelter Form – für die laufende Kontrolle von Flugmotoren eingesetzt werden. Daher kommt es auch so gut wie nie vor, daß ein solches Triebwerk plötzlich den Dienst aufgibt. Die Ingenieure können vielmehr sehr genau voraussehen, wann ein Flugmotor wegen Alterung aus dem Dienst genommen werden muß.

Fällt tatsächlich einmal ein Triebwerk aus – etwa durch Vogelschlag –, so ist dies noch keine Katastrophe: Es gehört zu den Standardübungen aller Piloten, das Verhalten bei Triebwerksausfall auch während Start und Landung in den Flugsimulatoren zu trainieren. Eine genaue Folge von Maßnahmen ist dem Flugkapitän vorgeschrieben, um auch für einen solchen Fall den weiteren sicheren Verlauf eines Fluges zu gewährleisten. Beherrschen Piloten diese nicht perfekt, so wird ihnen bei der alle halbe Jahre stattfindenden Kontrolle in den Simulatoren die Fluglizenz für eine bestimmte Zeit entzogen.

Selbst bei Feuer im Triebwerk gibt es einen genau vorgeschriebenen Maßnahmenkatalog. Die Zuleitungen zum Triebwerk müssen abgeschaltet werden, und der Kapitän entscheidet dann, ob er eine automatisch arbeitende Feuerlöscheinrichtung, die mit einem Trockenlöschmittel arbeitet, in Betrieb setzt oder nicht.

Erst wenn das Flugzeug selbst Feuer fängt, weil eine Treibstoffleitung oder ein Tank bricht, gibt es kein sicheres Mittel einer Rettung mehr. Nicht einmal in den Computerprogrammen für die Simulatoren, auf denen die Piloten für Notfälle trainiert werden, findet sich eines, das ausweist, wie der Flugkapitän eine brennende Maschine noch sicher zum Boden bringen kann.

ZU GUTER LETZT

„Aus einem Schloß in der Bretagne stahlen Unbekannte das Fernrohr von Napoleon, mit dem er am 2. Dezember 1805 in der Schlacht bei Austerlitz Zar Alexander und Österreichs Kaiser Franz beobachtete und besiegte." Es stand in der „Bild"-Zeitung.